

ZÜRCHER
JOURNALISTENPREIS

2002

Preisträger 2002

Jürg Ramspeck

Preis für sein Gesamtwerk

Jürg Rohrer

Preis Alltag/Kleine Form:

Aufpassen beim Einsteigen

Arthur Rutishauser

Swissair-Serie

Patrik Landolt

Stephan Ramming

Anna Schindler

Georg Seesslen

Serie zum geplanten Flick-Museum

Ursula von Arx

Das zweite Leben

Peter Ackermann

Spurlos verschwunden

Zürcher Journalistenpreis

Ehrentafel der bisherigen Preisträger

- | | | | |
|-------------|---|-------------|---|
| 1981 | Hugo Büttler Peter Frey Urs P. Gasche | 1990 | Ursula Binggeli Colomba Feuerstein Urs Haldimann Toni Lanzendörfer Josef Rennhard Al Imfeld Stefan Keller Hedi Wyss Hanspeter Bundi |
| 1982 | Caroline Ratz Jonh Häberli Wilfried Maurer Hans Moser Edmund Ziegler | 1991 | Peter Hufschmid Christoph Keller Christina Karrer Ernst Hunziker Guerino Mazzola Isolde Schaad |
| 1983 | Andreas Kohlschütter Gisela Blau Gottlieb F. Höpli Peter Meier | 1992 | Hans Caprez Christine Fivian-Isliker Erwin Koch Patrik Landolt Linus Reichlin Mix Weiss Nadia Bindella Regula Heusser (Swissairpreis) |
| 1984 | Dieter Bachmann Georg Gerster Anna-Christina Gabathuler | 1993 | Thomas Burla Antonio Cortesi Sepp Moser Kaspar Schnetzler Walter Sturzenegger Barbara Suter Edith Zweifel Peter Pfrunder (Swissairpreis) |
| 1985 | Margrit Sprecher Herbert Cerutti Arthur K. Vogel | 1994 | Herbert Fischer Peter Haffner Stefan Keller Willi Wottreng Brigitte Hürlimann (Swissairpreis) Giorgio von Arb (Swissairpreis) |
| 1986 | Markus Mäder Verena Eggmann Hans Caprez Klaus Vieli Benedikt Loderer | | |
| 1987 | Christian Speich Jürg Frischknecht Martin Born | | |
| 1988 | Werner Catrina Barbara Vonarburg Christopher Neidhart | | |
| 1989 | Beat Allenbach Hansjörg Utz Rolf Wespe Alois Bischof Niklaus Meienberg Jürg Rohrer | | |

- 1995** Erwin Haas
Erwin Koch
Herbert Cerutti
Regula Heusser-Markun
Richard Stoffel
Martin Frischknecht (Swissairpreis)
- 1996** Irène Dietschi
Lukas Lessing (Text)
Ute Mahler (Bild)
Bernard Senn
Ronald Sonderegger
Peer Teuwsen (Text)
Reto Klink (Bild)
Peter Sidler (Text) Swissairpreis
Daniel Schwartz (Bild) Swissairpreis
- 1997** Pia Horlacher
Thomas Meister
Bruno Ziauddin
Marco Canonica (Swissairpreis)
- 1998** Fredi Lerch
Christoph Keller
Christoph Neidhart
Alfred Schlienger
Peter Haffner (Swissairpreis)
- 1999** Daniel Ganzfried
Brigitte Hürlimann
Beat Kappeler
Bernhard Raos
Urs Rauber
Werner Lüdi (Swissairpreis)
- 2000** Beat Kraushaar
Martin Meier
Irena Brezná
Nicole Müller
Richard Reich
Miklós Gimes (Swissairpreis)
- 2001** Martin Beglinger
Alexej Djomin
Andri Bryner
Lisbeth Herger
Rahel Stauber
Urs Rauber
Oswald Iten (Swissairpreis)
- 2002** Jürg Ramspeck (Gesamtwerk)
Jürg Rohrer (Alltag/Kleine Form)
Arthur Rutishauser
Patrik Landolt
Stephan Ramming
Anna Schindler
Georg Seesslen
Ursula von Arx
Peter Ackermann

Der Zürcher Journalistenpreis 2002

wird

Herrn Jürg Ramspeck

für sein

Gesamtwerk


verliehen.

Zürich, 13. Juni 2002

Die Jury:



Andreas Isenschmid



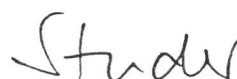
Barbara Burer



Esther Girsberger



Felix E. Müller



Peter Studer

Laudatio

für das
von

**Gesamtwerk
Jürg Ramspeck**

Wer auch immer diesen Preis für ein journalistisches Gesamtwerk angeregt hat – es muss sich um einen branchenfremden Optimisten handeln. Er weiss nichts von jenen Gefahren, die so manche hoffnungsvolle Journalistenkarriere abrupt enden lassen, bevor ein Gesamtwerk in Sicht ist. Gemeint ist nicht nur die Beförderung eines Talents auf einen Chefposten. Gemeint ist auch die klassische Skylla und Charybdis des Journalismus: Wer das Hickhack auf der Redaktion ohne Herzinfarkt überlebt, stirbt an der Leberzyrrhose, die ihm die Qual des Schreibens bescherte.

So kann im Journalismus durchaus schon als Leistung gelten, all diese Klippen und Strudel heil umschiffen zu haben. Jürg Ramspeck schaffte noch Eindrücklicheres. Seine Texte brillieren – auch nach 45 Jahren Beruf, nach Hunderten von Artikeln und über 2000 Kolumnen – mit makelloser Eleganz und Frische. Immer formuliert er aus dem Gedanken heraus, nie um einer billigen Pointe willen. Und nie macht er Konzessionen an die Zeitung, für die er gerade arbeitet: Egal ob «Weltwoche», wo er auf Anhieb als zwanzigjähriger Student landete, ob Nonkonformistenblatt «Zürcher Woche», ob Experiment «Neue Presse», Gratisblatt «Züri Leu» oder «Blick». Es ist die unbeirrbar Qualität seiner Denkstücke, eine Art absolutes Musikgehör für Sprache und das stets neu und überraschend Dargestellte, die das Spagat-Wunder vollbringen: Boulevardblatt-Leser goutieren seine Werke ebenso wie Intellektuelle. Ja, viele kaufen den «Blick» nur seiner Kolumne wegen. Damit machen sie sie zur meistbeachteten Spalte der Zeitung.

Modischen Zeiterscheinungen hat er immer widerstanden. Als sämtliche Junggenies im «Spiegel»-Stakkato japsten, klangen seine Sätze weiterhin melodios nach Thomas Mann. Als die ganze journalistische Schweiz auf Teufel-komm-raus meienbergerte, blieb er bei seiner Sprachdisziplin. Er machte stets Zeitung, auch wenn andere längst ein Produkt herstellten. Er schrieb noch immer Artikel, als seine Kollegen längst ein Konzept erfüllten. Und er empfindet seinen Beruf als derart individuell, dass ihm sogar das Kollektiv eines Journalistenverbands zuwider ist. Einmal wollte ihn eine Chefredaktion zum Beitritt zwingen, der verbilligten Flugpreise wegen. Doch dann kam der Ungarnaufstand, und der Zürcher Journalistenverein schleuderte die beiden unschuldigen Zürcher «Vorwärts»-Redaktoren vom Aktiv- in den Passivmitglied-Stand. Worauf Jürg Ramspeck sein Beitrittsformular empört wieder zerriss.

Am aussergewöhnlichsten freilich bleibt, dass Jürg Ramspeck, anders als alle andern Journalisten und Journalistinnen, nie von einem eigenen Buch träumte. Dafür brachte er auf seine uneigennützigste Art so manchen Kollegenband zur Druckreife. Ihn selbst reizt eben nur das Jour im Journalismus, das auf den Tag Bezogene, Vergängliche. Auch der Preis, den er heute bekommt, ist ihm, so denke ich, zu zeitgreifend und pompös, ja vielleicht sogar etwas peinlich. Deshalb, lieber Jürg, mein Vorschlag: Mach doch einfach eine Kolumne daraus.

Margrit Sprecher

Der Zürcher Journalistenpreis 2002

„Alltag / Kleine Form“

wird

Herrn Jürg Rohrer

für seinen Artikel


Aufpassen beim Einsteigen

erschienen im Tages-Anzeiger vom 28. Dezember 2001

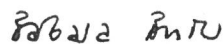
verliehen.

Zürich, 13. Juni 2002

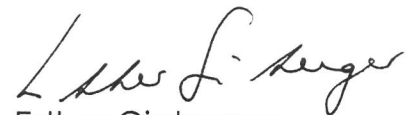
Die Jury:



Andreas Isenschmid



Barbara Burer



Esther Girsberger



Felix E. Müller



Peter Studer



BILD THOMAS BURLA

Das Tram befördert im Jahr 190 Millionen Menschen. Doch vielen Fahrgästen ist unterwegs nicht bewusst, auf welches Vehikel sie sich eingelassen haben.

Aufpassen beim Einsteigen

Dreizehn Tramlinien führen durch die Stadt Zürich. Auf allen quietscht es in den Kurven, aber sonst ist jede Linie anders.

Von **Jürg Rohrer**

Der Fliegende Holländer

1 Die Tramlinie 1 gibt es nicht mehr. Gegründet 1882 als Rösslitram zwischen Tiefenbrunnen und Paradeplatz, verschwand sie 1955, als der Bus 31 die Strecke Burgwies-Schlachthof übernahm. Doch der Einer spukt immer noch durch die Stadt: Seine Wiederbelebung war für die Erschliessung von Eurogate geplant, die Investoren der Bahnhofüberbauung aber verloren den Mut. Der Einer bleibt Legende.

Der Rote Pfeil

2 Ein Tram mit bestechender Linienführung, von Stadtrand zu Stadtrand meist auf schnurgerader Strecke. Hohes Tempo, deshalb die rote Farbe. Typisch für den Zweier ist die komplette Auswechslung der Fahrgäste auf halber Strecke: Die Kopftücher aus Altstetten steigen am Stauffacher aus; kein Aktenkoffer aus dem Seefeld schafft es über den Paradeplatz hinaus. Auch für die Nase ein Tram mit gespaltener Persönlichkeit: Auf der einen Seite dominieren Duftwässerchen, auf der anderen Küchendüfte.

Der Pressierte

3 Der Dreier ist immer spät dran, weil er quer durch die verstopfte City muss mit Central und Bahnhofplatz. Deshalb haben die Trämli nur eines im Kopf: den Fahrplan. Kein Tram fährt einem so oft vor der Nase weg wie der Dreier. Gut zu beobachten am Klusplatz, wo die Passagiere aus vier Buslinien Anschluss erwarten. Nirgendwo wird öfter gegen das Tram getreten als am Klusplatz, deshalb auch Fluchplatz genannt. Diese Ohnmacht, wenn der Türknopf erlischt, kaum will man ihn drücken, ist der grösste kollektive Ärger in Zürich. Die VBZ erklären immer das Gleiche: Fahrplan, Anmeldung Lichtsignal etc. Aber überzeugen können sie niemanden, weil alle annehmen: Bei mir könnte man eine Ausnahme machen. Siehe auch: www.vbz.ch/service/haeufige_fragen.

Der Hardliner

4 Er fährt mitten durchs Industriequartier zum Hardturm und weiter in die Trabantenlandsiedlung Grütau. Hier herrschen

raue Sitten: regelmässig Überfälle von Fussballrowdys, mal schaukeln sie den Anhänger, mal legen sie Feuer. Oft blockiert durch Demonstrationen auf dem Limmatquai, früher ergänzt mit Steinwürfen aus dem AJZ. Anfang der 90er-Jahre Drogenhandel en gros. Wie wenig die VBZ selbst heute ihrer Kundschaft im Vierer trauen, zeigen die häufigen Grossekontrollen zwischen Hauptbahnhof und Limmatplatz – auch eine Art Überfall. Eindeutig Zürichs härteste Linie, deshalb die alten Wagen.

Der Luxemburger

5 Zürichs kürzeste Linie; ein Tram, das bessere Tage gekannt hat. Bis 1986 brachte der Fünfer die Damen vom Zürichberg direkt zum Sprüngli mit seinen Luxemburgerli und Truffes. Deshalb das braune Nummernschild. Dann aber kam die grosse Tramverschiebung wegen der neuen Linien nach Schwamendingen. Der Fünfer wurde vom Paradeplatz abgezogen und rumpelt seither leer über den General-Guisan-Quai zum öden Tessinerplatz. Ein Mann versuchte ihn zu retten: EVP-Gemeinderat Theo Toggweiler wollte die Tramlinien der Demokratie unterwerfen, doch sein «Komitee pro Tram» kam in der Volksabstimmung bloss auf 26 Prozent. Heute kandidiert SVP-Mitglied Toggweiler im Namen der Senioren für den Stadtrat. Die Sprüngli-Gemeinde kann wieder hoffen.

Der Villenschreck

6 «Karpfen» heisst der älteste Motorwagen der VBZ, erbaut 1959. Er fährt auf der Linie 6 zum Zoo hinauf – oder auch nicht: Wenn Laub auf den Gleisen liegt, kommt er auf der steilen Bergstrecke ins Rotieren. Sein heulender Motor weckt jeden Morgen den Zürichberg und ärgert die Villenbesitzer. Deshalb ist der Sechser das Lieblingstram der Linken. Das Frühgelaute der Kirchen kann juristisch bekämpft werden; gegen das Frühgelaute des Trams ist im Land der ÖV-Förderung kein Rechtsmittel gewachsen.

Der Schwarzfahrer

7 Zürichs einzige Tramlinie in Schwarz, und das zu Recht: Schwarz ist es im Tunnel, den der Siebner auf dem Weg nach Schwamendingen durchfährt. Und düster ist die Stimmung, die Schwamendingen an der Urne kundtut: Regelmässig hat der Kreis 12 den höchsten Anteil an Nein-Stimmen. Schwamendingen lehnte 1978 sogar den Anschluss ans Tramnetz ab, wollte lieber wie gewohnt mit dem Dieselbus fahren und auf dem Weg in die City mehrmals umsteigen. Die Schwamendinger wurden aber überstimmt, weshalb sie seit 1986 Tram fahren müssen. Zur Strafe für diesen Undank setzen die VBZ auf der Linie 7 das «Mirage»-Tram aus den 60er-Jahren ein – das mit dem mühsamen Einstieg.

Die Achterbahn

8 Schon elfmal seit 1910 hat der Achter die Strecke gewechselt, und auch heute kurvt er zwischen Klus- und Hardplatz ohne zwingende Linienführung durch die Gegend. Das blasser Grün auf dem Nummernschild und der fehlende Anhänger machen es deutlich: keine grosse Tramlinie. Das Publikum ist klar getrennt: Zwischen Hardplatz und Stauffacher spricht es in allen Sprachen ausser Züritütsch; zwischen Klus und Stadelhofen sind nervöse Mittelschüler unterwegs und die Kreis-7-Bewohner auf dem Weg zum Zahnarzt.

Der Newcomer

9 Bis 1986 war der Neuner so kümmerlich wie der Fünfer heute. Dann kam die grosse Tramrochade, und aus der Linie 9 wurde nicht bloss die längste, sondern mit der Direktverbindung von Uni, ETH, Kunsthaus, Schauspielhaus und Opernhaus auch die kultivierteste. Aus diesem Grund verkehrt hier immer das neuste Rollmaterial. Jetzt selbstverständlich auch das Cobra-Tram, diese Zürcher Spezialanfertigung mit tiefem Einstieg und einzeln angetriebenen Rädern. Alle Städte der Welt nehmen in Kauf, dass die Strassenbahn in den Kurven quietscht. Zürich nicht. So schön die Cobra anzuschauen ist – Design Pininfarina! –, so laut ist sie innen drin. 75 Stück wollen die VBZ von dieser Rumpelkiste bestellen; wenn sie den Krach aber nicht bald loswerden, steigt Zürich wieder aufs Auto um.

Der Studi-Shuttle

10 Der Zehner bringt die Studenten vom Hauptbahnhof zur ETH und zur Uni Irchel. Seine Belegung hängt vom Vorlesungsverzeichnis der Hochschulen ab, mal ist er übervoll, mal wieder halb leer. Wenn voll, dann ist der Zehner das Tram mit der dichtesten Ballung von Intelligenz im Zürcher Verkehrsverbund. Fahrgäste, die nicht studieren, wären indes froh, die VBZ würden für die Studis auf dieser Linie den Numerus clausus einführen.

Das Bürgertram

11 Der Elfer ist das einzige Tram, das die Bahnhofstrasse auf ihrer ganzen Länge durchfährt und das die Limmat zweimal überquert. Die linken Stadtkreise 4 und 5 werden konsequent gemieden. Das behagt dem Publikum, denn zwischen Rehalp und Messe Zürich verbindet der Elfer ausschliesslich bürgerliche und kleinbürgerliche Quartiere. Dieses geordnete Umfeld, kombiniert mit den gepolsterten Sitzen des Trammodells 2000, macht den Elfer zum Favoriten der Senioren. Was wiederum die Adensöhne fern hält, die

in den Anhängern ungebeten zur Gitarre greifen. Im Elfer haben sie noch nie einen Batzen gekriegt.

Die Geisterbahn

12 Die Linie 12, unterwegs zwischen Klus und Höngg, wurde 1956 eingestellt. Bei Vollmond wird der Zwölfer hin und wieder gesehen, was aber einer nüchternen Untersuchung noch nie standgehalten hat. Trotzdem gilt er als Vorbild für den öffentlichen Verkehr: überhaupt nie Verspätungen oder Karambolagen.

Die Berg-und-Tal-Bahn

13 Der Dreizehner erschliesst das Albisgüetli am Uetliberg und Höngg im Limmattal. Eine grosse Leistung, aber die Fahrt dauert ewig. Überdies verkehrt auf der Linie 13 das Modell «Mirage» mit den harten Sitzen. Ein unbequemes Tram. Nirgendwo wird zur Ablenkung entschlossener Gratiszeitung gelesen, nirgendwo sind die Durchsagen der Leitstelle willkommener – eine menschliche Stimme im endlosen Gerumpel. Die Durchsage der Leitstelle heisst heute offiziell Information der Züri-Linie. Information töne moderner und dynamischer als Durchsage, dachten sich die VBZ, und taufen gleich noch die Kontrolleure in Kundenberater um. Jetzt sind die Fahrgäste gespannt, wie die VBZ als Nächstes die Kollision und den Fahrleitungsbruch modern und dynamisch umschreiben.

Der Büroexpress

14 Wer nie um 7.30 Uhr von Seebach Richtung City gefahren ist, weiss nicht, was Tramfahren bedeutet. Auf der Linie 14 kommt die längste Tramkomposition mit 42 Metern zum Einsatz, hier geht es um das Verschieben von Massen. Mit vier Personen pro Quadratmeter rechnen die Verkehrsbetriebe in den Stosszeiten – theoretisch. In Wirklichkeit sind es eine Freitag-Tasche, ein Ellbogen und zwei Füsse mehr. Hier werden Arbeitsplätze hautnah erlebbar – auf Details sei an dieser Stelle verzichtet. Aber jeder, der drinsteckt, wünscht sich für den Moment etwas weniger Vollbeschäftigung.

Das Schlusslicht

15 Wie der Achter hat auch der Fünfzehner keinen Anhänger und eine vorzeitige Endstation: Wer wendet schon am Bucheggplatz, wo Zürich-Nord erst anfängt? Er ist das einzige Tram, das nie die Limmat überquert, weswegen er sich auch schlecht für eine Stadtbesichtigung eignet. Stattdessen trägt er zur Verstopfung des Centrals bei und wird bald die Fussgänger auf dem autofreien Limmatquai erschrecken. Eindeutig das Schlusslicht in der Hierarchie der Zürcher Tramlinien, deshalb das Rot auf dem Nummernschild.

Laudatio

für die Arbeit
von
erschienen

Aufpassen beim Einsteigen
Preis für Alltag/Kleine Form
Jürg Rohrer
im Tages-Anzeiger vom 28. Dezember 2001

Er schreibt als Lokalredaktor über vieles. Aber – das Tram! Da muss nun kein anderer daher kommen und meinen, er könne auch mal schnell darüber berichten – nein: Er, Jürg Rohrer, ist der Experte. Seit Jahr und Tag. Und er macht es mit einer Hingabe, die es zu bewundern gilt. Mit leichter Feder und – oft genug – in ironischem Ton. Berichtet über falsches Rollmaterial und über gutes, beschreibt das Quietschen in den Kurven, führt Protokoll aus dem Innern des Trams. Denn, wenn er im Tram sitzt, und da sitzt er viel, (im Neuner vor allem), ist er ein Voyeur. Und die Ohren immer spitz. So ist er stets am Puls des Lebens.

«Aufpassen beim Einsteigen.» Das ist der Titel eines Textes über die dreizehn Tramlinien, die durch die Stadt führen, erschienen im Zürich-Teil des Tages-Anzeigers. Ich weiss noch, dass ich an jenem Morgen, als ich diese Seite sah, ganz gierig (und natürlich kritisch) die Zeilen über meine Trams las: Nummer 4, die er als Hardliner betitelt, die 13, für ihn: Berg-und-Tal-Bahn, – und ich war nach der Lektüre mit dem Autor sehr zufrieden: Genauso ist es. – Und das macht diesen Text aus: Die Idee ist ja eigentlich gar nicht so spektakulär, aber wir, die wir Tram fahren, können uns in diesem Artikel finden. Tramfahren ist unser Alltag. Jürg Rohrer beschreibt, was wir täglich benützen. Und wovon wir wenig wissen. Er macht es überaus witzig und informativ. Er erklärt uns das Modell, warum harte oder weiche Sitze, er charakterisiert das Vehikel, beschreibt im soziologischen Sinn die ständig wechselnde Kundschaft und welche Gebäude am Fenster vorbei fliegen. Aus Details und Fakten, verbunden mit Gesehenem und Gehörtem, entsteht die Geschichte des Zürcher Trams, und nicht nur das, auch die Geschichte einer Stadtentwicklung.

«Aufpassen beim Einsteigen» – der Preis für eine Alltagsgeschichte geht an Jürg Rohrer.

Barbara Bürer

Der Zürcher Journalistenpreis 2002

wird

Herrn Arthur Rutishauser

für seine Artikel der

Swissair-Serie

erschienen in der Sonntagszeitung
vom 28. Januar bis 30. September 2001

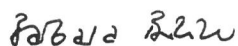
verliehen.

Zürich, 13. Juni 2002

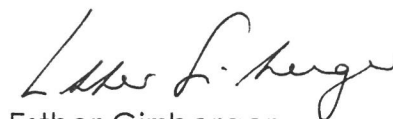
Die Jury:



Andreas Isenschmid



Barbara Burer



Esther Girsberger

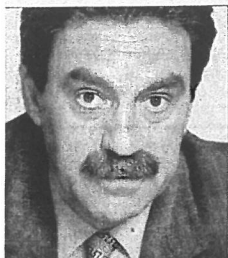


Felix E. Müller



Peter Studer

FOTOS: KEY (8), REUTERS (1), ARC (1), BEAT MARTI (1), BRUNO SCHLATTER (1)



ERIC HONEGGER
Verwaltungsratspräsident
Er sitzt seit 1993 im VR und seit 1995 im Ausschuss – hat aber immer beide Augen zugedrückt



LUKAS MÜHELMANN
VR-Präsident und CEO CS Group
Der ehemalige McKinsey-Mann sitzt seit 1995 im VR und hat die Strategie immer mitgetragen



BENEDICT HENTSCH
Teilhaber Darier & Hentsch
Der Bankier sitzt seit 1989 im VR. Erst vor wenigen Monaten hat er sich erstmals kritisch geäußert



THOMAS SCHMIDHEINY
VR-Präsident Holderbank
Der Zement-Baron ist seit 1980 VR-Mitglied und hat Bruggissers Pläne immer unterstützt



PAUL-A. HOEFLIGER
Präsident Comptoir Suisse
Er sitzt schon seit 1978 im Verwaltungsrat, hat aber von der kritischen Lage nichts bemerkt



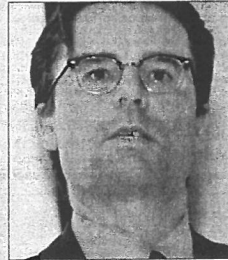
GAUDENZ STAEHELIN
Präsident ICC Schweiz
Seit 1984 im VR. Schon als Jelmoli-Präsident hat er bis zum Notverkauf tapfer durchgehalten



VRENI SPOERRY
Ständerätin FDP
Die Politikerin sitzt seit 1988 im VR und hat den Ausbau der SAir und des Flughafens forciert



PETER HASLEBACHER
Chef Flugoperationen LTU
Mitverantwortlich für den Kauf von LTU, die die SAir mindestens eine halbe Milliarde kostete



STEFAN HELSING
Chef SAir Italien
Mitverantwortlich für den Kauf der maroden französischen Fluggesellschaften



ANDRES LEUENBERGER
Vizepräsident Roche
Der Präsident von Economiesuisse ist seit 1995 VR-Mitglied und stützte Bruggisser

Swissair-Kapitäne haben alle Warnungen ignoriert

Philippe Bruggisser ist der Sündenbock, doch Verwaltungsrat und Management haben ihre Aufgaben nicht gemacht

VON ARTHUR RUTISHAUSER



PAUL REUTLINGER
Konzernleitungsmitglied SAir
Hat sich als Sanierer von Sabena feiern lassen, aber ein Trümmerfeld hinterlassen



GEORGES SCHORDERET
Finanzchef SAirGroup
Hat mit allen bilanztechnischen Mitteln die waghalsige Kauffour von Bruggisser ermöglicht

ZÜRICH – Ein Gewirr von Beteiligungen an vierzehn Airlines, ein Rückstellungsbedarf in Milliardenhöhe und Schadenersatzklagen von ausländischen Regierungen: Die SAir steht vor einem Scherbenhaufen. Stellt sich die Frage: Wie sind die Löcher zu stopfen, und wer trägt die Verantwortung für das sich abzeichnende Debakel?

«Herr Honegger, warum treten Sie eigentlich nicht auch zurück?», fragte ein Journalist an der Pressekonferenz letzten Dienstag. «Gute Frage», meinte Honegger, «doch ich bin erst seit acht Monaten Verwaltungsratspräsident.» Und da wüsste er halt erst jetzt richtig, wie die finanzielle Situation der Sair wirklich ist, wurde suggeriert.

Die Erklärung ist etwas billig, denn Honegger ist seit 1995 im Verwaltungsrat der SAirGroup, seit 1995 im Steueraussschuss und seit anderthalb Jahren vollamtlich dabei. Erst ein gutes Jahr als Vizepräsident, seit Mai 2000 als Präsident. Auch viele andere Verwaltungsräte – Durchschnittsalter 58, Erfahrung im Fluggeschäft ist bei keinem vorhanden – sind seit Jahren dabei.

Wenn man also nicht korrekt informiert war über die Risiken, welche bei den zahlreichen Auslandsgesellschaften eingegangen wurden, müsste man jetzt den ehemaligen Konzernchef Philippe Bruggisser und Finanzchef Georges Schorderet einklagen, ansonsten ist man mitverantwortlich.

Doch natürlich ist es nicht nur der Verwaltungsratspräsident, der sich fragen lassen muss, wieso man denn erst jetzt reagiert hat, wo doch ein schöner Teil der Risiken bei den ausländischen Tochtergesellschaften längst bekannt war. Auch innerhalb des Managements gibt es Verantwortlichkeiten. Allen voran bei Finanzchef Georges Schorderet.

Er hat sich mit der Gewinnprognose von 200 Millionen Franken, welche niemals eingehalten werden kann, völlig diskreditiert. Weiter im Schussfeld der Kritik steht Paul Reutlinger. Sein Beitrag zur «Sanierung» der Sabena steht angesichts der Hiobsbotschaften in einem schiefen Licht. Peter Haslebacher ist mitverantwortlich für den Kauf der LTU,

welche die SAir mindestens 500 Millionen Franken kostete. Er amtierte als Balair-Chef, bis die Chartertochter Mitte der Neunzigerjahre vorläufig liquidiert wurde, heute ist er Flugchef bei der LTU.

Der Grund für den Führungswechsel ist ein akuter Liquiditätsbedarf

Bei der Neugründung der Balair war Stefan Helsing federführend. Und er hatte anfangs durchaus Erfolg. 1999 schrieb der SAir-Charter sogar schwarze Zahlen. Doch letztes Jahr stiegen die Verluste auf 30 Millionen Franken, wie aus gut-informierter Quelle zu hören ist. Nach seinem Rücktritt als Balair-Chef Ende 1999 amtierte er als Einkäufer und war namentlich federführend beim Kauf der Air

Liberté in Frankreich. Heute ist er für die italienischen Beteiligungsgesellschaften tätig, welche ebenfalls Dutzende von Millionen Verlust einfahren.

Der Grund für den abrupten Führungswechsel ist offensichtlich ein akuter Liquiditätsbedarf der SAirGroup. So mussten Ende 2000 in Frankreich über 250 Millionen Franken eingeschossen werden, die LTU verursachte Kosten von 350 Millionen und in nächster Zukunft fehlt mindestens eine weitere halbe Milliarde:

► TAP: Letztes Jahr unterschrieb Philippe Bruggisser einen Vertrag, der eine Beteiligung der SAir an der TAP von 34 Pro-

Fortsetzung auf Seite 71

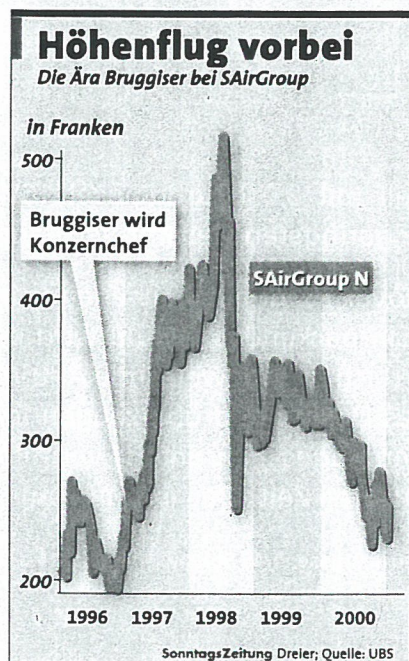
Swissair-Kapitäne...

zent vorsah. Kostenpunkt: 230 Millionen Franken. Damit hätte eine dringend notwendige Kapitalerhöhung bei der faktisch bankrotten Fluggesellschaft durchgeführt werden sollen. Nun hat sich auch Portugals Ministerpräsident Antonio

Guterres in die Affäre eingeschaltet und die SAir öffentlich vor Schadenersatzklagen gewarnt. Jorge Coelho, der portugiesische Transportminister hat für den 1. Februar einen Besuch auf dem Balseberg angekündigt. Er will sich von Honnegger persönlich informieren lassen, was die SAir künftig in Portugal vorhat.

► Sabena: Ohne Finanzspritze vom Belgischen Staat und der SAir ist man nicht einmal mehr in der Lage, die Februarlohne zu bezahlen. Letzte Woche einigten sich der belgische Staat und die SAir auf einen «Rekapitalisierungsplan», und zudem soll dank einem Sparplan mit dem schönen Namen Blue Sky ein Kosten-

senkungsprogramm eingeleitet werden, das Einsparungen von einer halben Milliarde Franken jährlich bringen soll (siehe Kasten). Der Plan ist teilweise noch Gegenstand von Verhandlungen und auch die geplante Einstellung von Linien und der Ausstieg aus Leasingverträgen für überzählige Flugzeuge ist noch nicht



erfolgt. Somit kann man davon ausgehen, dass die Gesellschaft heute faktisch Konkurs ist und die geplanten Sparmassnahmen kaum durchzusetzen sind.

► Air Liberté, AOM und Air Littoral: Unverständnis auch hier auf Gewerkschaftsseite, denn laut Gilles Nicoli vom CFDT weiss bei den Franzosen heute niemand, wohin die Reise geht. Anfangs ging alles sehr schnell: Die SAir wollte die Gesellschaften fusionieren, damit sollten Synergien freigesetzt werden. Die Gewerkschaften opponierten erst, weil die ursprünglichen Pläne einen Kahl-schlag bedeutet hätten. Im Dezember einigte man sich schliesslich auf einen Kompromiss. Doch seither ist nichts mehr geschehen. Nicoli: «Es ist völlig unverständlich, was im Moment geschieht, die Gesellschaften sind bald ein Jahr unter einem Dach, doch nichts geschah. Alle arbeiten weiter für sich, einen Plan, wie die Fusion umgesetzt werden soll, gibt es nicht.» Die Zeit drängt. Ende März beginnt der neue Flugplan.

Nicoli weiter: «Ich habe schon viele Patrons erlebt: Air France, British Airways und nun die SAir. Doch so schlecht gewirtschaftet, wie unter den neuen Herren, wurde noch nie. Bisher ging ich davon aus, die Swissair sei wie eine Schweizer Uhr: präzise, pünktlich, zuverlässig. Diese Illusion wurde mir gründlich ausgetrieben.»

Sabena weit entfernt von Sanierung – keine Zustimmung von Gewerkschaften

«Wenn die Gewerkschaften nicht mitmachen, dann steigen wir aus der Sabena aus», sagt Moritz Suter. Fairerweise muss man aber sagen, dass es in Belgien nicht um einen klassischen Arbeitskampf zwischen Gewerkschaften und Arbeitnehmern geht, sondern um den Kampf gegen den Konkurs. Eine Gewerkschaft kann dem, was in Belgien gegenwärtig als «Sanierungspaket» auf dem Tisch liegt, guten Gewissens gar nicht zustimmen. Was bisher kommuniziert wurde, ist erstens unklar und zweitens ungenügend.

Laut Pressecommuniqué, das vor gut einer Woche verschickt wurde, einigten sich die SAir und der belgische Staat auf eine Rekapitalisierung von 1,14 Milliarden Franken. Das ist offensichtlich falsch, denn es geht um einen Geldeinschuss von 375 Millionen Franken. Weiter spricht man von einem Sanierungs-

programm mit dem schönen Namen Blue Sky, das Einsparungen von 525 Millionen Franken bringen soll. Auch das ist falsch. Trotz Sparübung entsteht nämlich weiterhin ein Verlust von gut 50 Millionen Franken, und das Defizit betrug letztes Jahr «nur» 320 Millionen. Die Erklärung ist laut Sabena-Presse-sprecher Wilfrid Remans darin zu suchen, dass in den 525 Millionen auch die Schuldverminderung enthalten ist, die dank der Rückgabe von geleasteten Flugzeugen möglich wird.

Laut Charles Louis D'Arenberg, beim belgischen Staat zuständig für die Beteiligung an Sabena, darf man das Wort Rekapitalisierung nicht so eng sehen. Offenbar muss man sich vorstellen, dass die Sabena ein Jahr weiter wirtschaftet wie bisher. Dann gäbe es Ende 2001 bei Sabena einen Finanzbedarf von 1125 Millionen Franken. Nach dieser Rech-

nung wird ein geringerer Verlust und eine Verkürzung der Bilanz flugs in Rekapitalisierung umbenannt. Dazu kommt der Kapitaleinschuss von 375 Millionen. Woher die fehlenden 225 Millionen herkommen sollen, ist gänzlich unklar. Bei Sabena heisst es, die SAir zahle, bei der SAir spricht man von Einnahmen aus Flugzeug- und Immobilienverkäufen. Ein Blick in die Sabena-Bilanz zeigt, dass der präsentierte Plan höchstens eine Zwischenlösung sein kann. Denn selbst wenn all die geplanten Massnahmen durchgeführt werden, liegt das Eigenkapital der Sabena noch bei weniger als 50 Prozent des nominellen Aktienkapitals von gut einer Milliarde. Daher müssen entweder neue Mittel eingeschossen werden, oder es kommt zu einer Kapitalherabsetzung. Die muss man den skeptischen Gewerkschaften erst einmal beibringen.

Eigenkapitaldecke der SAirGroup sinkt gegen zehn Prozent

Vor einem Jahr konnte eine Milliarde Pensionskassengelder aktiviert werden - Experten halten diese Praxis heute für unzulässig

ZÜRICH - Langsam klärt sich die Lage bei der SAirGroup. Und es sieht nicht gut aus. Es droht ein Rekordverlust. 770 Millionen, sagt die Zürcher Kantonalbank (ZKB), und das ist noch eher konservativ gerechnet. Zwar wird allgemein für die flugnahen Bereiche wie Catering ein gutes Resultat erwartet, doch in Frankreich sind die Verluste mit 625 Millionen Franken noch höher als befürchtet (die ZKB ging von 500 Millionen aus). Und der neue Frankreich-Chef Marc Rochet hat noch keine Ahnung, wie er die Verluste stoppen kann.

Die Sabena bleibt der SAir wohl noch eine gute Weile erhalten, wenn es, wie gegenwärtig erwartet, zur definitiven Einigung mit den Gewerkschaften kommt. Wenn bis Ende Jahr die bilateralen Verträge zwischen der EU und der Schweiz in Kraft treten, muss die SAir ihre Beteiligung sogar auf 85 Prozent erhöhen. Überdies besitzt der belgische Staat eine Option, den Schweizern auch noch die restlichen 15 Prozent anzuhängen. Die Crossair, bisher profitabelster Teil des arg in Mitleidenschaft geratenen Flugge-

schäfts, schliesst das Jahr 2000 mit 25 Millionen Verlust. Bleibt das Resultat der Swissair selbst, und das wird in etwa ausgeglichen sein, wenigstens auf Stufe Betriebsgewinn (Ebit). Nicht etwa weil die Swissair keinen Verlust erwirtschaftet, sondern weil ihr Ergebnis jeweils zusammen mit der Flightlease ausgewiesen

wird. Dass eine Leasinggesellschaft unter Ausschluss der Zinsen Gewinn erwirtschaftet, liegt in der Natur der Sache.

Etwas in Vergessenheit geraten ob all der Hiobsbotschaften vom Balsberg ist die Aktivierung von einer Milliarde Franken Pensionskassengeldern, die letztes Jahr für viel Aufregung sorgte und einen

Expertenstreit auslöste. Ob sich diese Praxis auch dieses Jahr wiederholen lässt, ist keineswegs sicher. Denn namhafte Buchhaltungs-Experten wie Professor Giorgio Behr halten das für unzulässig: «Mindestens unter den schweizerischen Standards zur Rechnungslegung (FER) ist nur noch eine Aktivierung der Einsparungen aus drei bis fünf Jahren Prämienbefreiung denkbar.» Eine solche Prämienreduktion ist bei der SAir gegenwärtig in Kraft und gilt bis Ende Juni 2001, über eine Fortführung wird gegenwärtig nicht verhandelt. Aus der letztjährigen Beitragspause ergab sich für den Konzern eine Einsparung von 80 Millionen Franken. Wendet man die Vorgaben Behrs an, könnten unter Berücksichtigung der Zinsen noch gut 300 Millionen Franken aktiviert werden.

Wenn die SAir die Pensionskassenmilliarde nicht mehr aktivieren kann, wird die Eigenkapitaldecke langsam bedenklich dünn. Gemäss Geschäftsbericht betrug das Eigenkapital per 31. Dezember 1999 noch 4,35 Milliarden Franken, davon 877 Millionen Aktienkapital, der

Rest sind Reserven. Die ZKB rechnet in ihrer jüngsten Analyse noch mit einem Eigenkapital von 3,16 Milliarden Franken. Dies bei einer Rückstellung von 990 Millionen Franken für die Verluste im Airline-Geschäft. Experten gehen aber davon aus, dass die Rückstellung eher bei 1,5 Milliarden Franken liegen dürfte.

Zieht man auch noch die Pensionskassenmilliarde ab, liegt das Eigenkapital bei 1,6 Milliarden Franken oder bei etwa 7 Prozent der Bilanzsumme und damit gefährlich nahe beim Nennwert des Aktienkapitals. Noch knapper wird die Eigenkapitaldecke, wenn die SAir wie ausgehandelt per Ende Jahr ihre Beteiligung bei der Sabena auf 85 Prozent ausbaut und die marode belgische Fluggesellschaft voll konsolidieren muss, denn die hat selbst nach der vorgesehenen Rekapitalisierung kaum mehr Eigenkapital.

Erich Honegger, Interims-Konzernchef der SAirGroup, sagte in der «Finanz und Wirtschaft»: «Einen Kapitalschnitt bei der SAir schliesse ich aus.» Bleibt zu hoffen, dass er Recht hat - viel darf nicht mehr passieren. *Arthur Rutishauser*

Schwache CS-Argumente gegen Chandiramani

Eng mit dem Niedergang der SAirGroup verknüpft ist der Fall von Christoph Chandiramani. Chandiramani sorgte letzten Sommer für Aufregung, als er vor einem Milliardenverlust beim SAir-Fluggeschäft warnte. Er wurde kurz darauf wegen Kompetenzüberschreitung entlassen.

Die Kompetenzüberschreitung hätte im Wesentlichen darin bestan-

den, «dass er wiederholt Medieneuskünfte erteilte, obwohl er dazu nicht berechtigt war», sagte Urs Thaler, Pressesprecher Credit Suisse Private Banking, letzte Woche zur «Aargauer Zeitung». Die SONNTAGSZEITUNG machte andere Erfahrungen. Nachdem die Meldung betreffend SAir via Reuters hereinkam, verwies die Pressestelle der CSPB den Journalisten di-

rekt an Chandiramani. Ein Vorgehen, das in solchen Fällen absolut üblich ist. Es macht aber klar, dass mindestens in diesem Fall Chandiramani davon ausgehen musste, von der Pressestelle zur Auskunft autorisiert zu sein. Konfrontiert mit diesen Fakten, verweigerte Karin Rhomberg, Kommunikationschefin bei der CS, jeglichen Kommentar.

Swissair muss 2000 Jobs abbauen

Weniger Passagiere in Kloten und Abbau beim Langstreckennetz

VON ARTHUR RUTISHAUSER

ZÜRICH ▶ Jetzt wird es ernst in Kloten. 2000 Stellen, ein Viertel der gesamten Belegschaft, sind alleine bei der Swissair in Gefahr, weil es zu einem Abbau beim völlig überdimensionierten Langstreckennetz kommt.

Der Aderlass hat zwei Gründe: Beim Wegfall der Zubringerflüge der maroden Beteiligungsgesellschaften kommen generell weniger Passagiere nach Kloten. Und zweitens muss auch die Swissair selbst ihre Europaflüge neu auf den profitablen Geschäftsverkehr ausrichten und nicht mehr auf den Unterhalt des Langstreckennetzes. Der Luftverkehrsexperte Professor Thomas Bieger von der Universität St. Gallen prognostiziert zudem einen Standortverlust, wenn die Swissair in eine wohl unvermeidliche Allianz eintritt: «Der Langstreckenverkehr wandert ins Zentrum der Allianz, also nach London oder nach Frankfurt.» So geschah es bei Austrian Airlines, bei der

SAS oder bei der Finnair. Diese Airlines haben heute kaum noch ein Dutzend Langstreckenflugzeuge. Die Swissair verfügt noch immer über 31 Maschinen.

Dass der Aderlass bei der SAir noch massiver ausfallen dürfte, ist wahrscheinlich: Nicht eingerechnet bei den 2000 Abbau-Stellen sind die überzähligen Angestellten bei Gate Gourmet, Atraxis und Swissport. Diese flugverwandten Gesellschaften könnten beim Verkauf der unrentablen Beteiligungsgesellschaften ihre grössten Kunden verlieren.

Auf Gewerkschaftsseite macht man sich darum bereits Gedanken, wie man den unvermeidlichen Stellenabbau abfedern kann, wie ein führendes Mitglied des Pilotenverbands Aeropers der SONNTAGSZEITUNG bestätigte. Offiziell Stellung nehmen will aber niemand. Rainer Meier, Pressesprecher der SAirGroup, gibt zwar zu, dass das Management im Moment entsprechende Szenarien prüft,

weitere Informationen sollen aber erst Anfang April kommuniziert werden.

Unterdessen geht auch die Vergangenheitsbewältigung weiter. Nächsten Mittwoch kommt es zu einer weiteren Verhandlung im Fall des entlassenen Analysten Christoph Chandiramani gegen seinen ehemaligen Arbeitgeber Credit Suisse CS. Der Prozess wird den verantwortlichen Bankern bei der CS offenbar dermassen peinlich, dass sie vor Gericht den Ausschluss der Öffentlichkeit verlangen. Chandiramani, der entsprechende Informationen bestätigt, wehrt sich: «Ich will, dass jedermann sehen kann, was vor Gericht geschieht.» Hans-Jacob Heitz, der Initiator der Schutzgemeinschaft der SAir-Aktionäre, kann sich auch nicht über mangelndes Interesse beklagen. 100 Aktionäre mit etwa 5000 Stimmen hat er bereits gefunden. 30 000 Stimmen sind nötig, um eine Sonderprüfung bei der SAir durchzusetzen.

SEITE 77

Die Swissair träumt weiter

Abbauszenarien zeigen: Auch beim Swissair-Fluggeschäft sind 2000 Stellen in Gefahr

VON ARTHUR RUTISHAUSER

KLOTEN - Die Zeit der Träume bei der Swissair ist offenbar noch nicht vorbei. Die Piloten und ihre Kollegen von den Gewerkschaften des Bodenpersonals sprechen vor allem von den ausländischen Beteiligungsgesellschaften, die Millionendefizite einfahren, und freuen sich auf den offerierten Verwaltungsratssitz.

Vergessen geht dabei, dass die Swissair in ihrer heutigen Grösse ohne die ausländischen Zubringer nicht überleben kann. Und innerhalb einer Allianz macht das weit verzweigte Langstreckennetz der Swissair schon gar keinen Sinn mehr. Daher müssen die Abbaupläne auf den Tisch, damit man endlich weiss, was der neue SAir-Chef Mario Corti meint, wenn er verkündet: «Es wird schmerzhaft Massnahmen geben.»

Für das imponente Streckennetz braucht auch Zubringer

Der Grund für die explodierenden Verluste bei den Beteiligungsgesellschaften ist auch bei der Swissair zu suchen, die im letzten Jahr 180 Millionen Franken Verlust eingeflogen hat. Zudem braucht die Airline für ihr imponentes Streckennetz, auf das die Piloten so stolz sind, Zubringer, so genannte Feeder, welche die Langstreckendestinationen auslasten. Bei der Swissair machen diese etwa 43 Prozent der Passagiere aus, bei der Konkurrenz etwa 20 Prozent.

Das ist eine teure Sache, denn damit man Franzosen, Belgier, Italiener oder Deutsche dazu bringt, via Zürich in die USA oder in den Fernen Osten zu fliegen, muss man mit sehr tiefen Preisen operieren. Sonst fliegt der Passagier lieber direkt mit der nationalen Fluggesellschaft. Daher kommen Preise von 500 Franken von Frankreich in die USA zu Stande, welche in der Schweiz deutlich teurer angeboten werden.

Je höher der Anteil dieser Passagiere liegt, desto defizitärer ist der Flugbereich. Will die Swissair in Zukunft wieder Geld verdienen, muss also mit weniger Umsteigepassagieren und entsprechend weniger Langstreckendestinationen operiert werden.

Was die Abbauszenarien für die Arbeitsplätze bedeuten

Mit Hilfe von Experten erarbeitete daher die SONNTAGSZEITUNG drei Szenarien, welche zeigen, was für Auswirkungen nur schon eine sanfte Anpassung des bisherigen Langstreckennetzes auf die Beschäftigung bei der Swissair und bei der Technik hat (siehe nebenstehende Tabelle).

Wir zeigen die wichtigsten Langstreckendestinationen mit ihren Frequenzen laut neuem Flugplan und möglichen Abbauszenarien von 25 bis 40 Prozent. Dabei zeigt sich, dass je nach Szenario mit einer Reduktion der Stellen von total zwischen 1400 und 2300 gerechnet werden muss und sieben bis zwölf Langstreckenflugzeuge wegfallen.

Auswirkung einer Kürzung des Swissair-Langstreckennetzes

| Flüge pro Woche | Flugstunden | Stunden pro Jahr Basis Sommer 01 | Benötigte Crew Basis Sommer 01 | Reduktion 25% | Reduktion 33% | Reduktion 40% |
|-----------------|-------------|----------------------------------|--------------------------------|----------------|----------------|----------------|
| | | | | Benötigte Crew | Benötigte Crew | Benötigte Crew |
| New York | 28 | 14 | 20384 | 445 | 334 | 294 |
| Los Angeles | 7 | 24 | 8736 | 191 | 143 | 126 |
| San Francisco | 7 | 24 | 8736 | 191 | 143 | 126 |
| Miami | 7 | 20 | 7280 | 159 | 119 | 105 |
| Atlanta | 7 | 20 | 7280 | 159 | 119 | 105 |
| Chicago | 7 | 18 | 6552 | 143 | 107 | 94 |
| Boston | 14 | 14 | 10192 | 222 | 167 | 147 |
| Washington | 7 | 14 | 5096 | 111 | 83 | 73 |
| Montreal | 7 | 16 | 5824 | 127 | 95 | 84 |
| Rio de Janeiro | 2 | 22 | 2288 | 50 | 37 | 33 |
| São Paulo | 7 | 22 | 8008 | 175 | 131 | 115 |
| Osaka | 7 | 24 | 8736 | 191 | 143 | 126 |
| Bangkok | 7 | 24 | 8736 | 191 | 143 | 126 |
| Tokio | 7 | 26 | 9464 | 206 | 155 | 136 |
| Hong Kong | 6 | 24 | 7488 | 163 | 123 | 108 |
| Singapore | 7 | 22 | 8008 | 175 | 131 | 115 |
| Bombay | 7 | 16 | 5824 | 127 | 95 | 84 |
| Delhi | 7 | 16 | 5824 | 127 | 95 | 84 |
| Beijing | 5 | 24 | 6240 | 136 | 102 | 90 |
| Abidjan | 3 | 12 | 1872 | 41 | 31 | 27 |
| Lagos | 5 | 12 | 3120 | 68 | 51 | 45 |
| Douala | 2 | 12 | 1248 | 27 | 20 | 18 |
| Malabo/Yaoundé | 1 | 12 | 624 | 14 | 10 | 9 |
| Johannesburg | 7 | 20 | 7280 | 159 | 119 | 105 |
| Nairobi | 3 | 18 | 2808 | 61 | 46 | 40 |
| Total | 174 | | 167648 | 3658 | 2743 | 2414 |

| Die Konsequenzen | Heute | Abbau 25% | Abbau 33% | Abbau 40% |
|-------------------------------------|---------|------------------|-------------|-------------|
| Benötigte Langstreckenflugzeuge* | 30 | 23 | 20 | 18 |
| Personalreduktion Langstrecke | | 914 | 1244 | 1463 |
| Angeborene Sitzplätze Langstrecken | 2352480 | Reduktion 588120 | 776318 | 940992 |
| Auswirkung auf Kurzstreckenbereich | | | | |
| Betroffene Kurzstreckenflugzeuge | 17 | 4 | 6 | 7 |
| Betroffene Crewmänner Kurzstrecke** | 588 | Reduktion 147 | 194 | 235 |
| Auswirkung auf Technik*** | | Reduktion 330 | 480 | 570 |
| Total Stellenabbau | | 1391 | 1918 | 2268 |

*Angenommene Stunden/Flugzeug 5500; Crew pro Langstreckenflugzeug 120
 **Annahme 140000 Produktionsstunden und 35 Besatzungsmitglieder pro Kurzstreckenflugzeug
 ***Annahme 30 Personen pro Flugzeug



«Verlagerung zur Allianz»

Professor Thomas Bieger zur Zukunft der Swissair

SONNTAGSZEITUNG: Herr Bieger, Sie sind Professor für Verkehrswirtschaft an der Universität St. Gallen und beschäftigen sich seit längerem mit den Auswirkungen von Flugallianzen auf die beteiligten Fluggesellschaften. Wenn man davon ausgeht, dass die SAirGroup ihre Auslandsbeteiligung abgibt und sich einer bestehenden Allianz anschliesst, ist dann nicht zu erwarten, dass die Langstreckenflüge ab Zürich zurückgehen?

THOMAS BIEGER: Doch, schon. Die Erfahrung anderer Fluggesellschaften zeigt, dass sich das Langstreckengeschäft in Richtung Zentrum der Allianz verlagert. Bei Oneworld, welche für die SAirGroup im Vordergrund steht, wäre dies London als Sitz der British Airways, bei der Star Alliance wäre es Lufthansa mit Frankfurt.



Thomas Bieger
 FOTO: BRUNO SCHLATTER

Welche Fluggesellschaften könnten hier als Vergleich zur Swissair dienen?

BIEGER: Bei Oneworld die Finnair oder bei der Star Alliance Austrian Airlines (AUA) oder SAS.

Vergleicht man die Flotten dieser Gesellschaften mit der Swissair, so sieht man, dass SAS, AUA oder Finnair noch über etwa 4 bis 12 Langstreckenflugzeuge verfügen, die Swissair hat 31. Rechnen Sie bei der Swissair also mit einer 70-Prozent-Reduktion?

BIEGER: Das Ausmass einer Reduktion ist schwierig zu quantifizieren. Das kommt darauf an, welche Funktionen die Swissair in einer neuen Allianz haben kann. Da wird hart verhandelt werden müssen.

Als neues Flugzeug wurde der A340 bestellt. Ist dieser Flieger beim Wegfall des Zubringerverkehrs durch die ausländischen Beteiligungsgesellschaften nicht zu gross? Wäre ein wesentlich kleineres und billigeres Flugzeug wie die B-767 (ca. 20 Prozent weniger Kapazität) nicht besser?

BIEGER: Wenn man sich auf den gewinnbringenden Geschäftsverkehr konzentrieren will, dann geht der Trend in der Tat in Richtung kleinere Flugzeuge und möglichst viele Direktverbindungen. Vor allem dann, wenn man wie die Swissair über einen relativ kleinen Heimmarkt verfügt.

Wenn es nun zu einem Abbau der Langstreckenverbindungen kommt, hat dies nicht gravierende Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Schweiz?

BIEGER: Ich glaube eigentlich nicht, denn Luxemburg, die skandinavischen Staaten verfügen zwar nicht über einen Mega-Hub, trotzdem boomt ihre Wirtschaft. Wichtig ist vielmehr, den innereuropäischen Verkehr mit möglichst hohen Frequenzen zu halten. Hier braucht es kleine Flugzeuge, die möglichst pünktlich fliegen. Interview: Arthur Rutishauser

Die Swissair träumt weiter

Wenn man bei den Langstrecken kürzt, dann fallen auch Kurzstreckenflüge weg - nach Berechnungen der SONNTAGSZEITUNG in der Grössenordnung von vier bis sieben Flugzeugen.

Dass hier nicht Horrorszenarien gerechnet werden, zeigt das Interview mit dem St. Galler Verkehrs-Professor Thomas Bieger (siehe Seite 77). Er rechnet damit, dass sich die Swissair-Flotte jener von Austrian Airlines, Finnair oder der SAS angleicht. Und da kommt es knüppeldick, denn die Finnair hat gerade einmal vier Langstreckenflugzeuge, die SAS 13 und die AUA acht. Die Swissair hat gegenwärtig 31.

Kommt hinzu, dass die Swissair bei ihrem Beschaffungsentscheid für den neuen Airbus A340-600, der in den

nächsten Jahren den Unglücksflieger MD 11 ersetzen soll, aus heutiger Sicht völlig quer in der Landschaft steht. Von diesem Typ sind für die nächsten Jahre elf Stück bestellt. Mit seinen 307 Sitzen ist er wesentlich grösser als die von der Konkurrenz benützten Maschinen.

«Ich freue mich auf die neuen Flugzeuge», sagte der Kurzzeit-SAir-Chef Eric Honegger noch vor kurzem. Wie er diesen Riesenvogel füllen will, der in seiner Normalversion noch 20 Prozent mehr Passagieren Platz bietet, das hat er immer vergessen zu erwähnen. Das bleibt seinem Nachfolger Mario Corti überlassen.

Und der wird sich an diesem Problem noch die Zähne ausbeissen, genauso wie dies vorher Moritz Suter tat. Als er in den Streckenplan der Swissair eingreifen wollte, verursachte er bei den Gewerkschaften einen Aufstand, der ihn

den Job kostete. Dies weil er vom Verwaltungsrat nicht die notwendige Unterstützung erhielt. Daher ist es nur allzu verständlich, dass Corti in der Arena den Gewerkschaftern einen Sitz im Verwaltungsrat angeboten hat. Denn er muss die Gewerkschaften dazu bringen, die dringend notwendigen Abbaupläne zu unterstützen.

Fluplan ausbau wider jegliche Vernunft

Nicht eingerechnet in die oben erwähnten Szenarien sind das Wegfallen der Kunden bei Gate Gourmet, der Informatikgesellschaft Atraxis oder die bisherigen Aufträge der Beteiligungsgesellschaften an die Techniker oder die Leasinggesellschaft der bisherigen SAirGroup. Zählt man die hinzu, geht das überflüssige Personal am Balsberg in die Tausende.

Offenbar hat man trotz klarer Ausgangslage bei der Swissair die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt. Letzte Woche wurde jedenfalls ein neuer Flugplan präsentiert, der entgegen aller Vernunft einen weiteren Ausbau des Streckennetzes der Swissair vorsieht, vorwiegend bei Destinationen in die USA - die die grössten Verluste einfahren -, aber auch in den Nahen und Fernen Osten werden immer mehr Flüge direkt ab Zürich angeboten.

Das ist zwar angenehm für die Schweizer Kunden, doch für die Kostenrechnung der Swissair ruinös. Ein Verhalten, das nur damit erklärt werden kann, dass man seine Haut beim Eintritt in die Allianz möglichst teuer verkaufen will. Wie sagt doch Bieger: «Da wird es harte Verhandlungen geben.» Und ein böses Erwachen für die Swissair.

Die ganze Konzernleitung der SAir will kassieren

Die gesamte SAir-Konzernleitung gab sich im letzten Juli einen Fünfjahresvertrag. Honegger unterschrieb

VON ARTHUR RUTISHAUSER

ZÜRICH - Jetzt wird klar, warum Eric Honegger auf seinem Fünfjahresvertrag beharrt: Er will auch haben, was er letzten Sommer der ganzen Konzernleitung zugesichert hat. Nachdem es am 6. Juli 1999 im SAir-Verwaltungsrat zum ersten grossen Krach zwischen Philippe Bruggisser und Lukas Mühlemann gekommen war, liess Bruggisser für sich und für die ganze Konzernleitung einen Fünfjahresvertrag aufsetzen. Die Nutzniesser neben Bruggisser: Georges Schorderet, Rolf Winiger, Wolfgang Werlé und Klaus Knappik. Unterschrieben haben Honegger sowie die beiden anderen Mitglieder der Kompensationskommission im Verwaltungsrat, nämlich Gaudenz Staehelin und Thomas Schmidheiny.

Staehelin und Schmidheiny waren es auch, die im Dezember Honeggers Ver-



Kassiert nicht allein: Eric Honegger

FOTO: REUTERS

Swissair-Chefs und Ehrenpräsidenten Armin Baltensweiler: «Das widert mich an.» Neben den fixen Salären erhalten die Konzernleitungsmitglieder bei Erfüllung des Budgets auch einen Bonus in

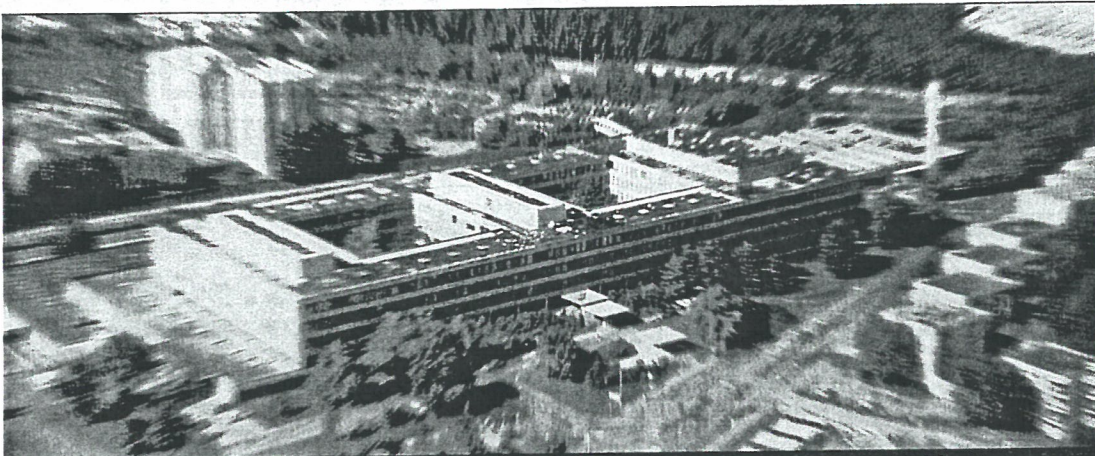
trag unterschrieben. Paul Reutlinger bekam von Bruggisser einen Vertrag für drei Jahre und ein Gehalt von 800 000 Franken. Bruggisser und Reutlinger bekamen beim Abgang Anfang Jahr ihr Geld, dafür sorgte Honegger. Der Kommentar des ehemaligen

der Höhe von 200 000 bis 500 000 Franken. Spannend wird, was die Prüfung der Jahresrechnungen 1999 und 1998 ergibt. Denn in den beiden Jahren wies beispielsweise Sabena plötzlich gute Resultate aus. Ob die guten Zahlen auch Lohnzahlungen nach sich zogen, wird im hängigen Strafverfahren geprüft.

Honegger wurde in der Nacht vom 15. März von den Vizepräsidenten des Verwaltungsrats, Schmidheiny und Mühlemann, die Vertragserfüllung zugesichert. Stellungnahmen sind keine zu erhalten. Schmidheiny lässt ausrichten, er werde nach der Generalversammlung vom nächsten Mittwoch sprechen. Bei der SAir-Pressestelle war zu erfahren, dass man Honegger nur noch ein Jahresgehalt auszahlen wolle. Warum, ist unklar. Auf Aktionärsseite regt sich inzwischen im-

mer mehr Widerstand. Neben dem Bund und den Kantonen wollen nun auch die UBS und die Zürcher Kantonalbank die Décharge verweigern. Auch mit den Depotstimmen, wie ZKB-Pressesprecher Urs Ackermann betont. Laut Aktienrechtsexperte Alexander de Beer muss sie das auch: «Mit dem Abschluss eines Depotvertrags muss die Bank die Interessen der Kunden wahren. Aus einer Verantwortlichkeitsklage entstehen möglicherweise Forderungen an einen Verwaltungsrat, was sich positiv auf die Firma und deren Aktionäre auswirkt.»

Die Credit Suisse, mit Mühlemann im SAir-VR vertreten, wird sich mit Stimmenthaltung begnügen. Ihre Tochtergesellschaft «Winterthur» müsste im Falle einer Verurteilung zahlen, denn dort sind die Verwaltungsräte versichert. **SEITE 81**



Figuriert noch als Aktivposten in der Bilanz: Swissair-Hauptquartier Balsberg bei Kloten (oben). Manager mit goldenem Fallschirm (v.l.n.r.): Philippe Bruggisser, Ex-Konzernchef, Klaus Knappik, SAir-Logistics, Eric Honegger, Ex-VR-Präsident, Paul Reutlinger, Ex-Sabena-Chef (nur 3-Jahres-Vertrag), Georges Schorderet, Finanzchef, Wolfgang Werlé, SAir-Relations, Rolf Winiger, SAir-Services

«Mir ist das zuwider»

Ehrenpräsident Armin Baltensweiler zur SAir-Krise

ZÜRICH - Armin Baltensweiler arbeitete 44 Jahre für die Swissair. In den 70er- und 80er-Jahren hat er die Fluggesellschaft geprägt, erst als Konzernchef, dann bis April 1992 als VR-Präsident. Der grösste Teil seiner Amtszeit war von Erfolg geprägt. In den letzten beiden Amtsjahren zeigten sich bei Swissair ähnliche Probleme wie heute. Operativ gab es grosse Verluste (1991: 60 Mio. Franken), ein Gewinn konnte nur dank Buchgewinnen aus Flugzeugverkäufen ausgewiesen werden. Immerhin, 1991 lag die Eigenkapitalquote bei der Swissair bei gut 30 Prozent; heute steht sie samt Pensionskassengeldern bei fünf Prozent. Seit 1992 ist Baltensweiler Ehrenpräsident der SAirGroup.

SONNTAGSZEITUNG: Was halten Sie von den Honorarforderungen Eric Honeggers?
ARMIN BALTENSWEILER: Mir ist das höchst zuwider, was ich in den Zeitungen diesbezüglich lesen muss. Allerdings muss ich sagen, dass ich über den Inhalt nicht mehr weiss, als jetzt öffentlich gemacht wurde. Nun muss dies alles untersucht werden.

Hatten Sie, als Sie bei der Swissair noch aktiv waren, auch Anstellungsverträge über fünf Jahre, wie sie nun offenbar für VR-Präsident und Konzernleitung gelten?
BALTENSWEILER: Nein, ich hatte normalerweise als Konzernchef einen ganz normalen Arbeitsvertrag wie alle anderen auch. Und als Verwalterpräsident war ich für jeweils drei Jahre gewählt.

Werden Sie an der Generalversammlung vom nächsten Mittwoch für die Entlastung des Verwaltungsrats stimmen?
BALTENSWEILER: Da bin ich mir noch keineswegs sicher.



«Zu sehr an Shareholder-Value gedacht»: Armin Baltensweiler

Was ist der Hauptgrund, dass sich die SAir-Group in einer so desolaten Lage befindet?
BALTENSWEILER: Als 1992 der EWR abgelehnt wurde, war die Swissair gezwungen, sich im europäischen Ausland in Fluggesellschaften einzukaufen, um die Isolation zu überwinden.

Die Umsetzung dieser Strategie war offensichtlich fehlerhaft. Hätte nicht der Verwaltungsrat die Notbremse ziehen müssen?
BALTENSWEILER: Ich verstehe nicht, dass so lange nichts geschah. Offensichtlich dachte man zu sehr an den Shareholder Value statt an die industrielle Strategie der Unternehmung. Interview: Arthur Rutishauser

Sie alle beschenken sich selber

Schon Mitte letzten Jahres liess sich fast die gesamte Konzernleitung vom VR fünfjährige Verträge garantieren

VON ARTHUR RUTISHAUSER

ZÜRICH - «Wir müssen nicht gerettet werden», verkündete SAirGroup-Chef Philippe Bruggisser am 9. Juli letzten Jahres im «SonntagsBlick». Geglaut hat er es damals wohl selbst nicht mehr, als er von einer gesunden Finanzlage des Konzerns sprach. Denn just zur selben Zeit liess er sich von den Verwaltungsräten Eric Honegger, Gaudenz Staehelin und Thomas Schmidheiny einen Vertrag für alle Fälle unterschreiben. Fünf Jahre garantierte Anstellung liess er sich und der gesamten Konzernleitung damals garantieren. Und die Herren Verwaltungsräte machten mit.

Grund für die Feuerwehrrührung: Am 5. Juli 2000 war es zum ersten Krach im Verwaltungsrat der SAirGroup gekommen. Damals forderte Lukas Mühlemann zum ersten Mal genauere Auskunft über die finanzielle Lage und äusserte sich kritisch zu den defizitären Auslandbeteiligungen. Damit wird klar: Eric Honegger forderte im Dezember für sich nur das, was er der Konzernleitung bereits gewährt hatte: eine sorgenfreie finanzielle Zukunft. Bei aller Kritik am abgehalften Ex-Regierungsrat muss festgehalten werden: Das operative Geschäft führte Bruggisser mit seiner Crew. Bruggisser

wollte Honegger als Verwaltungsratspräsident, weil er genau wusste, dass der ihm nie ins Tagesgeschäft reinreden würde.

Es sind der frühere Verwaltungsratspräsident Hannes Goetz, Ex-Swissairchef Otto Loepte und Bruggisser, die im letzten Jahrzehnt die Geschicke der Swissair bestimmten und somit die grösste Verantwortung für das Riesendeckel tragen. Begonnen haben die gegenwärtigen Schwierigkeiten bereits Anfang der Neunzigerjahre, und zwar noch vor der verlorenen EWR-Abstimmung. Es waren die letzten Amtsjahre des heutigen Ehrenpräsidenten Armin Baltensweiler. Schon damals konnte der Swissair-Verwaltungsratspräsident keinen echten Gewinn mehr ausweisen. Schon damals wollte man die Swissötel verkaufen, um zu mehr Mitteln zu kommen.

Als Baltensweiler 1992 den Stab an die neue Führungscrew unter Goetz und Loepte abgab, wurde über die genau gleichen Probleme lamentiert wie heute: Die vielen Verspätungen, der hohe Dollar und die gestiegenen Ölpreise seien schuld am schlechten Zustand der nationalen Fluggesellschaft. Das wahre Problem war aber auch damals, dass die Swissair für den kleinen Heimmarkt zu gross

geworden war und zu viele Interkontinentalverbindungen nur mit teuren Zubringerflügen füllen konnte. Daher versuchte man 1993 die Flucht nach vorn und plante das Projekt Alcazar, die Fusion mit der holländischen KLM und der skandinavischen SAS.

Als das Projekt scheiterte, verfolgte man ab 1995 die Strategie des Kaufs von ausländischen Fluggesellschaften, zum Beispiel Sabena. Zu verantworten haben dies neben Goetz und Loepte auch die langjährigen Verwaltungsräte, allen voran der damalige McKinsey-Berater Lukas Mühlemann sowie Thomas Schmidheiny und Bénédicte Hentsch.

Drastische Abbaupläne bei Swissair, Sabena und die Falle Frankreich

Gleichzeitig baute Bruggisser die flughafen Geschäfte aus, also die Bordverpflegung, die Technik und Softwareunternehmen, die auch heute Gewinn bringend arbeiten. Die Swissair selbst, von der letztendlich der Erfolg der flughafen Geschäfte abhängt, schrieb während all dieser Jahre kaum je Gewinn. Dafür wurde der Konzern durch die Auslagerung von immer mehr Geschäftsfeldern in eigene Gesellschaften immer unübersichtlicher.

Ab 1998, unter Bruggisser als Konzernchef, wurden all die vorher gemachten Versäumnisse noch akzentuiert, indem immer mehr Beteiligungen an Fluggesellschaften zusammengekauft wurden. Das generierte zwar für die Swissair mehr Passagiere, doch die flogen für immer weniger Geld. Diesen Trend wieder umzukehren, das ist nun die Aufgabe.

Am Balsberg wird derzeit gerechnet: Als die SONNTAGSZEITUNG vor einem Monat zeigte, was passiert, wenn das Langstreckennetz gekürzt wird, kamen noch heftige Dementis. Nun sagen gut informierte Kreise, dass bereits auf den nächsten Winterflugplan die Asienflüge massiv zusammengestrichen werden. Am Schluss bleiben nur noch zwei Destinationen übrig. Derweil wird auch mit allen Mitteln versucht, den Geldabfluss in Belgien zu stoppen. Dort sollen in Zukunft viel kleinere Flugzeuge zum Einsatz kommen und ausser einigen Afrika- und Nordamerikadestinationen das gesamte Langstreckennetz wegfallen. In Frankreich schliesslich verhindern die rigiden Arbeitsgesetze, dass die hochdefizitären Gesellschaften geschlossen werden. Bis zur GV am Mittwoch hat Mario Corti versprochen, das Problem zu lösen.



Vor schier unlösbaren Problemen in allen Unternehmensbereichen: Swissair-Präsident Mario Corti

FOTO: KEYSTONE (2), REUTERS, REMOTE; MONTAGE SZ

Cortis Plan geht nicht auf

Der Swissair-Chef steht vor einem finanziellen Scherbenhaufen, der nur schwer zu kitten ist

VON ARTHUR RUTISHAUSER

ZÜRICH ♦ Mario Corti ist nicht zu beneiden. Denn die Hauptaufgabe des Swissair-Chef besteht im Moment darin, den Konkurs zu kaschieren. Darum gibt es keinen Quartalsabschluss, darum gibt es keine genauen Zahlen zum Geschäftsverlauf der ersten vier Monate, und darum gibt es nur nebulöse Aussagen zu einem Sparprogramm von einer halben Milliarde Franken, von dem keiner weiss, wie es denn zu realisieren ist.

Die Ausgangslage ist katastrophal. 877 Millionen Franken Eigenkapital hatte die Swissair-Holding am 31.12. 2000. Wenn das Eigenkapital unter 438 Millionen sinkt, dann gilt OR 725, und die Swissair muss einen Sanierungsplan vorlegen. Nur schon bei den Grossbaustellen Sabena und der französischen AOM Air Liberté beträgt der Verlust monatlich 100 Millionen Franken. Somit müsste eigentlich das Eigenkapital unter die kritische

Marke gesunken sein. Das «Wall Street Journal» rechnet denn auch bereits mit einem möglichen Konkurs. Swissair-Sprecher Rainer Meier dementiert: «Wir kennen die Anforderungen von Artikel 725. Und die Höhe des Eigenkapitals wird ständig überwacht.» Die Frage ist hier wohl ganz einfach, wie man bucht.

Auch im Stammhaus des Konzerns ist Besserung nicht in Sicht: Das Jahr ist schlecht angelaufen, und alle Bereiche der Swissair liegen unter Budget, wie aus guter Quelle zu hören ist. Vor allem der Flugbetrieb ist defizitär. Die Position von Flugchef Beat Schär ist angeschlagen. Auch wenn Corti in der «Rundschau» behauptet, das Swissair-Betriebsergebnis sei auf Konzernebene positiv, so heisst das nicht viel: Erstens gehen vom Betriebsergebnis noch die Zinsen weg, und das waren letztes Jahr netto immerhin 290 Millionen Franken; und es fehlen

zweitens die Abschreibungen auf dem immateriellen Vermögen, das zu einem guten Teil aus aktiviertem Goodwill für die vor zwei Jahren übernommene Cateringgesellschaft Dobbs besteht. Und die arbeitet dieses Jahr mit viel weniger Gewinn als vor Jahresfrist, weil in Amerika die Konjunktur eingebrochen ist und damit die Nachfrage nach Geschäftsflügen.

Bereichsleiter suchen mit rauchenden Köpfen nach Sparmöglichkeiten

Die letzte Geschäftsleitungs-Sitzung vor zehn Tagen begann denn auch mit einem Paukenschlag. 500 Millionen Einsparungen brauche die Swissair, teilte Corti seiner versammelten Geschäftsleitung mit. Nur wo, das konnte er nicht sagen. Kein Konzept, keine Traktandenordnung: Nur die Zahl und die Hausaufgabe für die Bereichsleiter. Sie sollten an allen möglichen Orten nach den dringend benötigten

Einsparungen suchen. Gestern sassen sie dann mit rauchenden Köpfen zusammen und suchten nach Lösungen.

Das ist nicht einfach. Will man Personal entlassen, so gilt eine Kündigungsfrist von drei Monaten. Und so viel Kader hat auch die Swissair nicht, dass deren Löhne innerhalb der verbleibenden drei Monate des laufenden Jahres 500 Millionen ausmachen. Mit den bisher bekanntgegebenen Streckenstreichungen in Asien lassen sich kaum mehr als 30 Millionen Franken sparen.

Für Daniel Vischer, Gewerkschaftschef des Bodenpersonals, ist Cortis Sparprogramm unmöglich. Vor allem, weil über die strategische Zukunft der Swissair-Gruppe noch keine Entscheide gefällt sind. Denn erst wenn man weiss, in welche Flug-Allianz man will, kann man

Fortsetzung auf Seite 79

Cortis Plan geht nicht auf

ernsthaft daran gehen, das Streckennetz zu reduzieren – die wohl einzige Massnahme, die wirklich Geld in die Kasse bringt. Der grösste Teil der übrigen Kosten ist fix oder steigend. So etwa die Treibstoff- und Zinskosten. Die werden dieses Jahr sicher nicht kleiner. Im Gegenteil: Der Zinssatz für den zweifelhaften Schuldner Swissair steigt ständig, im letzten Jahr von 5,6 auf 7 Prozent. Und der Zins für die zugesagte Kreditlimite von einer Milliarde Franken dürfte über zehn Prozent liegen, sagen Experten.

Nur so ist es zu erklären, dass sie bisher nicht in Anspruch genommen wurde. Da verpfändete die Swissair lieber ihre Anteile an der Austrian Airlines an die Credit Suisse, oder man suchte in einer Feuerwehrrückung neue Geldquellen. So etwa für den Kauf des neuen Airbus 330, der eigentlich am 22. Mai hätte übernommen werden sollen.

Nach wie vor zeichnet sich in Frankreich keine Lösung ab

Statt wie vorgesehen durch die Swissair-eigene Flightlease wurde das Flugzeug von der amerikanischen Leasinggesellschaft ILFC übernommen. Ein Modell, das man auch in Zukunft anwenden

will, denn für Corti ist die Kapitalbildung bei den Flugzeugen schon heute viel zu hoch. Doch sparen lässt sich so auch nicht viel, denn die Leasingkosten bei der ILFC sind auch nicht gerade billig. Etwas mehr Hoffnung macht, dass die Swissair die Option hat, statt, wie geplant, den

Riesenvogel A340-600 eine kleinere Version des gleichen Typs zu kaufen.

Keine Lösung zeichnet sich nach wie vor in Frankreich ab. Im Gegenteil: Dort hat man sich inzwischen mit dem Mehrheitsaktionär Marine Wendel zerstritten. Deren Chef Ernst Antoine Sellière weigert

sich, einen Beitrag zur Sanierung zu leisten. Es sei immer klar gewesen, dass sein Engagement rein finanzieller Natur sei.

Sellière, der den finanziellen Zustand der Firmen genau kennt, hat sich abgesichert. Nicht nur liess er sich alle Engagements mit Put-Optionen sichern, es gibt offenbar auch zusätzliche Absicherungen, die im Konkursfall entscheidend sein könnten. So liess sich Sellière schriftlich zusichern, dass sämtliche Aufbauposten im Zusammenhang mit der geplanten Fusion von AOM und Air Liberté von der Swissair zu übernehmen seien.

Unterschrieben hat die Absichtserklärung der damalige Konzernchef Philippe Bruggisser. Rainer Meier bestätigt den Brief. «Doch dieser Brief bezog sich auf den Businessplan zum Aufbau der neuen Airline. Heute sind wir in einer anderen Situation.» Sellière dürfte dies anders sehen. Eines scheint jetzt schon klar: Der Ausstieg der Swissair aus Frankreich wird noch zum Rechtsstreit werden. Denn wenn nicht noch ein wunderbarer Retter auftaucht, kommt es in Frankreich in zwei Wochen zum Konkurs. Die geschätzten Kosten: 700 Millionen Franken. Wer die übernehmen muss, dürfte auch für die Swissair zur Überlebensfrage werden.

Der Gewinn nach den Zinskosten ist entscheidend

Mario Corti liebt es zu dozieren. So hält er jeweils den Journalisten oder seinen eigenen Mitarbeitern gerne Vorträge über Zielgrössen, die er für die Steuerung eines Unternehmens für richtig erachtet. Er beruft sich dabei auf den so genannten «Economic Profit», das heisst, der Gewinn, der bleibt, nachdem die Zinskosten für Fremdkapital und eine risikogerechte Verzinsung des Eigenkapitals abgezogen wurden. Dies hat ganz offensichtlich einen Grund: Bisher galt innerhalb der Swiss-

air der Betriebsgewinn (EBIT) als Führungsgrösse, die über den Jahresbonus entschied. Dies führte zur grotesken Situation, dass selbst im katastrophalen Geschäftsjahr 2000 Erfolgspremien ausbezahlt wurden. Noch schlimmer ist, dass die Kader durch die Kennzahl EBIT geradezu verleitet wurden, möglichst viele Schulden zu machen. So wurden etwa die Manager der Flightlease jeweils mit **besonders hohen Boni** beglückt, weil bei einer Leasinggesellschaft die Zinsen logi-

scherweise den Hauptanteil der Kosten ausmachen.

Wie verheerend diese Fehlkentwicklung für die Swissair als Konzern war, zeigt die massiv gestiegene Nettoverschuldung, die heute etwa 6,5 Milliarden Franken beträgt. Nimmt man die französischen Tochtergesellschaften dazu, kommt man laut Thoma della Casa, Analyst der Deutschen Bank auf 11,2 Milliarden Franken. An einen Einbezug der belgischen Sabena wagt man schon gar nicht mehr zu denken.

Swissair Group: Zahlen massiv geschönt

Ausgewiesene Gewinne bei Konzerntochter Crossair sind in Wirklichkeit Verluste

VON ARTHUR RUTISHAUSER

ZÜRICH - Nächste Woche kommt es zu einer Premiere: Am Mittwoch wird die Crossair ihre Zahlen vorlegen. Und die sehen ganz anders aus als jene, die Mario Corti am Donnerstag präsentiert hat. Es ist das erste Mal in der Schweiz, dass eine Tochtergesellschaft die Rechnungslegung ihres Mutterkonzerns korrigiert. Dabei wird ersichtlich, dass die meisten operativen Gewinne, welche die Swissair Group dem staunenden Zuhörer verkaufte, in Wirklichkeit Verluste sind.

André Dosé wirkte ziemlich verdatert, als er am Donnerstag erklären musste, warum die Crossair plötzlich einen Gewinn ausweist, nachdem das Crossair-Management öffentlich gesagt hatte, im ersten Halbjahr seien die Zahlen rot. Das waren sie letztlich auch. Denn das, was Corti der versammelten Journalistenschar als operativen Gewinn präsentierte, stimmte zwar rechnerisch, enthielt aber einen aussergewöhnlichen Ertrag von 251 Millionen Franken aus der Auflösung einer Reserve für nicht verwendete Flugscheine. Gleichzeitig fehlten Abschreibungen, Mietgebühren und Finanzierungskosten. Rechnet man diese wieder hinein, so erscheinen alle Teilsegmente der Swissair mit Ausnahme von Nuance, Cargo und SR Technics defizitär.

Die Crossair-Zahlen sind für die Konzernrechnung umgerechnet worden, sagt Swissair-Presesprecher Rainer Meier. Spötter meinen, nächstens werde man bei der Swissair einen Betriebsgewinn vor Lohnkosten ausweisen. Mindestens was die Flugscheine anbelangt, ist die Sa-

che klar: Das ist kein operativer Gewinn, sondern eine Auflösung von Reserven.

Fragt sich noch, warum denn Corti all die Zahlenakrobatik betreibt, denn immerhin muss er intern den Abbau von 1250 Arbeitsplätzen kommunizieren. Die Reaktion des Kaders auf die publizierten Gewinne war nun aber, dass man sagte, solange man operative Gewinne einfährt, habe man doch gar kein Problem. Und die Piloten werden auf ihren Verträgen beharren, die nicht nur genau festlegen, wie viele Swissair-Piloten es geben muss, sondern auch, wie das Verhältnis zwischen Swissair- und Crossair-Piloten aussehen muss. Danach ist es unter geltenden Verträgen gar nicht möglich, dass die Swissair Piloten abbaut und Crossair gleichzeitig noch ins Chartergeschäft expandiert. Hier zeichnet sich ein ernsthafter Arbeitskonflikt ab.

Wirtschaftliches Fremdkapital wurde als Eigenkapital ausgewiesen

Noch viel gravierender als die Bilanzarithmetik ist das, was vom früheren Management angerichtet wurde. Insbesondere wurde für eine halbe Milliarde wirtschaftliches Fremdkapital als Eigenkapital ausgewiesen.

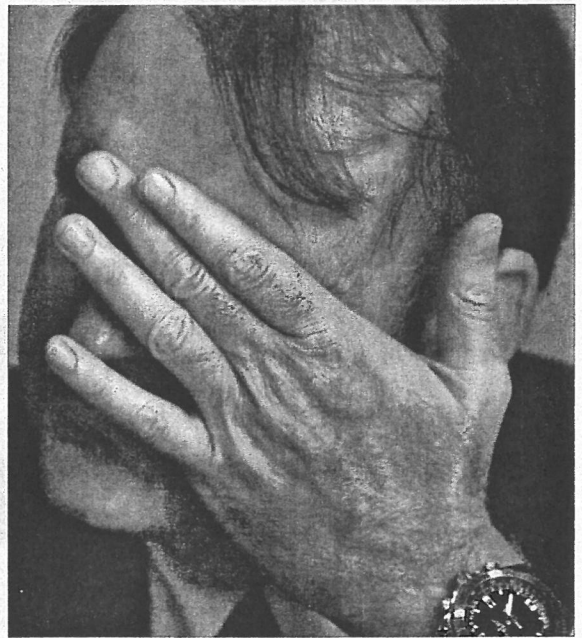
Der Ursprung dieser Geschichte liegt zwei Jahre zurück. Damals verkaufte die Swissair ihren Anteil an der Singapore Airlines. Da es sich um eine Kreuzbeteiligung handelte, veräusserte die Singapore im Gegenzug ihre Swissair-Aktien. Nur fand sich kein Käufer, der ein derart grosses Paket wollte. Dann fand man bei

der Swissair eine kreative Lösung. Man übernahm die Aktien und schaltete zwei Banken ein: die Salomon Smith Barney, eine Tochtergesellschaft der City Bank, und die Rothschild Bank in Genf. Diese arbeitete wahrscheinlich für die Deutsche Bank. Sie übernahmen die Aktien unter der Bedingung, dass die Swissair den Kurs garantiere.

Faktisch hatten die beiden Banken somit eine Put-Option, denn die Swissair musste viel Geld für die Kursdifferenz bezahlen, weil die Aktie nur noch ein Drittel wert war. Gravierend ist auch, dass der Verwaltungsrat von der Transaktion wusste - mindestens jene Mitglieder, die damals schon dabei waren. Corti selbst kam erst später.

Die Beteiligten und auch die Revisionsgesellschaft kommen mit diesem Vorgehen in Konflikt mit Artikel 717 des Obligationenrechts betreffend Sorgfalts- und Treuepflicht. Dort heisst es: «Die Mitglieder des Verwaltungsrates sowie Dritte, die mit der Geschäftsführung befasst sind (...), haben die Aktionäre unter gleichen Voraussetzungen gleich zu behandeln.»

Das war unter den herrschenden Umständen nicht gegeben, weil aussen Stehende nicht wissen konnten, dass das Eigenkapital der Swissair in den letzten zwei Jahren eine halbe Milliarde kleiner war als ausgewiesen. Und laut dem Präsident der Aktionärsvereinigung, Hans-Jacob Heitz, hat sich bereits die Bezirksanwaltschaft Zürich gemeldet und bei der Sonderprüfung Akteneinsicht verlangt.



Jetzt will der Bezirksanwalt Akteneinsicht bei seinem Konzern: Mario Corti. FOTO: T. BURLA

Die veröffentlichten und die richtigen Zahlen

| | Publiziert | Bereinigt | Inv. Kapital | Zins | Betriebsgewinn |
|--------------|------------|-----------|--------------|--------|----------------|
| Balair | -21 | -21 | unbekannt | 0 | -21 Mio. Fr. |
| Swissair | 38 | -183 | unbekannt | 0 | -183 |
| Crossair | 37 | 7 | 984 | 59.04 | -52.04 |
| Flightlease | 84 | 84 | 5686 | 341.16 | -257.00 |
| Gate Gourmet | 34 | 34 | 2463 | 147.78 | -113.78 |
| Nuance | 22 | 22 | 270 | 16.2 | 5.8 |
| Technics | 33 | 33 | 539 | 32.34 | 0.66 |
| Swisscargo | 17 | 17 | 245 | 14.7 | 2.3 |
| Swissport | -39 | -39 | 685 | 41.1 | -80.1 |



Konkurs ist möglich, die Oktoberlöhne sind nicht gesichert: Swissair-Chef Mario Corti in der «Arena» vom Freitag

FOTO: SABINA BOBST

Sanierung erfordert 12 Milliarden

Swissair vor dem Aus: Die Banken fordern ihre Kredite zurück – UBS drehte Geldhahn zu

VON ARTHUR RUTISHAUSER

ZÜRICH - Bei der Swissair steht die grösste Sanierung in der Schweizer Firmengeschichte an. 12 Milliarden Franken braucht sie, um ihr Überleben längerfristig sichern zu können. Das ist die Zahl, mit der Ulrich Bremi am Freitag konfrontiert wurde. Davon sind vier Milliarden frisches Geld, acht Milliarden braucht es zur Streichung von Schulden und anderen Verpflichtungen.

400 Millionen Franken benötigt die Swissair sofort. Sonst geht sie nächste Woche in den Konkurs. Wer die bezahlt ist unklar. Die Banken jedenfalls steigen seit dem 11. September reihenweise aus oder sichern sich ihre Kredite. Bisher einzige Ausnahme: Lukas Mühlemanns Credit Suisse. Doch auch die weigert sich nun, allein das finanzielle Überleben der Swissair zu sichern.

Es sind nicht nur die ausländischen Banken, die der Swissair den Rücken kehren. Auch die UBS und die Zürcher Kantonalbank kündigten seit dem 11. September Kredite in der Höhe von mehreren Hundert Millionen Franken. Am Freitag Nachmittag stand die Swissair vor der Zahlungsunfähigkeit. Die

UBS, die das tägliche Cash-Management (Cash-Pooling) der Swissair besorgt, drehte den Geldhahn zu – weil sonst bei mindestens einem Konto die Kreditlinie unterschritten worden wäre.

Dass die Swissair nicht schon letzte Woche vor den Richter musste, verdankte sie einzig der kurzfristigen Hilfe einer Einzelirma, die kurzfristig Geld zur Verfügung stellte. Zu denken gibt die Haltung der UBS. Wie aus gut informierter Quelle zu hören ist, will sich ihr Repräsentant Alberto Togni aus der von Bremi präsidierten Rettungsgruppe zurückziehen.

Am Freitag ging es noch nicht um übermässig viel Geld, doch morgen geht es bereits um wesentlich mehr. Die Sabena erwartet eine Zahlung von 200 Millionen Franken. Wenn die nicht kommt, werden die Belgier die Swissair wohl betreiben und in Brüssel eine sistierte Klage in Höhe von einer Milliarde Franken reaktivieren. So zumindest die Drohung.

Doch auch wenn die Swissair hier zahlen sollte, droht im weiteren Wochenverlauf eine neue Hiobsbotschaft: In Frankreich werden über 100 Millionen fällig. Beide Zahlungen sind die Folge des viel-

bejellten Ausstiegs aus den Beteiligungsgesellschaften, den Corti im Sommer aushandelte.

Etwas weiter hinten in der Warteschlange steht die deutsche LTU, die weitere 100 Millionen Franken will. Auch dieser Betrag ist vertraglich zugesichert. Offizielle Sprachregelung bei LTU: «Wir liegen bei der Sanierung über Plan.» Der Clou bei der neu-deutschen Planwirtschaft ist, dass die Swissair bis 2005 alle Defizite und Hunderte von Millionen zur Bilanzsanierung zahlen muss.

Ausstieg aus bestehenden Verträgen kommt die Swissair teuer zu stehen

Konkretere Formen nimmt indes der Sanierungsplan von Swiss Air Lines an, dem Zusammenschluss von Swissair und Crossair. Da ist auf der einen Seite die Bilanzsanierung. Hier geht es darum, dass auf Verpflichtungen der Swissair von zusammen acht Milliarden Franken verzichtet werden muss. Neben den Bank- und Obligationsschulden geht es hier um Leasingverpflichtungen und um die bestellten neuen Langstreckenflugzeuge vom Typ A340-600. Laut dem operativen

Sanierungsplan des neuen Airline-Chefs André Dosé werden diese Flugzeuge nicht angeschafft. Doch ein Ausstieg aus den bestehenden Verträgen wird die Swissair teuer zu stehen kommen – immerhin sind die Riesenvögel inzwischen praktisch fertig gebaut. Und nach der Katastrophe vom 11. September sind sie heute praktisch unverkäuflich. Statt den A340 sieht Dosé den verlängerten Einsatz der MD-11 vor, weil sie kleiner sind und statt monatlich zwei Millionen Franken nur etwa 700 000 Franken kosten.

Unter der Voraussetzung, dass die Bilanzsanierung gelingt und die Gruppe frische Mittel von vier Milliarden Franken erhält, sieht der Plan Dosé bereits im nächsten Jahr einen kleinen Gewinn und in der Zukunft einen Überschuss von 300 Millionen Franken jährlich vor. Für die Angestellten bedeutet dies aber nichts Gutes. Denn von ihnen werden grosse Opfer verlangt. Ein Drittel der Stellen bei der Swissair Fluggesellschaft sind in akuter Gefahr. Das bedeutet etwa 2500 Arbeitsplätze, davon über 400 Piloten. Wie vielen effektiv gekündigt wird, ist noch unklar.

«Ich bin nicht überzeugt»

Ulrich Bremi über Chancen einer Rettung der Swissair

SONNTAGSZEITUNG: Herr Bremi, Sie sind beauftragt, der Swissair zu helfen, eine neue Kapitalstruktur zu suchen. Wie erklären Sie eigentlich einem ausländischen Gläubiger, warum er bei einer Sanierung der Swissair mithelfen soll? Der hat doch mit nationalen Interessen nichts am Hut.



ULRICH BREMI: Gute Frage. Die Swissair hat auch den ausländischen Banken ein für sie positives Konzept vorzulegen.

Im Klartext: Man muss mit dem Konkurs drohen...

Hilft Swissair retten: BREMI: Oder mit anderen Geschäften in der Zukunft, wenn für die Swissair noch eine Lösung gefunden wird.

Macht denn die UBS bei der Rettungsaktion für die Swissair mit?

BREMI: Ich äussere mich nicht zu einzelnen Banken.

Nun geht es bei der Rettungsaktion inzwischen um Beträge, die noch viel höher sind als angenommen wurde. Bringen Sie das hin?

BREMI: Ich weiss es nicht. Ich bin noch nicht überzeugt. Seit letztem Freitag wissen wir, was die Swissair will. Nun müssen wir prüfen, ob es finanzierbar ist. Kritisch ist das Ausmass der notwendigen Mittel.

Ihre Arbeitsgruppe hätte es eigentlich schon im letzten Frühling geben müssen.

BREMI: Ich habe die Bilanz der Swissair erstmals vor fünf Tagen gelesen. Im Frühjahr stand der Swissair das Wasser noch nicht bis zum Hals.

Umso besser wäre es doch gewesen, mit der Sanierung sofort zu beginnen. Wenn man die Bilanz liest, sieht man doch, dass es viel Geld braucht.

BREMI: Gut, das ist heute so, aber nicht im Frühjahr.

«Kritisch ist das Ausmass der notwendigen Mittel»

Wenn die Swissair nun wirklich wie geplant 25 bis 33 Prozent der Kapazitäten abbaut – wer bezahlt das? Da gibt es doch beispielsweise Zusagen zum Kauf von neuen Flugzeugen. Kommt man aus den teuren Verträgen überhaupt noch heraus ohne Konkurs?

BREMI: Das will ich auch wissen. Die Swissair arbeitet daran.

Fortssetzung auf Seite 79

«Ich bin noch nicht überzeugt»

Wenn Flugzeuge auf Flughäfen zurückgehalten werden, weil zum Beispiel die Leasingraten nicht mehr bezahlt werden, müssen sie in der Bilanz zum Liquidationswert eingesetzt werden. Dann ist die Firma Konkurs.

BREMI: Die Swissair hat die Kosten der Überführung des Ist-Zustandes zur neuen Struktur errechnet. Die Zahl liegt vor.

Ist die Swissair heute überschuldet?

BREMI: Das müssen Sie die Swissair fragen.

Ist die Hälfte des Aktienkapitals gedeckt?

BREMI: Am 30. Juni ja. Per heute weiss ich das nicht. Das ist das Problem des Verwaltungsrats.

Haben Sie denn eine Holdingbilanz für das erste halbe Jahr gesehen?

BREMI: Ja, aber ich habe sie nicht überprüft. Das ist Sache des Verwaltungsrates. Mich interessiert im Moment, ob die Liquidität sichergestellt werden kann. Das ist mühsam genug.

«Mich interessiert die Sicherstellung von Liquidität»

Und in den nächsten drei Tagen haben Sie eine Machbarkeitsstudie?

BREMI: Das hoffe ich.

Sind Sie dafür, dass man den Belgiern am Montag 200 Millionen Franken überweist?

Wird das Geld nicht überwiesen, würde die Swissair betrieben und gepfändet.

BREMI: Man muss das Geld überweisen.

Ist es nicht Gläubigerbevorzugung, wenn man die Belgier bezahlt und die übrigen Gläubiger nicht?

BREMI: Gläubigerbevorzugung gibt es erst, wenn man einzelne Gläubiger nicht mehr bezahlt. Solange man alle bezahlt, gibt es keine Gläubigerbevorzugung.

Haben Sie Zusagen von neuen Investoren?

BREMI: Soweit sind wir noch nicht.

An was könnte das scheitern?

BREMI: An der Dimension.

Wie viel Prozent Überlebenschance geben Sie der Swissair?

BREMI: Ich weiss es nicht.

Interview: Arthur Rutishauser

Schulden der Swissair

Um die Verschuldung der Swissair ist einige Verwirrung entstanden. Swissair-Chef Mario Corti operiert mit nicht näher definierten Brutto- und Netto-Begriffen. Vergessen gingen etwa die kurzfristigen Schulden. Hier die Zahlen gemäss Halbjahresbilanz in Milliarden Franken.

| | |
|---|----|
| Kurzfristige Verschuldung | 8 |
| Langfristige Verschuldung | 13 |
| Bruttoverschuldung 1 | 21 |
| Leasing-Verpflichtungen (nicht in der Bilanz) | 4 |
| Bruttoverschuldung 2 | 25 |
| Liquide Mittel | -2 |
| Nettoverschuldung | 23 |
| Kurzfristige Schulden | -8 |
| Bruttoverschuldung (Definition Corti) | 15 |

Laudatio

für die
von
erschienen

Swissair-Serie
Arthur Rutishauser
in der SonntagsZeitung
vom 28. Januar bis 30. September 2001

Sicherlich über 10'000 Artikel und zwei Bücher sind im vergangenen Jahr über die Swissair geschrieben worden. Es ist deshalb nicht weiter erstaunlich, dass zu diesem Thema auch einige Arbeiten beim Zürcher Journalistenpreis eingereicht wurden. Darunter die siebenteilige Artikel-Folge von Arthur Rutishauser in der SonntagsZeitung. Sie hat die Jury überzeugt.

Warum? Arthur Rutishauser hat über Monate hinweg immer wieder mit «Primeurs» zum Thema Swissair von sich reden gemacht. Er hat hartnäckig recherchiert, ist dran geblieben, wurde fündig. Mit dem Resultat, dass er den anderen Swissair-Medienspezialisten häufig einen Schritt voraus war und immer wieder neue Aspekte des Themas aufbrachte, die bedenkenswert waren.

Sicher, nicht jedes Detail war richtig. Und genauso sicher ist auch, dass ihm ein paar gebratene Tauben in den Mund geflogen sind. Aber beides ergibt sich zwangsläufig, wenn jemand in grossem Tempo und über längere Zeit konsequent über ein Thema berichtet. Schliesslich ist die SonntagsZeitung kein Magazin, die Artikel entstehen meistens aus dem Tag – dem Freitag oder Samstag – heraus.

Esther Girsberger

Der Zürcher Journalistenpreis 2002

wird

Herrn Patrik Landolt
Herrn Stephan Ramming
Frau Anna Schindler
Herrn Georg Seesslen

für ihre Artikel der

Serie zum geplanten Flick-Museum

erschienen in Die WochenZeitung Nr. 10 - 14
vom 8. März bis 5. April 2001

verliehen.

Zürich, 13. Juni 2002

Die Jury:



Andreas Isenschmid



Barbara Burer



Esther Girsberger



Felix E. Müller



Peter Studer



SCHAUPLATZ FÜRS FLICK-PRIVAT-MUSEUM: Ehemaliges Modellmagazin der Sulzer-Escher Wyss AG in Zürich West
FOTO: GERTRUD VOGLER

KRITISCHE STIMMEN ZUM FLICK-MUSEUM

Flicks Erbe in Zürich

Am der Hardturmstrasse soll die Flick Collection, eine der grössten Sammlungen moderner Kunst, ein eigenes Museum erhalten. Der Name Flick und die Herkunft des Vermögens, mit dem die Kunst eingekauft worden ist, werden der Schweiz jedoch kaum zu Glanz verhelfen.

PATRIK LANDOLT UND ANNA SCHINDLER

Auf dem Gelände des ehemaligen Modellmagazins der Sulzer-Escher Wyss AG im boomenden Zürich-West-Quartier, zwischen dem Zürcher Schauspielhaus im Schiffbau und der WoZ-Redaktion, westlich des Mobimo-Hochhauses, soll ein neues Museum für eine der grössten privaten Sammlungen moderner Kunst gebaut werden. Wie Meldungen der Tagespresse zu entnehmen war, hat Friedrich-Christian Flick, der Enkel des deutschen Rüstungsfabrikanten Friedrich Flick, den weltweit angesehenen Architekten Rem Koolhaas damit beauftragt, für seine über 2500 Werke umfassende Sammlung ein Museum zu bauen.

Ein Privatmuseum mit dem Namen des deutschen Rüstungsfabrikanten, der im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess wegen Sklavenarbeit, Ausplünderung besetzter Gebiete und seiner geschäftlichen Beziehungen zur SS zu sieben Jahren Haft verurteilt wurde, in der Bankenstadt Zürich? Ein Museum ausgerechnet mit dem Namen jener Erben, die sich stahlhart weigern, die historische Verantwortung für die Verbrechen der Vorfahren zu tragen und bis heute nicht zur Wiedergutmachung bereit sind? (Siehe Beitrag von Hans Leyendecker Seite 18.) Ein weiterer Beweis für die «Käuflichkeit» der Schweiz? Oder einfach historische und politische Unbedarftigkeit? – Die Frage, ob ein Flick-Museum in Zürich von der Öffentlichkeit überhaupt erwünscht ist, wurde bislang nicht diskutiert.

Der Wechsel der Liegenschaft in den Besitz des Flick-Erben ging diskret vor sich. Erst die Nennung von Rem Koolhaas im Februar war der Flick Collection ein Pressecommuniqué wert. Die Interessengemeinschaft Hardturmquartier hat sich mit dem Flick-Museum bis heute noch gar nicht beschäftigt. Jean-Daniel Blanc, Präsident der Interessengemeinschaft Hardturmquartier und Mitglied der Zürcher SP, bemängelt, dass die Bewoh-

nerInnen über die Museumspläne nicht informiert worden seien. Schliesslich sei es fürs Quartier nicht unerheblich, welche Art von Museum gebaut und welche Funktion dieses haben werde.

Der Zürcher Stadtpräsident Josef Estermann bestätigt, dass Friedrich-Christian Flick ihn telefonisch über die geplante Flick Collection in Zürich informiert hat. «Es hängt jedoch nicht von meiner Zustimmung als Stadtpräsident ab, ob Friedrich-Christian Flick seine Sammlung in einem privaten Museum zugänglich macht», sagt der in Zürich für Kulturelles zuständige Estermann auf Anfrage der WoZ. Ob ein Flick-Museum politisch erwünscht sei, wurde hingegen nicht erörtert. Estermann weiss jedoch um die Brisanz eines Flick-Museums in der Limmatstadt. Er betont deshalb, er finde es persönlich wichtig, dass die Familie Flick «die historische Verantwortung übernimmt und einen angemessenen Beitrag zur Entschädigung der Zwangsarbeiter des Dritten Reiches leistet».

Dass ein Museum eines Flick-Erben für eine Stadt nicht den gleichen Stellenwert hat wie etwa eine Sammlung Beyeler, darauf machen vor allem Mitglieder der jüdischen Gemeinde aufmerksam. Rolf Bloch, Präsident des Schweizer Holocaust-Fonds, findet das Verhalten von Friedrich-Christian Flick auf einer moralischen Ebene unsympathisch. «Er verschanzt sich hinter der Familie. Mit einer grossen Geste an die Opfer – und nicht ans Kunstpublikum – könnte er seine Distanzierung von den Nazi-Vorfahren glaubwürdiger machen», kommentierte Bloch. Den Widerspruch von Kunst-Mäzenatentum und historischer Verantwortung, der in der Person Friedrich-Christian Flick zum Ausdruck kommt, bringt Ellen Ringier, Mitglied des Stiftungsrates der «Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus» sowie Präsidentin der «Stiftung Jugend für Akzeptanz und Toleranz» («Rock gegen Hass») auf den Punkt. Sie kennt Friedrich-Christian Flick persönlich und beschreibt den Kunstliebhaber als offen

und sympathisch. Sie zeigt sich begeistert darüber, dass die Zürcher Kunstwelt ein neues Museum mit moderner Kunst bekommt. Im gleichen Atemzug betont aber auch Ellen Ringier, dass die Familie Flick sich der Frage der Entschädigung der Zwangsarbeiter des Dritten Reiches stellen sollte.

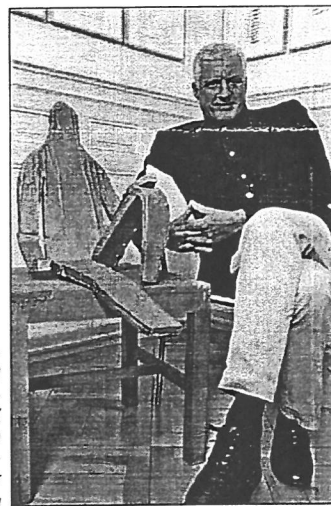
Das Direktorium des Zürcher Schauspielhauses, Christoph Marthaler, Stefanie Carp und Anna Viebrock, äussert sich zur Aussicht auf die künftige Nachbarschaft unmissverständlich: «Wir wünschen uns andere Nachbarn als ein Museum, dessen Exponate aus dem Flick-Vermögen zusammengekauft wurden. Es steht der Schweiz schlecht an, einer Sammlung, die in Deutschland wegen der Familiengeschichte der Sammler abgelehnt würde, nun in Zürich, auf so genannt 'neutralem' Boden, sozusagen Asyl zu gewähren. Wir können den Gedanken nicht verdrängen, dass die Exponate dieser Sammlung mit Kriegsverbrecher-Geld und enteignetem, ariisiertem jüdischem Vermögen bezahlt wurden. Die Kunst der Sammlung können wir nicht trennen vom Wissen darüber, dass sich die Familie Flick bis heute weigert, Entschädigungsgelder an ehemalige Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge zu bezahlen. Kunst 'veredelt' in diesem Fall nicht.»

ERSTE ENTWÜRFE IM FRÜHSOMMER

In der internationalen Welt der Kunst und Architektur stösst der geplante Museumsbau auf grosses Interesse. «Das ist unser viertes Projekt in Zürich West», sagt Jan Knikker, Pressesprecher von Koolhaas' Büro OMA (Office for Metropolitan Architecture) in Rotterdam. Der Masterplan, das Schiffbauprojekt und der Vorschlag fürs Hardturmstadion kamen allesamt in der Stadt Zürich nicht zur Ausführung – beim privaten Flick-Museum sollte es jedoch keine Schwierigkeiten geben.

Ein Problem ist dagegen die begrenzte Quadratmeterzahl, die zur Verfügung steht: Friedrich-Christian Flick möchte nach Aus-

MUSEUMS-GRÜNDER FRIEDRICH-CHRISTIAN FLICK in Zürich neben einer Bruce Nauman-Skulptur
FOTO: SABINE WUNDERLIN



Die Macht der Privaten

Die Förderung von Kunst und Künstlern war nie eine exklusive Angelegenheit des Staates, sondern seit je zu grossen Teilen das Verdienst reicher Mäzene. Und in kaum einem andern Land gibt es, gemessen an seiner Grösse und Einwohnerzahl, so viele hochkarätige private Kunstsammlungen wie in der Schweiz. Diese finanzkräftigen und einflussreichen Sammler haben in den letzten Jahren zunehmend begonnen, ihre Kunstschätze der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Damit betreiben sie eine selbstbewusste Kulturpolitik: Es liegt ihnen fern, die bestehenden, traditionellen und grösstenteils von der öffentlichen Hand unterstützten Häuser zu beschneiden. Sie lassen sich vielmehr für ihre Sammlungen eigene Häuser bauen – und verändern damit die Museumslandschaft in der Schweiz nachhaltig. Kunsthändler Ernst Beyeler war der erste:

Toparchitekt Renzo Piano baute ihm in Riehen ein Kunstmuseum – heute ist die Fondation Beyeler Basels grösster Publikumsmagnet. Prothesenkönig Maurice E. Müller finanziert das Berner Klee-Museum – dieses baut ebenfalls Renzo Piano. Der Schweizer Grossindustrielle Stephan Schmidheiny macht bald seine erlesene Daros Collection im Parterre des Löwenbräuareals der Öffentlichkeit zugänglich – neben der ausgebauten Galerie Hauser & Wirth, die Ende März eröffnet wird. In Zürich sei die Situation heute wieder wie vor zehn Jahren, meint Rein Wolfs, der Direktor des «migras museum für Gegenwartskunst»: Das private Kapital ermögliche zwar einem breiten Publikum den Zugang zu Kunst, dafür bestimmten die mächtigen Sammler, was Kunst sei und wer Erfolg habe auf dem Markt.

ash.

FORTSETZUNG SEITE 18

FAMILIE FLICK ZAHLT NICHTS ZUR ENTSCHÄDIGUNG DER ZWANGSARBEITER

Die blutige Hinterlassenschaft

HANS LEYENDECKER

Die Appelle und flehentlichen Bitten deutscher Politiker an die Vertreter des Mittelstandes, doch bitte für die Entschädigung der Zwangsarbeiter des Dritten Reiches zu sammeln, haben etwas rührend Hillloses. Mittelständische Betriebe sind meist Zuliefererbetriebe und müssen die Lücken füllen. Weil bei einigen der grossen Namen dieser Republik die Kälte regiert, fehlen immer noch 1400000000 Mark für die zugesagte Summe, und jede Woche sterben tausende Opfer. Der Geiz ist ein Meister aus Deutschland.

Zwar richtet sich der Aufruf der von 16 Konzernen gegründeten Initiative bislang ausschliesslich an Unternehmen, aber wird der Ausschluss von Privatpersonen der historischen Verantwortung gerecht? Durch die Fron und Pein der Zwangs- und Sklavenarbeiter oder durch Arierisierung sind auch riesige Privatvermögen angehäuft worden. Weil sich das Kapital in internationalen Labyrinthorganen organisiert, ist die blutige Hinterlassenschaft längst gewaschen worden, doch die Erben sind nicht anonym. Sie heissen beispielsweise Horst oder Flick.

Die Nachkommenschaft steht nicht auf den Kriegsverbrecherlisten, sondern in den Verzeichnissen der wirklich Reichen.

Der Name der Flick-Dynastie ist manchen Jüngeren nur noch aus den bunten Blättern bekannt, obwohl er ein Stück deutscher Industriegeschichte darstellt. Friedrich Flick (1883 bis 1972), ein knarziger, willensstarker Siegerländer, den sie an der Börse den «Geier» nannten, war der ungekrönte König an der Ruhr. Sein Konzern wurde zu einem der führenden Stahl- und Kohlekonzerne in Deutschland und wuchs zu Adolf Hitlers grösstem Rüstungslieferanten heran. Der Alte sorgte dafür, dass die Geschäfte alle Zeit ungestört von politischen Seitenwinden verliefen. Er spendete kräftig an diverse Zirkel, natürlich auch an die Nazis. Heinrich Himmler holte persönlich im Berliner Büro der Flick-Gruppe Bares ab. Besonders enge Beziehungen pflegte Flick zu Hermann Göring (der nach der Machtergreifung der Nazis Reichsminister wurde und zum Zuständigen für die Mobilisierung der

Wirtschaft im Dienste des Hitler'schen Rüstungsprogramms aufstieg). Die Freundschaft wuchs, als Flick ihm 1938 ein Drittel der Harpener Bergbaugesellschaft überschrieb und im Gegenzug die arisierten Braunkohlegruben der tschechisch-jüdischen Familie Pettschek übernahm. Flick war Mitglied der NSDAP und des «Freundeskreises Reichsführer SS Himmler». Die Vermutung allerdings, der Alte sei ein Nazi gewesen, ist irrig. Ihm ging es immer ums Geschäft, wer das Land regierte, war ihm weitgehend Wurscht, solange die Regierenden spurten. Ein Kommunist – hier sind wir auf sicherem Grund – war Flick nie.

NICHTS OHNE DEN FAMILIENRAT

1944 hatte der Flick-Konzern 120000 Beschäftigte. Vierzig Prozent der Gesamtbeschäftigung bestand aus Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen. Diese Zahl lässt natürlich nicht den dauernden Wechsel erkennen, die Toten wurden nicht gezählt. Flick-Destinatär Himmler war ein Anhänger der Idee «Vernichtung durch Arbeit», was den Konzernherren allerdings aus Gründen der Betriebsabläufe weniger gefiel.

1947 wurde Flick in einem der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse wegen Sklavenarbeit, Ausplünderung besetzter Gebiete und seiner Beziehungen zur SS zu sieben Jahren Haft verurteilt.

Über das Leben der Zwangsarbeiter bei Flick wurden grässliche Details bekannt, aber das Gericht bescheinigte dem Industrieführer, dass er das Sklavenarbeitsprogramm der Nazis weder ausgearbeitet noch in Gang gesetzt habe. Flick behauptete, die Arbeitsämter hätten zugeteilt, man habe keine Möglichkeit gehabt, die Zuweisung der Zwangsarbeiter zu verweigern. Er sei nur ein Rad in der Maschinerie gewesen und habe «mit den Wölfen geheult». Bereits 1950 wurde der Alte aus der Haft entlassen. Eine unternehmerische Begabung wie er, die aus eins und leicht vier machte, wurde für den Wiederaufbau dringend gebraucht. Weil durch Krieg und Kriegsfolgen ein Grossteil der Substanz des Unternehmens verloren gegangen war, schachtelte er den Konzern neu und war bereits 1960 wieder der reichste Mann Deutschlands. Er gab sich als Gönner.

So einer musste sich immer wieder Bittsteller erwehren. Anfang der sechziger Jahre erschienen Abgesandte von rund 1300 ungarischen Jüdinnen, die Zwangsarbeiterinnen in den Fabriken Flicks gewesen waren. Flicks

Vertreter handelten eine Entschädigung von fünf Millionen Mark aus. Den Betrag hätte Flick aus der kleinsten Westentasche zahlen können, aber er unterschrieb die Vereinbarung nicht, weil er einen Handel mit den Opfern wollte. Sie sollten ihm eine Ehrenerklärung ausstellen und anerkennen, dass es weder humanitäre noch moralische Gründe für eine Zahlung gebe. Erst 1986, der Flick-Konzern war für rund 5,3 Milliarden Mark an die Deutsche Bank verkauft worden, wurde das Geld überwiesen. Man war mittlerweile um den Ruf besorgt.

Die Nachkommenschaft des Gönners steht nicht auf den Kriegsverbrecherlisten, sondern in den Verzeichnissen der wirklich Reichen. Sohn Friedrich-Karl Flick ist mittlerweile 74 Jahre alt, hat seinen Steuersitz in Österreich; sein Privatvermögen wird auf mindestens zehn Milliarden Mark geschätzt. Einmal im Monat erhält er einen gut hundert Seiten dicken Bericht über die Entwicklung des Vermögens.

Die Enkel des Alten, Gert-Rudolf (genannt Muck) und Friedrich-Christian (Mick), hat das «manager magazin» jüngst auf je 1,4 Milliarden Mark Vermögen taxiert, doch das scheint übertrieben; jeweils eine Milliarde Mark ist realistischer. Der Besitz ihrer Schwester Dagmar wird auf 500 Millionen geschätzt. Rund hundert Millionen Mark sind der Mutter Barbara geblieben.

ZUR ENTSCHÄDIGUNG SEI DIE ZEIT NICHT REIF

Im Familienrat ist gelegentlich über Zwangsarbeit und Entschädigung gesprochen worden, und Barbara Flick, die Schwiegertochter des Alten, gilt als die Hardlinerin des Familienstammes. Sie findet, dass die Zwangsarbeiter vergleichsweise gut behandelt wurden. Eine Frau wie aus Stahl. Zu ihren Gesprächspartnern zählt der alte Flick-Verteidiger und ehemalige Flottenrichter Otto Kranzbühler, der in Nürnberg vom Kampf gegen die «rote Flut» sprach und sich mehrfach über den notwendigen Einsatz von Zwangsarbeitern verbreitet hat: «Eine Nutznießung», erklärte er 1990, «zieht die Industrie aus jedem Einsatz von Arbeitern genauso wie aus dem Einsatz von Kapital, von Werkmitteln. Man müsste die Industrie schon aufgeben, wenn man nicht aus dem Einsatz von Mitteln einen Nutzen ziehen wollte.»

Mick und Muck sind anders: normale Weltbürger mit jüdischen Freunden. Beide scheuen den Konflikt und die Öffentlichkeit.

sie sind Lebemänner und Schöngelster zugleich. Mick besitzt eine der wertvollsten Privatsammlungen der Gegenwartskunst, vermutlich 2500 Werke. Er schätzt besonders Gerhard Richter und Sigmar Polke und will von den Künstlern Aufschlussreiches über Krieg, Rassismus und totalitäre Regime erfahren. In Zürich plant er derzeit ein Privatmuseum. Bruder Muck, der im Stadtteil South Kensington eines der schönsten Häuser Londons bewohnt, sammelt ebenfalls Bilder und hat vor Jahren der Universität von Oxford rund 800000 Mark gespendet, um einen Lehrstuhl für «Europäisches Denken» zu finanzieren. 1995 erschien in der «Times» der Artikel eines hoch geachteten britischen Historikers: «Warum Ehre für einen Kriegsverbrecher?» Eine Diskussion über die «Sünden des Grossvaters» («The Daily Telegraph») setzte ein, und schliesslich zog der Enkel, der von so herausragenden Figuren wie Lord Weidenfeld und dem Philosophen Isaiah Berlin unterstützt worden war, die Spende zurück.

Danach wurde in den englischen Blättern erst recht über Zwangsarbeit debattiert. Flick schrieb einen öffentlichen Brief, in dem er sich «mit tiefer persönlicher Scham» von den Taten des Grossvaters distanzierte, und erklärte dem «Jewish Chronicle», es sei «durchaus möglich», dass die Überlebenden des Holocaust von einem Flick entschädigt würden. Er sei aber nur ein Mitglied der Familie, und über solch wichtige Angelegenheiten müsse der Familienrat entscheiden. Dafür sei die Zeit nicht reif und überhaupt: Können man menschliche Tragödien mit Geld bezahlen?

Als sich Gert-Rudolf Flick vor ein paar Jahren von Frau Donatella scheiden liess, erhielt sie insgesamt 32 Millionen Pfund. Donatella kaufte ein Haus in der Nähe des Hyde Parks; es war das letzte Domizil von Winston Churchill. Im Haus des früheren Premiers wird Sebastian Flick, der Urenkel des Alten, aufwachsen. Das ist für einen Teil der Familie ebenfalls bedeutend wie für den anderen Teil die Erwartung, dass ab Juni 2002 im Haus der Kunst in München eine Ausstellung mit dem Titel «Flick Collection» gezeigt wird. Die Alten freut besonders, dass das Haus von Paul Ludwig Troost geplant wurde, den Hitler «als den grössten Baumeister seit Schinkel» bezeichnet hat.

Erstveröffentlichung in der «Süddeutschen Zeitung» vom 26. Februar 2001.

Flicks Erbe ... Fortsetzung von Seite 17

kunft seines wissenschaftlichen Mitarbeiters Peter Schüller eine Ausstellungsfläche von 4500 bis 6000 m², was der durchschnittlichen Grösse eines mittleren Museums entspricht, das Gebäude aber verfügt über weniger als 2000 m². Die Stadt Zürich behindert jedoch den neuen Besitzer der Lagerhalle aus der Sulzer-Escher-Wyss-Konkurrenzmasse mit keinerlei Auflagen: Das ehemalige Modellmagazin gehört zwar zu modernen Zürcher Industriegeschichte – die Maschinenfabrik Sulzer-Escher Wyss wurde ab 1890 vom Neumühlequai an die Hardstrasse verlegt und gab dem Platz 1917 seinen Namen –, es steht aber nicht unter Denkmalschutz. Im Gestaltungsplan sei eine Gebäudehöhe von 24 Metern vorgesehen, erläutert der zuständige Kreisarchitekt des städtischen Hochbauamtes, über allfällige Hochhausbauten müsste je nach konkreter Projektvorgabe verhandelt werden. Wie der Vorsteher des Bauamtes, SP-Stadtrat Einar Ledergerber, gegenüber der WoZ ausführte, liegt aber der Stadt noch kein Baugesuch von Seiten der Flick Collection vor. Überhaupt habe Ledergerber noch nie mit Friedrich-Christian Flick gesprochen. Erste Skizzen und Zeichnungen zum Flick-Museum sind von OMA nicht vor April zu erwarten – man steckt mitten in der experimentellen Anfangsphase. Die Flick Collection ist nach der Kunsthalle Rotterdam von 1992 und dem Auftrag für einen Ausstellungsraum im Guggenheim-Museum Las Vegas erst das dritte Museumsprojekt von Koolhaas.

VON DIETER ROTH BIS PIPILOTTI RIST

Nach Fahrplan soll das Flick-Museum 2004 seine Tore öffnen. Was Friedrich-Christian Flick darin an zeitgenössischer Kunst zu zeigen beabsichtigt, kann sich sehen lassen: Der Industriellenerbe besitzt die weltgrösste private Sammlung von Werken Bruce Nau-

mans, umfassende Werkgruppen von Dieter Roth, Franz West, Martin Kippenberger und Sigmar Polke. Er kann das ganze Spektrum der Düsseldorfer Fotokünstler repräsentieren: von Bernd und Hilla Becher bis zu deren Schülern Thomas Ruff, Thomas Struth, Andreas Gursky und Candida Höfer.

Zu seinen Lieblingskünstlern gehören Francis Picabia und Marcel Duchamp – von Letzterem besitzt er zum Beispiel die berühmte Fahrradfelge auf einem Hocker. Mitte der achtziger Jahre begann er die amerikanischen Minimalisten zu sammeln: Carl André, Dan Flavin, Donald Judd, Richard Serra oder Sol Le Witt. Letzterer malte in Flicks Haus in Gstaad auf einer langen Wand eine weiss in weiss schimmernde Fläche, die Bergpanorama und Fieberkurve zugleich sein könnte. Mit dem Kunstkauf hatte Flick allerdings schon in den siebziger Jahren begonnen – und damals sammelte er ganz andere Künstler: Friedrich-Christian Flick besitzt hunderte von Fotografien aus dem Umfeld des Bauhauses. Sein Interesse für Künstler, die sich gegen Krieg, Rassismus und totalitäre Systeme auflehnten, brachte ihn zu Gerhard Richter. Vor einem Richter-Bild lernte er auch Anfang der neunziger Jahre den jungen St. Galler Galeristen Iwan Wirth kennen und schätzen. Die Verbindung hatte für beide Seiten lukrative Folgen: Der Mitbesitzer eines Galerieimperiums, zu dem heute zwei Standorte in Zürich und die Galerie von David Zwirner in New York gehören, ist mittlerweile Flicks wichtigster Kunsthändler. Das hat die Flick Collection in den letzten Jahren geprägt: Internationale Häuser&Wirth-Künstler wie Jason Rhoades, Paul McCarthy, Stan Douglas, Rachel Khedouri, Raoul de Keyser oder Luc Tuymans zieren die Sammlung ebenso wie die Schweizer Pipilotti Rist, Fischli/Weiss oder Roman Signer. Letzterer wehte Flicks Rückzugsort, eine Alp-

hütte oberhalb Gstaad, mit einer Raketenarbeit ein. Und Dan Graham soll im Haupthaus unten im Tal den Pavillon für den Jacuzzi errichten dürfen.

FLICK-TEAM SCHON IN ZÜRICH

Friedrich-Christian Flicks enge Verbindung zu Hauser & Wirth ist aber auch persönlicher Art: Eva Meyer-Hermann, die ehemalige Kuratorin der Kunsthalle Nürnberg, war vor anderthalb Jahren in die Schweiz gekommen, um zu fünfzig Prozent die Leitung der Sammlung Hauser & Wirth in der Lokremise St. Gallen zu übernehmen – angeblich auf Empfehlung von Friedrich-Christian Flick. Die andern fünfzig Prozent war sie von Beginn weg bei der Flick Collection engagiert, seit dem Herbst nun hat sie die Direktion der Flick-Sammlung voll übernommen. In St. Gallen folgt ihr Michaela Unterdörfer nach – Meyer-Hermanns ehemalige Mitarbeiterin an der Kunsthalle Nürnberg.

Mit der Bekanntgabe ihrer Direktorin sowie des Architekten hat die Flick Collection eine kleine Öffentlichkeit in Zürich auf sich aufmerksam gemacht. Tatsächlich aber hat das Flick-Team schon Anfang Jahr Fuss gefasst in Zürich West. An der Hardstrasse 305 sei die Gründung einer Stiftung zur Unterstützung, Förderung und Vermittlung zeitgenössischer Kunst in Vorbereitung, sagt Eva Meyer-Hermann. Hier wird der Aufbau des Museums geplant, in dem die Werkgruppen der Flick Collection in wechselnden Ausschnitten vorgestellt werden sollen. Neben der Bewahrung, Pflege, Erforschung und Präsentation der Werke aus der Flick'schen Sammlung gehe es darum, zeitgenössischer Kunst generell, nicht nur aus der Sammlung, eine Plattform zu geben, erklärt die Museumsdirektorin. Zudem bereitet sie für den Sommer 2002 eine umfassende Ausstellung in Christoph Vitis Haus der Kunst in München vor.

Friedrich-Christian Flick kommt für alle Kosten des Projekts auf: Bausumme, Unter-

halt des Museums, Löhne. Der Flick-Erbe scheint zur Imageverbesserung mächtig in Kunst zu investieren. Der Präsident der israelitischen Cultusmeinde Zürich Werner Rom aber hält fest: «Ein Flick-Museum gereicht nicht nur zur Zierde unserer Stadt. Wenn der Reichtum des Erbes so gross ist, dass der Stadt Zürich ein Museum geschenkt werden kann, dann wäre Flick gut beraten, eine beachtliche Geste zu leisten mit direktem Bezug zur Geschichte der Familie und zur Herkunft des Geldes; etwa eine Stiftung in Zürich, die sich mit den geistigen Folgen Nazideutschlands auseinandersetzt.» Werner Rom erwartet, dass der Zürcher Stadtpräsident handelt und Flick auf seine Verantwortung behaftet. Denn bei der Dimension und öffentlichen Wirkung eines Flick-Museums könne für Zürich nicht gelten: «Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul.»

Die Behaftung der Erbengeneration auf ihre historische Verantwortung hat nichts mit Sippenhaft zu tun; insbesondere dann nicht, wenn sich der heutige Reichtum auf NS-Geschäften aufbaut. In Bezug auf die Flick Collection betont Jacques Picard, Historiker und Mitglied der «Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg»: «Von der Geschichte der so genannten «Wiedergutmachungen» her gesehen ist es angebracht, über den Zusammenhang zwischen Vergangenheit und Verantwortung die notwendigen Reflexionen anzustellen, um Projekten, welche für die Zukunft der Schweiz bestimmt sind, eine angemessene Perspektive zu geben.»

Mitarbeit: Stephan Ramming

Der Zürcher Stadtpräsident muss handeln und Flick auf seine Verantwortung behaften.

KRITIK AM GEPLANTEN FLICK-MUSEUM

« ... eine Bombe gezündet »



IN DEN SCHLAGZEILEN: Das geplante Flick-Museum an der Zürcher Hardturmstrasse Foto: Gertraud Vogler

Der Fall muss öffentlich diskutiert werden, Friedrich-Christian Flick steht in der historischen Pflicht: Die vor einer Woche hier publizierten Artikel über die Hintergründe zum geplanten Bau für das Museum der «Flick Collection» lösten – ausser in der «NZZ» – ähnliche Reaktionen aus. Wir dokumentieren einige Presseauszüge.

«SÜDDEUTSCHE ZEITUNG», 11./12.3.: «In der Schweiz beginnt eine öffentliche Diskussion um das in Zürich geplante private Museum des Flick-Erben Friedrich-Christian. Über die bisher nicht erfolgte Entschädigung der Zwangsarbeiter durch die Flick-Dynastie und die mögliche Herkunft der Mittel für den Museumsbau berichtete gestern die Zeitung «Tages-Anzeiger». Die «Wochenzeitung» hatte zuvor über die Vergangenheit der Familie Flick und die Verurteilung Friedrich Flicks bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen berichtet. Ein ähnlicher Artikel hatte vor fünf Jahren in Grossbritannien dazu geführt, dass Gert-Rudolf Flick eine Spende für die Universität von Oxford zurückziehen musste. (...) Auch in dem Stadtviertel, wo der Museumsbau geplant ist, regt sich erster Widerstand. Jean-Daniel Blanc, Vorsitzender der «Initiativgruppe Hardturmquartier» der Anwohner: «So lange Flick sich nicht mit der Vergangenheit auseinandersetzt, ist das Museum hier unerwünscht. Wir überlegen zurzeit, wie wir dagegen aktiv werden.» (...) Kritik kommt nun auch, und das in einem ziemlich massiven Mass, aus der Kunstszene Zürichs. Stefanie Carp vom Direktorium des Schauspielhauses fordert, dass die feinsinnigen Kunstsammler sich zunächst um etwas anderes zu kümmern haben: «Die Stadt sollte klarstellen: Ohne Entschädigung der Zwangsarbeiter kein Museum.» Es ist zweifelhaft, dass die Stadt über Druckmittel verfügt, den Museumsbau zu verhindern, da er rein privat finanziert wird. Carp verlangt jedoch in jedem Fall eine klare Aussage der Verwaltung.»

Reim Wolfs, Direktor des «migros museums» im Löwenbräu-Areal, wird im «TAGES-

ANZEIGER» vom 9.3. wie folgt zitiert: «(...) Christoph Marthaler spricht mir aus dem Herzen. Für mich ist mit der WoZ-Veröffentlichung eine Bombe gezündet worden, die seit längerer Zeit nur scheinbar entschärft war. Dabei geht es mir nicht um Flick, seine Sammlung und sein Museum, sondern eher um das Wegschauen von moralischen Fragen und historischen Gegebenheiten. Darin erweisen sich Zürich und die Schweiz langsam als echte Spezialisten.»

Kommentar im «TAGES-ANZEIGER» vom Fr. 9.3.: «(...) Und was sagt der Kunstsammler Friedrich-Christian dazu? Gar nichts. Bisher. Zwar räumen Leute, die ihm nahe stehen, ein, das Thema der Entschädigung beschäftige ihn schon. Öffentlich äussert er sich aber nicht dazu. Auch jetzt nicht, wo er in der Öffentlichkeit mit dem spektakulären Museumsbau auftrumpfen kann. Flicks Schweigen spricht für sich. Dabei wäre es besser für ihn, sich nicht um das Thema herumzudrücken. Für die Untaten seines Grossvaters ist er nicht verantwortlich. Gleichwohl trägt er als Erbe eine historische Verantwortung. Und er könnte diese Verantwortung nur schon wahrnehmen, indem er sich der Diskussion öffnet. Flick aber schweigt. Und wendet sich lieber seinem Sammlerhobby zu. Die Künstler, unter ihnen Schweizer Kunstprominenz, scheint die Herkunft des Geldes aus der Flick-Dynastie nicht weiter zu kümmern. Auch die Zürcher Politik kümmert die flicksche Vergangenheit bisher nicht. Selbst die Medien liessen den schweigsamen Sammler bislang gewähren. Nun ist das Eis gebrochen. Die Sache muss öffentlich diskutiert werden. Diskretion – in der Schweiz besonders beliebt – ist hier fehl am Platz.»

Im «TAGES-ANZEIGER» vom 11./12.3. äusserten sich verschiedene Personen: Jean-Pierre Hoby, Chef Kulturpflege im Präsidialdepartement der Stadt Zürich: «(...) Allerdings beschäftigt mich die Tatsache, dass man bald gar nichts mehr machen kann, wenn man bei jedem Franken dessen Herkunft abklären muss. Diese Herkunft kennt man ja auch nicht bei Steuergeldern, mit denen die öffentliche Hand ihre Projekte finanziert. Nun aber müssen wir uns fragen, wie wir mit diesem Geschenk umgehen sollen. Diese Frage muss in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Ich fände es gut, wenn wir in dieser neuen Situation Kontakt mit der Familie Flick aufnehmen könnten, um sie dazu zu bewegen, sich an der Entschädigung von Zwangsarbeitern zu beteiligen.»

Guido Magnaguagno, Direktor des Museums Jean Tinguely in Basel: «Man sieht ja jetzt deutlicher, wie das so genannte 'Zürcher Kunstwunder' am Löwenbräu, das mehr ein Wunder des dort versammelten Geldes als des strömenden Publikums war, möglich wurde. Im Übrigen interessiert mich primär die Frage, warum die Thematik der Zwangsarbeit im Dritten Reich erst nach einem halben Jahrhundert wieder öffentlich diskutiert wird.»

«BASLER ZEITUNG» vom 11./12.3.: «Ganz so reibungslos scheint die wundersame Zürcher Museumsvermehrung nun doch nicht zu funktionieren. (...) Tatsächlich hat den Nichtzürcher schon verwundern müssen, mit welcher bürokratischen Geschmeidigkeit die «Flick Collection» ins städtische Gründerkonzept integriert worden ist. Im Stolz auf die kulturelle Wachstumsrate hat offensichtlich weder der belastete Name Flick zu denken gegeben noch die Sammlung selbst, von der es bis dato nur Gerüchte und Eingeweihen-erzählungen gibt.»

«BLICK», 12.3., Interview mit Roman Signer: «(...) Sind denn die Proteste gegen das Museum übertrieben?»

Roman Signer: «Die Zürcher sollten nicht so scheinheilig tun: Der Bührle-Saal im Zürcher Kunsthaus ist nach dem Krieg auch mit Wallfengeldern bezahlt worden. Da klebt auch Blut dran. Kunst ist nicht rein und keusch. Kunst ist käuflich. Wenn jemand Sie als Künstler angreifen würde, weil Kunstwerke

von Ihnen im Flick-Museum ausgestellt sind – wie würden Sie reagieren? Signer: «Das wäre gemein. Man ist als Künstler doch nicht verantwortlich für jene, die einem Kunstwerke abkaufen.»

«NZZ», 10./11.3.: «Non olet – Kontroverse um die Flick Collection. Der römische Kaiser Vespasian hatte Unrecht: Geld kann stinken. Jedenfalls wenn man (möglicherweise) genügend hat wie die Crew des Schauspielhauses Zürich. Dann darf man gelegentlich die Nase rümpfen und laut rotzen. (...) Ob die Kritiker vom Schiffbau wohl auf Franken und Rappen wissen, woher das Geld kommt, das sie selber ausgeben? (...) Nachdem nun auch der «Tages-Anzeiger» auf die Skandalgeschichte aufgesprungen ist, dürfte das Erwachen für eine Gruppe namhafter Künstler bitter sein: (...) Ihnen und der Öffentlichkeit erweist einen Bärendienst, wer die Erbschuld des Flick-Clans dazu benutzt, das geplante Museum zu verhindern.»

«SÜDDEUTSCHE ZEITUNG», 13.3., Interview mit dem Schweizer Historiker Thomas Buomberger: «(...) Das klingt, als hätte sich Friedrich-Christian Flick mit gutem Grund die Schweiz als Museumsstandort ausgesucht. Buomberger: «Es gibt auch hier Menschen, die etwas gegen diesen Ablasshandel haben. Aber natürlich gibt es gute – nicht nur steuerliche – Gründe, warum Menschen wie Flick oder Marc Rich die Schweiz mögen. Man hat hier wohl eher als anderswo seine Ruhe.»

REDAKTION: STEPHAN RAMMING

ZÜRCHER KULTURPOLITIK UNTER BESCHUSS

Druck auf Flick erhöhen

Der Zürcher Gemeinderat Niklaus Scherr (Alternative Liste) fordert, dass der Stadtrat Bedingungen an ein Flick-Museum formuliert.

INTERVIEW: PATRIK LANDOLT

WoZ: Sie haben im Zürcher Gemeinderat eine Interpellation eingereicht mit Fragen an den Stadtrat. Was soll die Politik in Sachen Flick-Museum ausrichten?

Niklaus Scherr: Mit einer öffentliche Diskussion möchte ich dazu beitragen, dass der Druck auf Herrn Flick erhöht wird, damit er sieht, dass wir in Zürich die Frage der Entschädigung von ehemaligen NS-ZwangsarbeiterInnen nicht als eine Nebensächlichkeits betrachten. Friedrich-Christian Flicks Grossvater war einer der wichtigen Helfershelfer der Nazis und hat im grossen Umfang Zwangsarbeiter ausgebeutet. Das Geld der Erben verpflichtet.

Möchten Sie ein Flick-Museum in Zürich verhindern?

Nein. Ich würde es abwegig finden, über Bauanlagen oder über die Denkmalpflege Schikane zu konstruieren. Als erstes möchte ich mit meiner Interpellation, dass der Stadtrat Transparenz über die Vorgänge schaffen muss. Wichtig ist mir, dass die Sensibilisierung der öffentlichen Meinung fortgesetzt wird, die in den vergangenen Tagen in den Medien begonnen hat.

Der Milliardär Friedrich-Christian Flick dürfte sich wohl um eine Debatte im Zürcher Gemeinderat scheren ...

... es ist mir klar, dass eine Interpellation im Gemeinderat die Reichen dieser Welt nicht beeindruckt wird. Auch Marc Rich wird es wenig gekümmert haben, als an der Limmat über den Brief von Josef Estermann an Bill Clinton debattiert wurde. Aber ganz um die Politik kommt Flick nicht herum, wenn er in Zürich ein Museum haben will. Ich glaube, dass es langfristig für den Stifter eines Museums sehr ärgerlich sein könnte, wenn er zu spüren bekommt, dass er unter diesen Bedingungen nicht willkommen ist.

Sie fordern also, dass die Stadtregierung für ein Museum mit dem Namen Flick ganz konkrete Bedingungen stellt?

Ja. Der Stadtrat sollte Schritte unternehmen und mit Flick reden. Es wäre doch gar nicht so abwegig, dass jemand, von dem man hört, dass er ein offener Mensch ist und geistig die Tradition der Familie nicht fortführt, aus seinem eigenen Vermögen zahlt; erst recht, wenn die anderen Familienmitglieder sich nicht zu dieser Geste durchringen können.

Nun war in Zürich schon länger bekannt, dass Flick ein Museum eröffnen will. Wie erklären Sie sich, dass die Politik nicht schon früher Fragen gestellt hat?

Ich vermute, dass viele Politiker die Brisanz eines Flick-Museums nicht erkannt haben. Der Fall Flick-Museum und der Brief von Estermann in Sachen Marc Rich zeigen, dass sich eine Haltung breit gemacht hat, die nicht mehr nach der Herkunft der Gelder fragt. Je mehr die kulturellen Institutionen von privaten Geldern abhängig sind, desto weniger Fragen werden gestellt. Man ist dankbar, wenn jemand spendet. Bei grösseren Summen wächst die Dankbarkeit ins Unermessliche.

Die «Basler Zeitung» wunderte sich, mit «welcher bürokratischen Geschmeidigkeit die Flick Collection ins städtische Konzept integriert worden ist». Muss in Zürich eine Debatte um die Kultur nachgeholt werden?

Die neunziger Jahre waren in Zürich geprägt durch subventionstechnischen Stillstand. Faktisch – die Teuerung mitberechnet – führte dieses Sparen vielerorts zu Kürzungen der Subventionen. Die grossen Häuser, die für ein finanzkräftiges Publikum spielen, versuchten, dieses Vakuum mit Geld von Sponsoren zu beschaffen. Aber es wurde nicht erwogen, ob

sich dadurch Abhängigkeiten entwickeln oder die Prioritäten von den Geldgebern und nicht von einer demokratisch strukturierten Öffentlichkeit gesetzt werden. Da private Geldquellen eine immer wichtigere Rolle zu spielen begannen, glaubte sich die Politik entlastet, darüber nachzudenken, ob man bereit sei, für Kultur mehr Gelder bereitzustellen, und wie man dafür politische Mehrheiten finden könne.

Die Zürcher Kulturpolitik wird zurzeit wegen den Kostenüberschreitungen beim Bau der neuen Spielstätte des Schauspielhauses in Zürich West kritisiert. Die «NZZ» schreibt von einem «Skandal, dessen Schlüsselfigur Estermann» sei. Wie beurteilen Sie das Mass der Kostenüberschreitung?

Das Trommelfeuer finde ich lächerlich. Zurzeit hat jede Partei ihren Prügelknaben:

Die einen können den SVP-Präsidenten der Zürcher Kantonalbank hauen, die SP schlägt den FDP-Verwaltungsratspräsidenten der SAir, und die FDP und die SVP dreschen auf den SP-Stadtpäsidenten ein. Das ist Teil der politischen Inszenierung. Aber es fallen zwischen den Kostenüberschreitungen beim Schiffbau und dem Skandal ums Kongresshaus in

den achtziger Jahren strukturelle Parallelen auf: Wir haben para-staatliche Institutionen, die formell vom Staat unabhängig sind, die aber faktisch in Aufsichtsgremien von Abgeordneten der öffentlichen Hand kontrolliert werden. Durch diese Auslagerung der Struktur kann keine reelle parlamentarische Kontrolle stattfinden. Aber trotzdem muss, wenn etwas schief geht, der Staat zahlen. Es ist äusserst ärgerlich, dass beim letzten Kulturpaket, das zusätzliche sechs Millionen Franken verteilen konnte, das Schauspielhaus bevorzugt wurde und die Rote Fabrik vollkommen leer ausging. Und wenn jetzt vom Schauspielhaus nochmals ein Gesuch kommt, dann stellt sich die Frage, ob wir dieses Loch nun stopfen sollen, für das ein paar Abgesandte des Gemeinwesens die Verantwortung tragen.

Fordern auch Sie eine parlamentarische Untersuchungskommission?

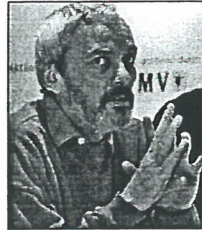
Vorerst sollte sich die Finanzkontrolle und dann die Geschäftsprüfungskontrolle damit befassen.

Verbirgt sich hinter der Aufregung um die Kostenüberschreitung nicht ein Unwille der SVP und gewisse Kreise der FDP gegen die inhaltliche Ausrichtung des Schauspielhauses unter Christoph Marthaler?

Es gehört ja schon zum Ritual von Gemeinderatssitzungen, dass irgendein SVP- oder VPM-Exponent sich über pornografische oder sittenwidrige Ereignisse im Schiffbau beklagt. Wir Zürcher Gemeinderäte haben uns schon daran gewöhnt: Kultur und SVP schliessen sich aus. Aber weit über die SVP hinaus bis ins traditionelle Bildungsbürgertum hinein verkörpert der Schiffbau nach seiner glamourösen Eröffnung und den Auftritten der SP-Präsentanz die Kultur einer mittelständischen Cüpli-SP. Es gibt sicher eine traditionelle Theaterklientel, welche die SP verwünscht, wenn sie beim Gang ins Theater beim Escher-Wyss-Platz aussteigen muss.

Hat in Zürich der Hang, um jeden Preis zu bauen und ein wirtschaftsfreundliches Klima zu betonen, die Grenzen so verschoben, dass auch SP-Politiker locker über Fragen von politischer Erwünschtheit und politischer Integrität hinwegsehen?

Die Ereignisse in Zürich nähren diesen Verdacht. Der Zeitgeist begünstigt heute Politiker, die nur noch die Begleitmusik zum wirtschaftlichen Geschehen liefern. Bauvorsteher Elmar Ledergerber identifiziert sich mit Grossbauten wie Eurogate oder Stadion, die von Privaten errichtet werden und wo er dann als Geburtshelfer mitgehandelt wird. Aber dort, wo die Akzente selber gesetzt werden müssten und die öffentliche Hand voll in der Verantwortung ist – ich denke jetzt ans Kasernenareal – passiert kaum etwas.



DER AL-POLITIKER NIKLAUS SCHERR:
«Ich vermute, dass viele Politiker die Brisanz eines Flick-Museums nicht erkannt haben.»

FOTO: KEYSTONE / STEFFEN SCHMIDT

WIE WEITER MIT DEM FLICK-MUSEUM?

Das grosse Schweigen nach dem Knall

Die Flick Collection reitet sich, die Galerie Hauser & Wirth und das «Zürcher Kunstwunder» in einen Schlammassel, über den plötzlich niemand mehr öffentlich sprechen will.

STEPHAN RAMMING

Gibt es in Politik oder Wirtschaft ein der Öffentlichkeit bekanntes Problem, wird kommuniziert – gemäss den neuesten Handbüchern um jeden Preis und gleichgültig welchen Inhalts. Weil Adolf Ogi das wusste, verhinderte er in der Bellasi-Affäre Schlimmeres. Für Adtranz waren nicht die zweitausend gestrichelten Stellen das Problem, sondern wie Herr Rexrodt dies kommunizierte. Wenn der Swissair wieder einmal ein Flugzeug abstürzt oder der Verwaltungsrat abtritt, wird Beatrice «Ich weiss warum» Tschanz an der Medienfront in die bedingungslose Informationsoffensive geschickt. Tschanz erklärte nach dem MD-11-Absturz etwa, dass die Hinterbliebenen von Katastrophenopfern sofort finanziell entschädigt werden.

Im Kunstbetrieb gelten andere Regeln. Die Flick Collection liess nach einwöchigem Hin und Her durch Peter Schüller, «wissenschaftlicher Mitarbeiter Kommunikation und Bildung», per Fax mitteilen, dass die «künstlerisch-wissenschaftliche Leiterin» schliesslich doch nicht reden will: «Aufgrund der vielen neuen Verpflichtungen ist Frau Dr. Meyer-Hermann nicht in der Lage, ein Telefoninterview zu führen.» Das ist merkwürdig, weil für die Flick Collection, so würde man vermuten, der Zeitpunkt «kommunikationsstrategisch» günstig wäre, neben der öffentlich geführten Debatte um die fragliche Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen der Kunst in der Sammlung öffentlich Aufmerksamkeit zukommen zu lassen (siehe WoZ Nr. 10 und 11).

Dies umso mehr, als in der Diskussion um die Frage, ob aus dem fetten Geldtopf der Familie Flick Flüssiges in den Entschädigungsfonds fliessen muss, in der Öffentlichkeit mittlerweile Einigkeit herrscht – obwohl die Antwort freilich noch immer fehlt. Denn nachdem sich auch die nicht gerade als linkes Krautballblatt bekannte «Frankfurter Allgemeine Zeitung» unmissverständlich äusserte und sogar die NZZ – lediglich auf der Seite «Zürcher Kultur» statt im Feuilleton, aber immerhin – die in der Vorwoche von subalternem Pult vertretene Meinung ins Gegenteil verkehrte und Friedrich-Christian Flick empfahl, «dass (...) in diesem Zusammenhang die Frage nach der Entschädigung der Zwangsarbeiter und also das Verhältnis zur Vergangenheit der Klärung» bedürfe, lautet der Konsens quer durch alle Lager: Solange die Familie Flick nicht zahlt, hätte ein Museum, dessen Exponate mit Geld aus dem belasteten Erbe der Flicks zusammengekauft wurden, mindestens ein massives Imageproblem – sogar in Zürich.

MAULKORB, SCHWEIGEN, LAVIEREN

Doch nicht nur Dr. Eva Meyer-Hermann und die Flick Collection hüllen sich in Schweigen. Geisterte zwischenzeitlich das Gerücht von einem «Maulkorb» für Christoph Marthaler und Stefanie Carp vom Zürcher Schauspielhaus durch die Kolportageküchle, sind es vor allem ProtagonistInnen aus der einschlägigen Zürcher Kunstszene, die keine Lust mehr zeigen, namentlich zitiert zu werden. Man wolle nichts mehr sagen, weil ein alles verdreht und als Vorwürfe wie Neid oder plattes Konkurrenzdenken wieder um den Kopf geschlagen würde, hiess es mehr-

fach. Ähnliches gilt für die mit der Flick Collection geschäftlich, personell und, wie im Betrieb üblich, freundschaftlich verbundene Galerie Hauser & Wirth. Von dort wird einem aus dem Vorzimmer seit zehn Tagen beschieden, dass «bei Gelegenheit zurückgerufen» werde. Die Gelegenheit fand sich nie. Trotz der kunstmafios riechenden Omertà gegenüber der Öffentlichkeit wird innerhalb des Betriebes heftig diskutiert und gestritten. Bice Curiger, Jacqueline Burckhardt und Bernhard Bürgi, Topshots in der Zürcher Kunstszene, liessen in der NZZ verlauten, die «wiedergegebene Behauptung, wir würden Friedrich-Christian Flick bei seinen Ankäufen beraten, entbehrt jeder Grundlage». Warum ist das Thema «Flick Collection» ein Minenfeld?

Die Gründe liegen auf der Hand. So lange nicht klar ist, was Friedrich-Christian Flick mit seiner Sammlung zu tun geruht, ist, übrigens nicht nur in Zürich, für die vielen irgendwie mit der Flick Collection verbundenen Institutionen, Galerien, KuratorInnen, VerlegerInnen usw. ungewiss, wie sie sich verhalten sollen. Diese Ungewissheit führt zu möglicherweise fatalen Ausrutschern. Der Schweizer Christoph Vitali, dem als Leiter des von Hitler gebauten Hauses der Kunst in München die Ehre zufallen soll, im nächsten Jahr die Flick Collection erstmals zu zeigen, sagte in der «Süddeutschen Zeitung» auf die Frage, ob Flick mit seiner Sammlung den Namen seiner Familie reinwaschen wolle: «Das scheint mir eine sinnvolle Entscheidung, um die Art zu tilgen, wie das Vermögen zusammengekommen ist. Die grosszügigen Engagements Reemtsmas sind doch etwas ganz Ähnliches. Hier wird das Friedensinstitut mit einem Vermögen finanziert, das durch den Verkauf von Tabak – einem menschenverachtenden, tödlichen Stoff – entstanden ist.»

DÄMPFER FÜR EXPANSION VON HAUSER & WIRTH

In Zürich dagegen weiss man: Jede Bewegung ist die falsche und kann das Leben – sprich Teilhabe am Kunstkuchen – kosten. Das gilt nicht nur für Dr. Eva Meyer-Hermann und ihren schön gepolsterten Sessel der «künstlerisch-wissenschaftlichen Leitung» der Flick Collection, sondern insbesondere für die Galerie Hauser & Wirth, die ein enormes geschäftliches Interesse daran haben dürfte, dass die zu einem grossen Teil und in Millionenwerten von Hauser & Wirth bestückte Flick Collection an Zürichs bester Lage in einem Museum öffentlich ausgestellt wird. Das Flick-Museum wäre nach der glanzvollen Eröffnung der St. Galler Lokremise 1999 ein weiterer Schritt in der Strategie von Hauser & Wirth, ihre Marke auf dem Kunstmarkt zu verteuern. In St. Gallen funktioniert das prächtig: Die Lokremise wird als Repräsentationsschaufenster hauptsächlich für die Galerie-eigene Sammlung von Hauser & Wirth verwendet. Denn was im Museum steht, gehört zum Kanon, und was zum Kanon gehört, erzielt höhere Preise. Je ausgeklügelter und architektonisch eindrücklicher das Museum, desto besser funktioniert die Kanonisierung und damit die Wertsteigerung. Dafür bürgt im Hinblick auf die Pläne in Zürich allein der Name des Museumsarchitekten Rem Koolhaas. Flick selber, ganz Ästhet, träumte in einem Interview von mehr: «Vielleicht gelingt es uns sogar, einen ganz neuen Museumstypus zu erfinden.» Gelänge

dies, böte das Ausstellungsambiente sozusagen optimale Bedingungen für die Preissteigerung. Davon profitiert wiederum die Galerie Hauser & Wirth, die von den VertragskünstlerInnen mit neuen Werken für den Verkauf an die Sammlung und auf dem Markt versorgt werden. Aber auch das Umfeld profitiert, weniger bekannte KünstlerInnen, kleinere Galerien und Museen, GrafikerInnen, DruckerInnen, VermieterInnen, das ganze «Zürcher Kunstwunder» im Löwenbräu-Areal und an den anverwandten Orten. Sollte also das Museum nicht in idealer Nähe zum Hauser-&Wirth-Headquarter in Zürich, sondern anderswo gebaut werden, wäre das für die Kunstszene insgesamt ungünstig.

Fatal für die Galerie Hauser & Wirth, schlecht für das «Zürcher Kunstwunder» und bedauerlich für die kunstinteressierte Öffentlichkeit wäre indes – und das ist derzeit nicht auszuschliessen – wenn Friedrich-Christian Flick angesichts des öffentlichen Drucks die Lust auf seine schönen Rem-Koolhaas-Pläne verliert, die Öffentlichkeit Öffentlichkeit sein lässt und die Sammlung wie viele andere private Kunstsammlungen in irgendeinem staubigen Zollfreilager zum Verschwinden bringt. Nicht in einem Museum öffentlich sichtbar, ist eine Sammlung viel schwieriger ausserhalb der exklusiven Galeristen- und Sammlerzirkel im Gespräch zu halten. Damit verlore die Flick Collection für die Galerie Hauser & Wirth entscheidende Kraft als marktsteuerndes Instrument.

Noch ist es allerdings nicht so weit, und auch alle KritikerInnen und NeiderInnen der Galerie Hauser & Wirth wissen noch nicht, wie gross ihr Jubel und ihre Schadenfreude sein wird. Dass Leute aus dem inneren Kreis wie Curiger, Burckhardt und Bürgi zu Flick auf Distanz gehen, ist ein Signal. Klar ist jedoch, dass die Aureole des dreissigjährigen Galeristen-Wunderknaben Iwan Wirth an Leuchtkraft verloren hat. Denn so reibungslos wie in St. Gallen scheint jetzt die Strategie für das Flick-Museum in Zürich nicht aufzugehen.

Zwar regte sich auch in St. Gallen Widerstand gegen Wirths Museum, den Wirth jedoch mit dem Verzicht auf zwei Millionen städtische Subventionsfranken dank der schweizerischen Schwiegermutter Ursula Hauser locker aushebelte. So musste Wirth nicht auf Diskussionen eingehen, ob die Stadt im geplanten Stiftungsrat Kontrollfunktionen ausüben darf. Damit entzog er den Einwänden, dass er im Schosse eines von der Öffentlichkeit Hand mitgetragenen Museums seine geschäftlichen Interessen als Galerist verfolgen könnte, die Grundlage, Befreiung von öffentlichen Debatten, konnte Wirth «wieder die Kunst ins Zentrum» rücken und die Leitung der Lokremise nach seinem Gusto besetzen: mit Dr. Eva Meyer-Hermann. Meyer-Hermann wurde nicht nur auf Empfehlung von Friedrich-Christian Flick vom Nürnberger Kunstverein nach St. Gallen geholt, sondern sie arbeitete bald zu fünfzig Prozent gleichzeitig auch als Chefin der Flick Collection. Optimal kurze Wege zwischen Wirths Galerie, der Lokremise und der Flick Collection also; dem Geschäft bestimmt nicht abträglich: Übertragen auf die Politik würde das bedeuten, ein Mitglied der Exekutive sässe gleichzeitig in der Legislative und auch noch auf dem Richterstuhl.

Bei so viel kunstbetrieblichem Geschick in

ALS DAS PLAUDERN NOCH LEICHTER FIEL: Dr. Eva Meyer-Hermann, Leiterin der Flick Collection, im Gespräch mit Künstler Paul McCarthy bei der Eröffnung der Sammlung Hauser & Wirth in der St. Galler Lokremise im Juni 1999

BILD: KEYSTONE/REGINA KUEHNE

strategischen Fragen ist es deshalb erstaunlich, dass Iwan Wirth offenbar mit Flick auf einen suboptimalen Sammler setzte, indem er die historische Belastung des Namens Flick unterschätzte oder – Gnade dem Spätgeborenen – gar nicht wahrnahm. Friedrich-Christian Flick selber offenbar auch nicht. In Zürich mit einem offiziellen Büro und Rem Koolhaas als Architekt für das Flick-Museum in Erscheinung zu treten, wenn in Deutschland die Debatte um die Auflösung des Entschädigungsfonds für NS-Opfer hochkochte, zeugt nicht gerade von einem politischen Gespür. Das hatte Flick als jetzsetzender Privatier mit einer kleinen Schwäche für die Kunst bislang auch nicht nötig.

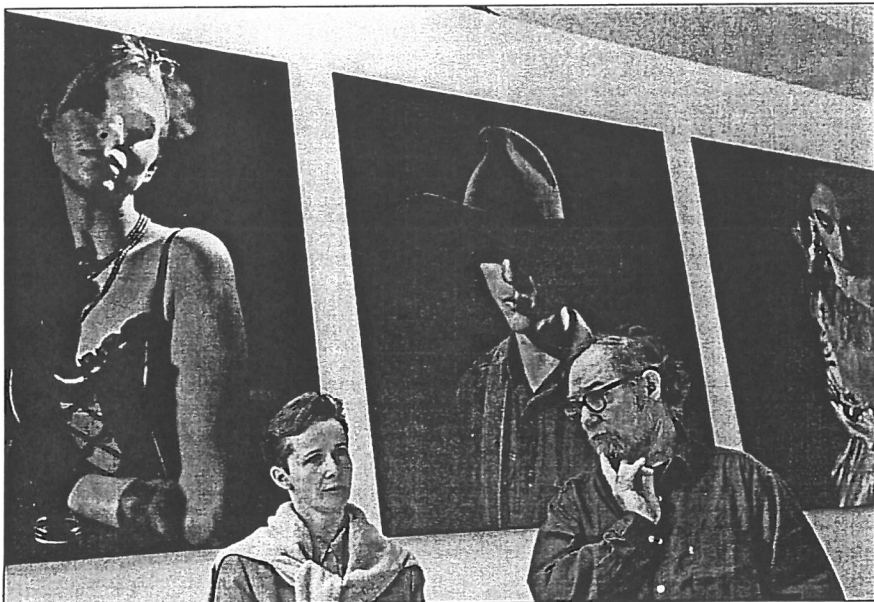
PLATZ FLICKS NARZISSISCHER TRAUM?

Ebenfalls nicht nötig hatte Flick den Rat seines Onkels Friedrich Karl Flick, der ihn bereits 1997 davor warnte, durch eine Bildersammlung den Namen Flick «auf eine neue und dauerhafte positive Ebene» stellen zu wollen, ein Ansinnen, das ihm der Nefle brieflich mitgeteilt hatte. Jetzt muss Friedrich-Christian beim Onkel, Verwalter des immensen Flick-Erbes und damit massgeblich für die Zahlung in den Entschädigungsfonds, als Bittsteller antraben, um seinen Traum verwirklichen zu können, mit einem Museum die Sammlung als sein Gesamtwerkwerk zu präsentieren und sich selbst ein Denkmal zu setzen. Ob Friedrich-Christian daran arbeitet, ist Spekulation. Vielleicht ist er auch in den kanadischen Rocky Mountains beim Heli-Skiing. Gehört hat bis jetzt niemand von ihm.

Somit hat die Freude an der Kunst dem narzissistischen Sammler einen Strich durch die Pläne mit der Kunst gemacht. «Eine Kunstsammlung solchen Ausmasses darf nicht im Privaten verborgen sein. Sie muss an die Öffentlichkeit», sagte Flick in einem Interview. Jetzt stellt diese Öffentlichkeit Fragen. Solange Flick Antworten schuldig bleibt, ist die Sache in der Schwebe. Für die Museumspläne, die Sammlung und für das schweigsam gewordene «Zürcher Kunstwunder».

Postskriptum: Nachdem der Wiener Künstler Franz West für Friedrich-Christian Flicks Zürcher Wohnung die Bestuhlung eingerichtet hatte, war Flick von Wests Po-Unterstützen so begeistert, dass er ihn bat, in seiner seiner weit verstreuten Privatvillen etwas ähnlich Exklusives einzurichten. Denn «der Sammler sucht den intensiven Kontakt und intellektuellen Austausch mit den Künstlern», wie es in einem Briefchen der Flick Collection heisst. West nahm das Angebot wahr und kippete einen Eimer rotgrüne Farbe auf den Luxusteppeich.

Omertà im Kunstbetrieb: Jede Bewegung ist die falsche und kann das Leben – sprich Teilhabe am Kunstkuchen – kosten.



DREI MASSGEBENDE KURATORINNEN ÜBER DIE VERÄNDERUNG DER MUSEUMSLANDSCHAFT DURCH PRIVATE SAI

Kann der Besitzer mit seinem Privatmuseum



BEAT WISMER ist Direktor des Aargauer Kunsthauses in Aarau.

INTERVIEW:
PATRIK LANDOLT, STEPHAN RAMMING.
FOTOS: FRANCESCA PFEFFER

Das Flick-Museum macht – neben Fragen der geschichtlichen Verantwortung – auch tief greifende Veränderungen in der Museumslandschaft deutlich: Private Museen konkurrieren zwischen Kunstmarkt, Kapital und Mainstream zunehmend die öffentlichen Häuser. Braucht es eine ordnungspolitische Offensive?

WoZ: In den letzten Jahren sind in der Schweiz einige private Museen eröffnet worden. Weitere, wie diejenigen für die Sammlungen von Stephan Schmidheiny oder Friedrich-Christian Flick, sind in Planung. Bedeutet diese Entwicklung eine signifikante Veränderung der Museumslandschaft?

Beat Wismer: Zusammen mit dem Anwachsen der Zahl von Kunstvereinen und Kunsthallen, das wir in den letzten zehn, fünfzehn Jahren in der Schweiz beobachten konnten, bedeuten die neuen Privatmuseen eine massive Veränderung der Situation für die alt-eingesessenen, staatlichen Museen. Das Phänomen der Fondation Gianadda in Martigny ist bekannt. In einer für staatliche Museen finanziell schwierigen Zeit werden private Museen eröffnet, die offensichtlich ohne finanzielle Sorgen in den zentralen Bereichen Marketing und Werbung mit ganz anderen Strategien arbeiten, als dies staatliche Museen könnten.

Bice Curiger: Gianadda bedeutet den klassischen, vielleicht gar populistischen Bereich der Kunst. Die neueren Privatmuseen bedienen eher den Bereich der Gegenwartskunst. Dort sieht man auch das Potenzial der privaten Initiativen, die einen Bereich abdecken, der vernachlässigt wurde. Das rührt nicht zuletzt daher, dass in den staatlichen Museen schwerfällige Strukturen und kleine Etats eine eigenwillige, passionierte Ankauf- oder Ausstellungsstrategie sehr mühsam machen können. Diese Unterschiede reiben sich und stehen jetzt sichtbar im Raum.

Guido Magnaguagno: Ich erachte die Veränderungen ebenfalls als gravierend. Zunächst kommen sich die verschiedenen Museen vom Publikum her in die Quere. An einem Kolloquium zum Thema war der Tenor klar: Die Schweiz mit der höchsten Museumsdichte weit und breit hat Probleme mit dem Publikum. Ich sehe das jetzt in Basel, wo zwischen der privaten Fondation Beyeler und dem städtischen Kunstmuseum Rivalitäten um das Publikum entstanden sind.

WoZ: Ist der Kampf um das Publikum der wichtigste Aspekt in der Konkurrenzsituation zwischen privaten und staatlichen Museen?

Curiger: Wenn wir vom vielleicht idealistischen Bild des Museums als Ort für die Auseinandersetzung mit Kunst ausgehen, möchte ich die Hallen für neue Kunst in Schaffhausen erwähnen als ein Beispiel für ein privates Museum, das nun nicht gerade vom Publikum gestürmt wird. Die Hallen für neue Kunst zeigen, dass ein Privatmuseum nicht immer zum Ziel hat, täglich dreitausend BesucherInnen abzubuchen.

Magnaguagno: Das stimmt insofern, als man das Quotendenken im Museumsbetrieb nicht fördern sollte. Tatsache ist jedoch, dass kulturpolitisch gerade für die staatlichen Museen letztlich die BesucherInnenzahlen entscheiden. Nehmen wir das Beispiel Basel: Mendes Bürgi ist mit dem klaren Auftrag ans Kunstmuseum gewählt worden, Beyeler Paroli zu bieten. Wenn nach einem Jahr die Situation so schwierig bleibt wie jetzt und Bürgi hätte sechzigtausend BesucherInnen gegenüber dreihunderttausend von Beyeler eingespielt, würde das Fazit lauten: Bürgi hat seinen Job nicht gut gemacht. Davon bin ich überzeugt.

WoZ: Gibt es Unterschiede in der Art der Auseinandersetzung mit Kunst, wie sie private und staatliche Museen bieten?

Curiger: Ich will mit dem Beispiel Schaffhausen keinesfalls einem Elitismus das Wort reden, im Gegenteil. In den letzten Jahren wurde ja gerade Kunst gemacht, die eben nicht das Signal aussendet: Achtung, ich bin moderne Kunst. Der Kunst der letzten fünfzehn Jahre ist eigen, dass sie mit den Ambiguitäten arbeitet und verständliche Signale aussendet, gleichzeitig aber auch den Spezialisten weiter beschäftigen kann, wenn er sich darauf einlässt. An dieser Komplexität müsste man diskutieren. Museen scheinen mir heute oft Produzenten von schrecklichen Stereotypen. Bis man beispielsweise zu einer echten Auseinandersetzung mit Rothko gelangt, muss man erst einmal ganz viel weg-schieben. Es geht um die Qualität der Auseinandersetzung, und von da müssten sich die Museen sehr viel einfallen lassen und sich sehr anstrengen. Dabei kann es weder um populistische Anbiederung noch um Elitismus gehen, sondern darum, dass als Museum in der Gesellschaft und aus der gegenwärtigen Kultur heraus, als sensibles Instrument, verantwortungsvoll nachgedacht und gehandelt wird.

WoZ: Diese Forderung gälte allerdings für staatliche wie private Museen.

Magnaguagno: Bice Curiger hat Recht, dass die schwerfälligen Strukturen der staatlichen Museen auf den Sexappeal des Neuen träge reagieren. Staatliche Museen haben zweifellos viel verschlafen, ich denke etwa an Strategien der Kunstvermittlung, an die Kunstpädagogik usw. Das Zürcher Kunsthaus möchte ich davon allerdings in gewisser Weise ausnehmen, wir haben uns beispielsweise als Erste um Fotografie gekümmert und nie, so wie das Beyeler jetzt macht, lediglich die Vermittlung von Klassikern betrieben, sondern immer auch neue Positionen zu vermitteln versucht. Diese Arbeit hat dann auch dazu geführt, dass täglich tausend Leute die Beuys-Ausstellung besucht haben. In diesem Sinne wollte man am Kunsthaus das grosse Publikum immer wieder an neue Positionen heranführen, so dass schliesslich viele Leute Bruce Nauman vielleicht einmal anschauen, ohne ihn unbedingt «verstehen» zu müssen. Ich glaube schon, dass Vermittlungsarbeit, wie sie Beyeler mit Events wie «Food and Art» betreibt, nicht unbedingt an die diffizilen Ansprüche an die Wahrnehmung heranführt, für die Rothkos Malerei von ihrem Selbstverständnis her steht.

Wismer: Gut, aber das sind andere Themen. Stellen wir doch einfach fest: Gegenwartskunst wird gerne und häufig gesehen.

Die bestbesuchte Ausstellung für Gegenwartskunst funktioniert allerdings ganz ohne Vermittlung: Die Kunstmesse Art in den Basler Muba-Hallen. Gleichzeitig gibt es in Basel das Museum für Gegenwartskunst, das erste seiner Art in der Schweiz. Es ist, man muss es leider sagen, schlecht besucht. Ich will damit nur klar machen: Es gibt grundsätzlich ein grosses Potenzial an interessierten Menschen.

WoZ: Können die staatlichen Häuser ohne privates Engagement überhaupt überleben?

Curiger: Die Schweizer Museen haben eine Tradition mit strukturellen Mischformen. Beispiel Kunsthaus Zürich: Teil der Trägerschaft ist der private Verein, die Kunstgesellschaft Zürich, gleichzeitig wird das Kunsthaus zu einem guten Teil von Stadt und Kanton finanziert. Über den Verein VZK wiederum fliesst sehr viel privates Geld und damit auch ein Engagement von privater Seite ins Haus. Das bewirkt Verhältnisse, die, im Gegensatz zu den viel hierarchischeren Strukturen etwa in Deutschland, durchaus Möglichkeiten bieten, mit Engagement und einer klaren Haltung zu arbeiten.

Wismer: Es gibt heute kein Schweizer Museum ohne Geld von Privaten oder aus der Wirtschaft. In Aarau können wir unserem Auftrag längst nur noch mit privaten Geldern genügen. Für das Ausstellungsprogramm müssen wir mit knapp neunzigtausend Franken vom Kanton jährlich etwa eine halbe Million von privater Seite generieren. Diese Mischstruktur hat aber auch Vorteile: Sie macht handlungsfähiger und flexibler zugunsten eines attraktiven Ausstellungsprogrammes.

WoZ: Haben es die Museen verschlafen, eine offensive Museumspolitik zu betreiben?

Magnaguagno: Das trifft seit Mitte der siebziger Jahre zu. Nehmen wir die Frage der Neubauten: Wenn Flick Rem Koolhaas bauen lässt, ist das für Zürich der erste Museumsneubau seit sehr langer Zeit. Das Kunsthaus Zürich wird jetzt mit zehn Jahren Verspätung gerade mal saniert, und dann kommt irgendwas der Neubau. Ähnliches gilt für die Sammlung: Wir haben zwei Werke von Bruce Nauman. Jetzt kommt einer mit ganz vielen Naumans. Warum sind die nicht im Kunsthaus? Weil wir es jenseits von Spardruck und anderen Problemen verpasst haben, eine offensive Museumspolitik zu betreiben. Wenn wir die Sammlung des Kunsthauses aus der Perspektive Schmidheiny/Flick betrachten, müssen wir feststellen, dass sie unerhörte Löcher hat. Als hätten wir die letzten dreissig Jahre gar nicht gesammelt. Dies ist für ein Museum mit dem Auftrag und Anspruch, eine Kontinuität der Kunstgeschichte zu dokumentieren, eine Niederlage.

Curiger: Es liegt aber nicht nur an der Museumspolitik, sondern auch am fehlenden Diskurs. In den USA beispielsweise hat der Stolz auf Künstler wie Jackson Pollock auch zu einer gewissen Strenge in der Rede über Kunst geführt, die sich im Laufe der Zeit sehr positiv ausgewirkt hat, bei allen Problemen, wenn der Diskurs mit dem Mainstream in Berührung kommt. In der Schweiz konstatiere ich die fast vollständige Abwesenheit einer diskursiven Kunstkritik. Es gibt zwar einen Kunstjournalismus, der sich aber vorwiegend auf Skandalchen und neurotisch auf Beziehungsgeschichten stützt. Auch die Medienhäuser machen es JournalistInnen schwer, Kompetenz zu erarbeiten. Es liegt also nicht nur an den Museen, sich zu öffnen und die schwierige Situation zu entschärfen.

WoZ: Inwiefern haben die staatlichen Museen im Hinblick auf das lokale Schaffen eine Verantwortung?



BICE CURIGER ist Chefredaktorin der Kunstzeitung am Zürcher Kunsthaus.

Wismer: Man muss unterscheiden zwischen der Sammlung und dem aktuellen Schaffen. Bereits hier liegt ein Dilemma: Es gibt eine Verpflichtung, durch die Präsentation und kunsthistorische Arbeit die Sammlung und damit auch die lokale Geschichte des Museums zu vermitteln. Andererseits macht nur schon die räumliche Situation die Förderung des aktuellen Schaffens kompliziert. Allerdings kann sich diese Situation für uns in Aarau so auswirken, dass wir sozusagen in provinziellen Windschatten für Zürich diese Rolle übernehmen. Ich denke an die grossen Varlin- oder Robert-Müller-Retrospektiven, wichtige Künstler aus Zürich, für deren Werkschau sich das Kunsthaus Zürich nicht hergeben mochte. Von einer solchen Haltung, die sich ausschliesslich auf grossen Erfolg versprechende Ausstellungen profiliert, können wir in der Provinz, wo ein solcher Erfolgsdruck weniger dominiert, profitieren.

Curiger: Natürlich müssen die staatlichen Museen ihre «historischen Batterien» als Chance nutzen und nicht nur als schwere Last empfinden. Es gilt aber auch, das Museum aus der heutigen Zeit heraus zu denken. Kunst kann ja nicht nur Gegenstände, sondern muss auch eine Haltung meinen.

Magnaguagno: Ich glaube nicht, dass die staatlichen Museen ein Programm mit Gegenwartskunst machen können. Das würde eine ganz andere Finanzierungsstruktur bedingen in dem Sinne, dass für das Kunsthaus Zürich die fünfzigprozentige Eigenfinanzierung mit 350 000 BesucherInnen jährlich nicht mehr zu erreichen wäre. Dies ist mit einem geschickten Mix zu erreichen, indem die publikumswirksamen Ausstellungen experimentellere möglich machen.

WoZ: Wenn wir dies einmal als Bestandsaufnahme für die Situation in den staatlichen Museen stehen lassen wollen: Wo liegen die Schwierigkeiten für private Museen?

Curiger: Private Sammlungen sind oft eine Art Darstellung einer Biografie, indem sie eine bestimmte Sammlerleidenschaft dokumentieren. Oft werden sie dann zu einer Zeitkugel und lösen sich von der Kunstgeschichte ab. Das liegt auch daran, dass die Stifter mit testamentarischen Festlegungen den Dialog erschweren, indem die Werke im Extremfall nicht ausgeliehen oder reproduziert werden dürfen.

Magnaguagno: Private Museen haben im Gegensatz zu den staatlichen keinen Bildungsauftrag. Das sieht man an den Öffnungszeiten: Bei Privatmuseen sind sie oft eingeschränkt und sprechen so nur ein kleines Publikumssegment an. Die Frage der Öffnungszeiten

AMMLER

«Museum machen, was er will?»



«Leitschrift «Parkett» und Kuratorin, unter ande-

scheint mir beispielsweise ein Indikator zu sein, wie ernst es Flick mit seinen Vermittlungsabsichten meint, die er jetzt so stark betont. Ich erinnere an das Bührle-Museum, das gerade mal an zwei Nachmittagen geöffnet ist und damit einfach dem Minimum genügt, das gesetzlich notwendig ist, um als Stiftung in den Genuss der Steuerfreiheit zu kommen.

WoZ: Gibt es nicht auch eine Veränderung bei den Sammlern? Der Sammler alten Typs hat doch sehr oft den Besitz im Alter oder nach seinem Tod der Öffentlichkeit zurückgegeben und staatlichen Museen vermachte. Die Sammlungen von Schmidheiny oder Flick dagegen sind so gross, dass sie nur schon von der Infrastruktur der Möglichkeiten eines staatlichen Museums sprengen.

Wismser: Das ist historisch ein neuartiges Phänomen. Wir könnten damit kaum umgehen. Die Schenkung einer grossen Sammlung für ein mittelgrosses Schweizer Museum mit der Verpflichtung, den grössten Teil der Sammlung zu zeigen, würde kurzfristig zu einer Implosion der Institution führen und wäre langfristig eine riesige Belastung für die Öffentlichkeit. Es ist, zumindest in Europa, tatsächlich ein neues Phänomen, dass der Kunstsammler heute sein eigenes Museum baut. Früher kamen diese Sammlungen in ein öffentliches Institut. Jetzt werden sie als Privatinitiative öffentlich. Wenn das Kunsthhaus Zürich die Flick Collection bekommen hätte, hätte das einen ungeheuren Druck für die Erweiterung des Kunsthauses bewirkt.

Magnaguagno: Auch der Nachlass von Tinguely wäre für jedes Museum eine Hypothek gewesen. Es gibt Sammler, die überlegen sich viel und differenziert, was geschehen soll: Sie geben beispielsweise die besten und kulturell wertvollsten Stücke dem öffentlichen Institut. Der Rest wird verkauft oder unter den Erben verteilt. Diese weitsichtige Mentalität ist heute selten geworden. Wenn eine Stiftung im Museum einen Platz bekommt, ist das ein Idealfall. Ich hätte mir dies auch von den Sammlungen Schmidheiny oder Flick erhofft. Zürich hat es verpasst, diese beiden Sammlungen – wobei die Schmidheiny-Sammlung viel wichtiger ist – in öffentliche Häuser zu bekommen. Ich habe nie etwas von einem Bestreben gehört, diese Sammlungen an ein öffentliches Institut zu ziehen.

Curiger: Meistens ist es schon für reiche Private eine finanzielle Überforderung, die Museen von morgens bis abends zu öffnen, zu bewachen, zu heizen. Kämen all diese Sammlungen in öffentliche Museen, würde es die SteuerzahlerInnen viel Geld kosten. Von daher finde ich es gar nicht so schlecht,

dass die Flick Collection ein eigenes Haus bekommt.

WoZ: Gibt es nicht Unterschiede? Wenn ein Sammler seine Bilder der Öffentlichkeit schenkt, gehören die Bilder letztlich der Öffentlichkeit. In einem privaten Museum ist das anders. Ein privates Museum kann auch als zollfreies Kunst-Zwischenlager dienen. Kann der Besitzer mit der Sammlung nicht machen, was er will?

Magnaguagno: Diese Gefahr besteht. Auch wenn Herr Flick jetzt Pläne hat für ein Museum mit einem grossen Architekten, ist nicht auszuschliessen, dass er in zehn Jahren die ganze Sammlung in einen anderen Kontinent verlegt. Oder dass er die im Museum wertvoll gewordenen Werke gewinnbringend veräussert. Die Öffentlichkeit darf diese kulturpolitische Unsicherheit nicht aus den Augen verlieren.

WoZ: Ist jetzt nicht die Politik gefordert, Rahmenbedingungen für private Museen zu formulieren, wie sie ihre öffentliche Verantwortung wahrnehmen müssen? Bei anderen öffentlich relevanten Teilen der Gesellschaft wie Verkehr, Telekommunikation, Post usw. definiert der Staat ja auch den gesetzlichen Rahmen, in dem sich die Privatwirtschaft bewegen kann.

Wismser: Verschiedene Fragen müssten geklärt werden. Sie betreffen Öffnungszeiten oder Zugänglichkeit für das Publikum. Es könnte auch vereinbart werden, dass beim Verkauf von wichtigen Sammlungsteilen das Museum vor Ort ein Vorkaufsrecht hat.

Curiger: Verhindert werden muss, dass etwa Private in den Stiftungsurkunden Bestimmungen auf ewig festlegen, die dem Kunstwerk oder dem Interesse des Künstlers entgegenstehen: etwa, dass die Werke nicht abgebildet oder ausgeliehen werden dürfen.

Magnaguagno: Das ist eine wichtige Auseinandersetzung zwischen Politik, Gesellschaft und den Museen. Herr Flick trifft sich ja nächsten mit dem Zürcher Stadtpräsidenten Josef Estermann, und ich denke, im Gespräch müsste es, neben anderem, um diese Rahmenbedingungen gehen. Herr Flick hat an der Pressekonferenz für einen Privatsammler relativ viel Goodwill gezeigt mit dem Hinweis auf einen öffentlichen Anspruch und auf viel Vermittlungsarbeit.

WoZ: Also ginge es in der heutigen Umbruchsituation darum, Forderungen an den Service public der Museen, auch der privaten Museen, zu formulieren?

Wismser: Bei den Privatsammlungen ist es sehr wichtig, dass sie nicht nur öffentlich zugänglich sind, sondern dass auch bei einem privaten Museum tatsächlich der Museumsaspekt betont wird und museale Verpflichtungen und Verantwortungen übernommen werden. Da stellen sich tatsächlich Fragen nach einem Service public eines privaten Museums.

Curiger: Sollten solche Entscheide nicht den Einzelnen überlassen werden? Dieses Überdidaktische, das einem in vielen Museen auf den Wecker geht, darf doch nicht auch den Privaten verordnet werden.

Magnaguagno: Ich denke nicht an Zettel, die neben den Bildern aufliegen. Vermittlung ist nicht Didaktik. Ich denke an andere Rahmenbedingungen: die Beteiligung der Öffentlichkeit, etwa in der Zusammensetzung des Stiftungsrates, des Eintrittspreispolitik oder die Ausleihbereitschaft, die in den meisten Privatsammlungen sehr restriktiv ist. Die Fragen entscheiden sich letztlich in Bereichen, wo es um die juristischen Konstruktionen geht, welche dem Privatmuseum öffentliche Verpflichtungen formulieren. Solche Verpflichtungen sind vollkommen le-

gitim, insofern auch, als ein Privatmuseum von der Öffentlichkeit ebenfalls profitiert und mitgetragen wird – nur schon deshalb, weil es als Stiftung oder Schenkung von den Steuern befreit ist.

WoZ: Was bedeutet es, wenn Kunsthändler Museen eröffnen und – wie Hauser & Wirth in der Lokremise in St. Gallen oder die Fondation Beyeler in Basel – eine ganz neue Rolle im Markt spielen können?

Wismser: Ernst Beyeler und Hauser & Wirth unterscheiden sich stark. Beyeler, einer der bekanntesten Kunsthändler, besitzt eine Sammlung, die vom Mythos lebt, dass die Klassiker der Moderne durch die Hände von Beyeler gingen, er aber die besten Stücke für seine Sammlung behalten hat.

Curiger: Aber Beyeler war nicht bei der Entstehung neuer Entwicklungen oder bei der Avantgarde dabei, und Beyelers Hauptvermögen ist in den achtziger Jahren entstanden.

WoZ: In Zürich wurden in den letzten Wochen die Machtballungen zwischen der Galerie Hauser & Wirth sowie dem Financier, Sammler und Museumsgründer Friedrich-Christian Flick kritisiert. In der Wirtschaft gibt es ein Kartellgesetz. Ruft die Verfilzungsgefahr im Kunstmarkt nach Regulierung?

Curiger: Es wird zum Problem, wenn die Situation total neurotisiert wird. Das kann so weit kommen, dass ich mir überlegen muss: Darf ich über einen Künstler schreiben, der bei dieser Galerie vertreten wird, ohne gerade wieder der Sippenhaft bezichtigt zu werden? An die Adresse einiger grosser Zürcher Zeitungen, die schon bei der Direktorenwahl im Kunsthaus ein Kesseltreiben veranstaltet haben, möchte ich sagen, dass Verschwörungstheorien gefährlich sind. Schon ganz zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts, als in Deutschland dank einem Museumsmanne wie Hugo von Tschudi die französische Kunst der Moderne, also Cézanne, Matisse, Gauguin bis van Gogh, Einzug hielt, vermehrte sich Widerstand mit dem Argument, dies sei eine von (jüdischen) Kunsthändlern inszenierte Übernahme des Kunstgeschehens. Natürlich müssen wir von Macht reden. Auch die Zeitungen haben Macht. Es kommt darauf an, wie verantwortlich man damit umgeht.

Wismser: Die Machtballung ist eine Tatsache. Andererseits klagen wir in der Schweiz seit zwanzig Jahren, dass wir keine Galerien haben, die unsere besten Künstlerinnen und Künstler ins Ausland bringen. Wir haben es bei Hauser & Wirth mit einer Galerie zu tun, die mit einer grossen Professionalität arbeitet, einen internationalen Anspruch hat und sehr viel für die Künstlerinnen und Künstler in der Schweiz macht. Das ist neu. In den siebziger Jahren kamen die Schweizer Künstler einzig mit Hilfe der Pro Helvetia ins Ausland. Die Schweizer Galerien haben, abgesehen von wenigen Ausnahmen, die Professionalisierung, die in den achtziger und neunziger Jahren international das Galeriewesen veränderte, verschlafen. Man kann nun über Hauser & Wirth schimpfen, wie man will, das Faktum bleibt, dass wir heute wieder Schweizer Kunst haben, die ihrer Qualität gemäss auch international wahrgenommen wird. Da stehen Hauser & Wirth sicher nicht ganz alleine, sie sind aber der Prototyp für eine völlig neue Galeristengeneration.

WoZ: Ist es nicht eine Gefahr, wenn eine



GUIDO MAGNAGUAGNO ist seit Januar 2001 Direktor des privaten Tinguely-Museums in Basel. Er arbeitete während 21 Jahren am Kunsthaus Zürich, zuletzt als Vizedirektor.

Galerie von der Grösse und Potenz wie Hauser & Wirth den Kunstdiskurs massgeblich bestimmt? Oder besteht das Problem der Situation in Zürich darin, dass es hier nur einen Hauser & Wirth gibt und nicht – wie etwa in New York – zehn Galerien dieser Grössenordnung, womit Vielfalt und unterschiedliche Präferenzen wieder spielen?

Magnaguagno: Die Schweizer Kunstlandschaft wäre reichhaltiger, wenn wir mehrere Galerien dieser Potenz hätten. Jetzt haben Hauser & Wirth mit ihrem professionellen Drive und diesen guten Verbindungen eine gewisse Monopolstellung.

Curiger: Na und? Davon profitieren doch alle.

Magnaguagno: Da bin ich skeptisch. Wir müssten mit Zürcher Galeristen diskutieren. Die Vorwürfe und Beschuldigungen, die jetzt weit herum zu hören sind, kommen nicht von ungefähr. Letztlich geht es ums Geschäft. Wenn einer vom Kuchen ein so grosses Stück abschneidet und so viele reiche Sammler um sich schart, schafft das bei den anderen Frust. Man muss offen darüber diskutieren können.

Wismser: Der Vorwurf an Hauser & Wirth ist ja nicht, dass sie schlechte Kunst berüht und teuer machen. Es ist vielmehr die Ohnmacht gegenüber diesem Riesengebilde, die viele verunsichert.

WoZ: Braucht es also mehr Kontrolle durch Kritik und Transparenz?

Curiger: Vielleicht muss ganz generell in der Kunst Qualität wieder an einem anderen Ort definiert werden. Vielleicht sollte man heute wieder etwas weggehen vom Fetisch des Objekts. Wie das in den sechziger Jahren mit gewissen Kunstrichtungen passierte, wo man auch versucht hat, aus dem kommerziellen Circuit auszubrechen. Und es passiert ja einiges. Es gibt junge Künstler wie San Keller, die geben wunderbare Signale in diese Richtung. Die machen Aktionen, die gar nicht verkauft werden können. Wer an die Kunst glaubt, findet immer neue Wege.

Wismser: Ich denke, wir befinden uns in diesem Gespräch an einem Punkt, der ganz nahe bei dem ist, worüber wir am Anfang gesprochen haben: öffentliches Museum – privates Museum. Schwierigkeiten zeigen sich, wenn Künstler, die von einer so potenten Galerie getragen werden, zum Beispiel an einer Biennale, in einer ganz anderen Kategorie auftreten können, als es die Künstler können, die von der offiziellen Schweiz, also vom Bundesamt für Kultur, geschickt werden. Es wäre für die Schweiz nie möglich, einen Künstler in Venedig so auftreten zu lassen, wie Jason Rhoades es konnte. Das war nur mit dem Geld einer solch potenten Galerie möglich. Im Grunde ist es dasselbe Problem wie bei den Museen.

Am Samstag, 31. März, findet ab 9.00 Uhr im Kunsthaus Zürich eine Podiumsdiskussion «Sanierung, Umbau, Neubau? – Die Zukunft des Kunsthauses» statt. www.kunsthaus.ch

KEINE ENTSPANNUNG: FRIEDRICH-CHRISTIAN FLICKS MUSEUMSPLÄNE

Kalte Füsse, heisses Business

Kunst als Investment, die Verbindungen zu Iwan Wirth, Entschädigung für NS-Opfer: Flick bleibt Antworten vieler Fragen schuldig.

STEPHAN RAMMING

Lange hatte er geschwiegen, dann rief er über Nacht zum «Mediengespräch»: Friedrich-Christian Flick, mit seinem geplanten Privatmuseum an der Zürcher Hardturmstrasse ins Schussfeld geraten (siehe WoZ Nr. 10/11/12), verlas eine Verlautbarung und beantwortete ausweichend Fragen. Einzelinterviews gewährte er nicht. Flick hatte zwei Botschaften. Die erste lautete: Der öffentliche Probelauf für seine Sammlung im Münchner Haus der Kunst von Christoph Vitali ist – entgegen Vitalis Wille – gestrichen. Die zweite Botschaft: Flick richtet mit zehn Millionen DM «eine zukunftsgerichtete Stiftung in Deutschland für die Basisarbeit gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz» ein.

Ist die erste Botschaft einfach zur Kenntnis zu nehmen, will es sich Flick mit der zweiten einfach machen – zu einfach: Ohne Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen wirkt eine «Stiftung gegen Rassismus» wie blanker Hohn für die zum Teil noch lebenden Opfer. Flick bestreitet jeglichen Zusammenhang zwischen seinem privaten Vermögen und den – nicht zuletzt durch die Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen – von seinem Grossvater Friedrich Flick angehäuften Milliarden. Dem steht die Tatsache entgegen, dass Flick in den siebziger Jahren aus Grossvaters Hinterlassenschaft 308,5 Millionen DM als Barabfindung, nach einem Rechtsstreit mit seinem Onkel Friedrich Karl später nochmals um hundert Millionen DM kassierte. «Was ich darüber hinaus besitze, habe ich mir in den vergangenen 25 Jahren selbst erarbeitet», sagt Flick. Mit 400 Millionen DM Startkapital waren die Voraussetzungen für Flicks Aktivitäten als «Privater Investor» (Selbstbezeichnung) wohl doch etwas anders als die Realitäten für einen Zwangsarbeiter, der, falls er überhaupt lebend aus Grossvaters Fabriken entkam, in der Ukraine, Ungarn, Polen oder anderswo wieder eine Existenz aufbauen musste. Falsch ist im Weiteren Flicks Behauptung, die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft «Erinnerung, Verantwortung und Zukunft», die sich um die Entschädigung der Opfer kümmern soll, richte

sich ausschliesslich an deutsche Unternehmen: Privatpersonen mit Flicks Vermögensprofil stehen ebenfalls in der Pflicht. Auf Flicks Pult liegt ein Brief aus Deutschland, in dem er um einen Beitrag gebeten wird. Der Brief ist unbeantwortet (vgl. Interview unten).

Vor diesem Hintergrund ist Flicks private Stiftung gegen Fremdenhass ein Manöver, um die Öffentlichkeit ruhig zu stellen. Gleichzeitig weiss Flick, dass er für die Verwirklichung seiner Pläne auf diese Öffentlichkeit angewiesen ist: «Es ist mir klar, dass das Projekt, die Sammlung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, nur im weitgehenden Konsens mit dem Quartier, der Stadt und den Zürcherinnen und Zürchern möglich ist.» Ein solcher Konsens ist im Dialog zu erreichen. Flicks Signale in dieser Hinsicht sind dagegen eindeutig: Weder den «Tagesthemen» der ARD gab er Auskunft, noch fand die versprochene «Ausarbeitung von Modalitäten» für die Teilnahme an einem Podiumsgespräch des «Tages-Anzeigers» statt. So scheint es derzeit unmöglich, mit Flick in den von ihm geforderten «konstruktiven Dialog über Kunst und deren Vermittlung» zu treten. Warum gibt Flick keine Antworten auf Fragen bezüglich seiner Sammlung, über die Gründung und personelle Zusammensetzung der angekündigten Stiftung, über die Ausstellungspolitik im geplanten Museum? (Vgl. S. 20 und 21.)

STEUERN, KUNST-INVESTMENT, CONNECTIONS

Vielleicht möchte Flick doch lieber in Ruhe gelassen werden. Zum Beispiel vor der Steuerbehörde oder der Einwohnerkontrolle der Stadt Zürich. Denn obwohl Flick, wie er sagt, in Zürich «eine neue Heimat» gefunden habe, liess er sich 1999 aus der bescheidenen, dafür steuerünstigen Wohnung in Horw (LU) nicht nach Zürich, sondern als pauschalierter Steuerzahler nach Gstaad ummelden. Gleichzeitig bezog er aber an der Beethovenstrasse 5 in Zürich eine Wohnung, deren Klingel mit «Hauser & Wirth» beschriftet war – angeblich eine alte Wohnung des Galeristen-Ehepaars. Ein kleiner Dienst zwischen Freunden für alle Fälle und Steueramt. Die beiden verstehen sich auch geschäftlich bestens: Flick ist nicht nur Eigner einer Vielzahl von Finanzgesellschaften, sondern ist auch an einer «Flick Kunstverwaltung GmbH» beteiligt, als deren



FLICK KUNSTVERWALTUNG GMBH: Kunsthändler Iwan Wirth (l.), zeichnungsberechtigter Geschäftsführer von Friedrich-Christian Flicks (r.) Gesellschaft, in der Mitte der New Yorker Geschäftspartner David Zwirner.

FOTO: NIKLAUS STAUBS

alleiniger und zeichnungsberechtigter Geschäftsführer Iwan Wirth fungiert. Neben Flick ist eine im Steuerparadies der Kanalinsel Guernsey domizilierte «Contemporary Art Limited» mehrheitsbeteiligte Gesellschafterin. Wer hinter «Contemporary Art Limited» steht, ist noch offen. Klar ist damit jedoch, dass Iwan Wirth nicht nur die von Insidern auf 200 bis 300 Millionen Franken geschätzte Kunstsammlung als Verkaufsgalerist, «Berater und Filter» massgeblich geprägt hat, sondern dass die beiden auch im Kunstbusiness gemeinsame Sache machen.

Denn Flick bewirtschaftet seinen Schatz, der als Stiftung in den Genuss der Steuerfreiheit käme, überaus professionell. Freund Wirth, selbst privater Sammler als auch Händler, steht ihm dabei zur Seite. So soll beispielsweise 1999 Flick durch Vermittlung von Wirth Gerhard Richters weltberühmtes Bild «Grün-Rot-Gelb» für 5 Millionen Franken an Stephan Schmidheinis «Daros Collection» verkauft haben. Das Wirtschaftsblatt «Bilanz» sprach denn auch bereits im Dezember 1999 von einem zweistelligen Millionenbetrag, den Wirth insgesamt an Provisionen von Flick kassiert haben soll. Der vorläufige Steuerbescheid 1999 für Wirths Galerie gibt sich dagegen kleinlaut: Gerade mal 1 Million Franken Gewinn wird von der St. Gallen Gemeinde Oberuzwil für 1999 ausgewiesen, spätere Steuerbescheide sind hängig.

Hängig sind damit nicht nur Fragen zu Flicks Verständnis von «gesellschaftspolitischem Engagement», sondern auch zu den geschäftlichen Aktivitäten seines unmittelbaren Kunstumfeldes. Es ist an der Öffentlichkeit, diese Fragen weiter zu stellen.

Mitarbeit: Patrik Landolt

FLICK GRÜNDET EIGENE STIFTUNG GEGEN RASSISMUS

Flick ist keine Privatperson

An die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter will Friedrich-Christian Flick nichts zahlen.

Wolfgang Gibowski, Sprecher der Stiftungsinitiative zur Entschädigung der Zwangsarbeiter, hält die Forderung nach einem angemessenen Beitrag aufrecht.

INTERVIEW: PATRIK LANDOLT

WoZ: An der Pressekonferenz vom vergangenen Freitag erklärte Friedrich-Christian Flick, er sehe als Privatperson keine Veranlassung, sich persönlich an der Stiftungsinitiative zur Entschädigung der Zwangsarbeiter zu beteiligen. Wie reagieren Sie auf diese Verlautbarung?

Wolfgang Gibowski: Die Angehörigen der grossen deutschen Industriellenfamilien tragen eine Verantwortung, die über die direkte geschäftliche Aktivität hinausgeht und von der man sich nicht verabschieden kann mit dem Hinweis, dass man das Unternehmen verkauft habe und heute andere Eigentümer da seien, oder dass man jetzt Privatmann sei. Ich meine, die moralische Verantwortung eines Angehörigen einer solchen Familie geht über den Tag hinaus.

Also lässt sich die von Friedrich-Christian Flick gemachte Trennung zwischen Unternehmen und Privatperson nicht aufrechterhalten?

Wir können sehr gut unterscheiden zwischen einer x-beliebigen Privatperson, die einen Beitrag leisten will – das wird bei uns als Zustiftung behandelt – oder den Angehörigen der führenden Dynastien im Industriebereich.

Die Stiftung hat einen Brief an fünf Mitglieder der Familie Flick geschrieben, in dem darauf hingewiesen wird, dass sich zwar 6100 Unternehmen sowie Familien der Initiative angeschlossen hätten, aber noch immer eine «Finanzierungslücke von mehreren hundert Millionen Mark» zu schliessen sei. Da die Familie Flick «während der Kriegswirtschaft eine herausragende Rolle» gespielt habe, bittet die Stiftung um einen «angemessenen Beitrag». Hat auch Friedrich-Christian Flick von Ihnen einen solchen Brief erhalten?

Ja. Wir haben die Angehörigen dieser Familien alle angeschrieben.

Haben Sie von Friedrich-Christian Flick bereits eine Antwort erhalten?

Nein.
Ist die Stiftung darüber enttäuscht?
Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben.

Was für eine Summe wäre aus der Flick-Dynastie zu erwarten?

Ich habe – auch im Brief – bewusst keine Summe genannt, sondern ich stelle es in das Benehmen dieser Familienmitglieder, was sie beitragen wollen.

Entlastet ein Beitrag von 10 Millionen Mark in eine private «zukunftsgerichtete Stiftung in Deutschland für die Basisarbeit

gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz» den Erben Flick von der Verantwortung gegenüber der Stiftung für die Zwangsarbeiter?

Ich finde es immer schön, wenn sich ein wohlhabender Bürger unseres Landes für Zukunftsaufgaben engagiert. Aber es gibt bereits eine ganze Reihe von Einrichtungen zu diesem Thema, bei denen man sich beteiligen kann. Ich will darauf hinweisen, dass die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft, die ja in die Stiftung «Erinnerung, Verantwortung und Zukunft» mündet, mit einem Zukunftsfonds ausdrücklich prospektiv ausgerichtet ist. Von daher gesehen wäre es durchaus auch angemessen, wenn sich wohlhabende Personen wie Friedrich-Christian Flick, die sich Zukunftsarbeiten verpflichtet fühlen, an dieser Initiative beteiligen.

Nun fehlte der Stellungnahme von Friedrich-Christian Flick an der Pressekonferenz jegliches Einfühlungsvermögen in die Opfer des NS-Regimes; Menschen, die heute weitgehend unter ärmlichen Verhältnissen leben. Warum zahlt denn Friedrich-Christian Flick nicht in den Zwangsarbeiter-Fonds, der gesellschaftlich auf einem Konsens beruht?

In Deutschland gab es selten in einer solchen Frage einen so breiten Konsens. Der Deutsche Bundestag hat fast einstimmig diese Stiftung beschlossen und damit auch diesen Zukunftsfonds. Ich kann mir das Verhalten von Herrn Flick nicht erklären. Da müssen Sie ihn selber fragen.

ZÜRCHER STADTRAT: JA ZUR FLICK COLLECTION

Warum begrüssen Sie Flick, Herr Estermann?

Der Zürcher SP-Stadtpäsident ist gegen moralische Urteile und respektiert Flicks Entscheidung, nichts in den Fonds für ZwangsarbeiterInnen einzuzahlen.

INTERVIEW: PATRIK LANDOLT UND STEPHAN RAMMING

WoZ: Sie haben ein persönliches Treffen mit Friedrich-Christian Flick angekündigt. Haben Sie Herrn Flick schon getroffen?

Josef Estermann: Ich habe kein Treffen angekündigt, sondern auf Anfrage bestätigt, Herrn Flick zu treffen. Das Treffen hat stattgefunden. Der Stadtrat hat danach seine Position gefestigt und öffentlich kundgetan.

Was haben Sie mit Friedrich-Christian Flick besprochen?

Ich sehe keinen Anlass, das Gespräch mit Herrn Flick hier wiederzugeben. Es war ein persönliches Gespräch, das nicht für die Presse bestimmt ist.

Haben Sie Herrn Flick auf die Stiftung der deutschen Wirtschaft zur Entschädigung der Zwangsarbeiter angesprochen?

Darüber haben wir intensiv gesprochen.

War das Gespräch so ergiebig, dass der Zürcher Stadtrat nachher Flicks Privatmuseum per Communiqué willkommen hiess?

In der Tat begrüsst der Stadtrat das Projekt Herrn Flicks, seine Sammlung zeitgenössischer Kunst öffentlich zugänglich zu machen. Sie besitzt höchste Qualität und setzt einen Schwerpunkt in einem Bereich, der in unseren Museen nicht sehr ausgebildet ist. Die Absicht, Werke Bedeutendster Künstlerinnen und Künstler nicht hinter Mauern zu verschliessen, sondern der Allgemeinheit zugänglich zu machen, kann nur unterstützt werden. In der öffentlichen Diskussion wurde Herrn Flicks Projekt mit dem deutschen Fonds für ZwangsarbeiterInnen verknüpft. Auch hierzu hat der Stadtrat Stellung bezogen. Zwar hätten seine Mitglieder persönlich anders entschieden als Herr Flick. Aber sie respektieren seinen Entscheid, vorläufig zehn Millionen in einen anderen Fonds einzuzahlen und sich damit ebenfalls gegen Intoleranz, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu engagieren.

Also genügt dem Stadtrat die Geste von Herrn Flick, zehn Millionen für eine private Stiftung bereitzustellen?

Für Herrn Flick geht es nicht um eine Geste oder eine Abgeltung. Er beabsichtigt, sich nicht nur mit Geld, sondern auch ganz persönlich in dieser Stiftung zu engagieren. Das ist eine Haltung, die Respekt verdient, und diesem hat der Stadtrat auch Ausdruck gegeben.

Nun wendet sich der Sprecher des Fonds der deutschen Wirtschaft zur Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen in einem WoZ-Interview entschieden gegen die Auserkennung von Herrn Flick, dass in seinem Fall die Beteiligung an der Wiedergutmachung für die ZwangsarbeiterInnen eine Privatsache sei. Gilt in Bezug auf die Wiedergutmachung der NS-Verbrechen das, was in Deutschland gesellschaftlicher Konsens ist, in der Schweiz nicht?

Über die Frage, wie Herr Flick seiner Verantwortung nachkommen und sein privates Geld einsetzen will, hat nur er und nicht die Schweiz zu entscheiden. Wir Schweizerinnen und Schweizer sollten uns unserer eigenen Sache zuwenden und, um nur ein Beispiel zu nennen, endlich den Solidaritätsfonds verabschieden. Mir behagt unsere schweizerische Attitüde, Lehrmeister der Nationen zu spielen, nicht, jedenfalls solange sich unsere Mo-

ral in der Entrüstung über andere erschöpft und den Tatbeweis durch eigenes Handeln schuldig bleibt.

Sind Sie der Meinung, dass es zu moralisch ist, das Anliegen zu vertreten, dass die Opfer, in diesem Fall die ZwangsarbeiterInnen, von den Kriegsgewinnlern entschädigt werden?

Nein, keineswegs, die Berechtigung dieses Fonds ist absolut unbestritten. Ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich persönlich anders entschieden hätte. Aber die Frage stellt sich nicht mir, sondern Herrn Flick, und wenn er sein Geld anders, aber nicht weniger respektabel einsetzt, ist dies gleichfalls zu würdigen.

Vielleicht wissen Sie mehr über die genaue Bestimmung der Privatstiftung von Herrn Flick. An seinem Mediengespräch war darüber nichts Näheres zu erfahren. Finden Sie es nicht zumindest irritierend, dass Herr Flick aus dem grossen öffentlichen Konsens über die Zwangsarbeiterentschädigung ausbricht und meint, etwas Eigenes, Privates machen zu müssen? Hätten Sie als Sozialdemokrat nicht lieber eine öffentliche Lösung und nicht ein solch neoliberales, vages Stiftungsgebilde?

Was heisst hier schon neoliberal? Ist privat und gemeinnützig neoliberal? Ich habe keinen Anlass, Herrn Flicks Zusicherung zu misstrauen, und fände es in höchstem Masse unfair, wenn man ihm schlechte Absichten unterschieben wollte.

Friedrich-Christian Flick ist nicht der Einzige, der in Zürich ein Privatmuseum eröffnen will. Haben Sie als Stadtpäsident Vorstellungen darüber, wie die Stadt mit den privaten Sammlungen und privaten Museen umzugehen gedenkt?

Ich habe das Interview der WoZ mit Beat Wismer, Bice Curiger und Guido Magnaguagno mit einigem Schmunzeln gelesen. Es scheint fast, als ob Kunst zum öffentlichen Monopol erklärt werden wolle; sie soll von Privaten offenbar nur unter bestimmten Bedingungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden dürfen. Das finde ich absurd. Ich hätte zwar gern mehr Geld für öffentliche Museen und einen grösseren Etat für zeitgenössische Kunst. Aber aus der schwierigen Situation öffentlicher Museen abzuleiten, dass privaten Museen ein «Service public» auferlegt werden müsse, scheint mir ein - gelinde gesagt - waghalsiger Schluss zu sein.

Nun wird ja vielen Stiftungen Steuerfreiheit gewährt. Hätte im Gegenzug die Öffentlichkeit nicht auch Anrecht auf bestimmte Forderungen an Stiftungen?

Das ist eine andere Frage. Stiftungen sind nur steuerfrei, wenn sie gemeinnützig sind. Und der «gemeine Nutzen» muss selbstverständlich ausgewiesen sein. Der «Dienst an der Öffentlichkeit» kann bei einer Sammlung in ihrer freien Zugänglichkeit bestehen. In diesem Sinne kann die Steuerbefreiung an Bedingungen geknüpft werden. Aber wenn sich jemand nicht um Steuerbefreiung bemüht, steht es in seinem freien Ermessen, ob und wie er seine Sammlung dem Publikum zugänglich machen will.

Nun plant Friedrich-Christian Flick, für sein Museum eine Stiftung einzurichten. Werden Sie darauf hinwirken, dass eine Vertretung der Stadt im Stiftungsrat Einsitz nehmen wird?

Über eine Stiftung haben wir bisher nicht gesprochen. Darum hat sich diese Frage auch gar nicht gestellt.

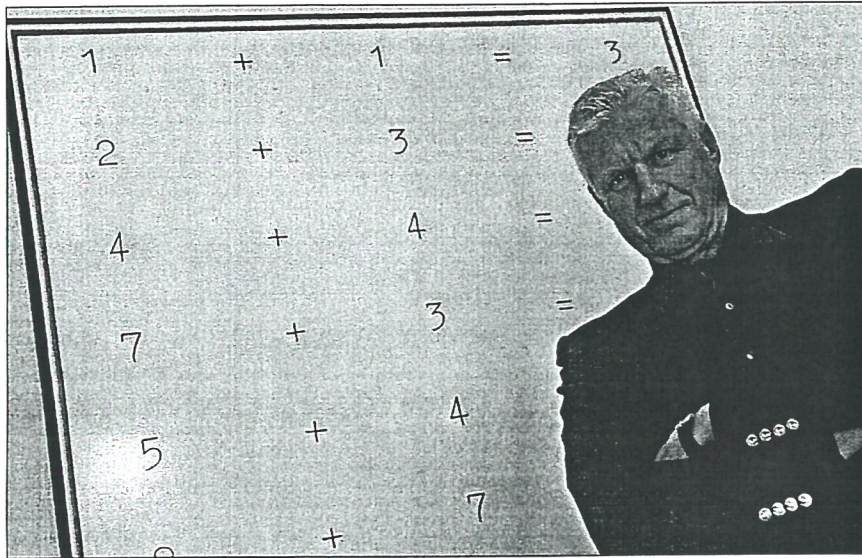


KEIN SERVICE PUBLIC FÜR MUSEEN: SP-Stapi Estermann

FOTO: KEYSTONE / STEFFEN SCHMIDT

EINE CHARTA FÜR DEN KUNSTBESITZ

Kunstpölitik: Unverfrorenheit von rechts



UND WIE LAUTET DAS RESULTAT VON 2 PLUS 3? Friedrich-Christian Flick in der Rechenstunde bei Sigmur Polke

FOTO: SABINE WUNDERLIN

Das private Flick-Museum als Symptom: für einen neuen Diskurs von Kunst und Gesellschaft im Zeitalter der Privatisierung.

GEORG SEESSLEN

Einiges passiert mit der Kunst in der letzten Zeit, merkwürdige kleine und nicht mehr so kleine Skandale, die auf den ersten Blick nicht sehr viel miteinander zu tun haben und die vielleicht doch gemeinsam das Unbehagen an einer Entwicklung dokumentieren, für die es noch recht kein Modell zu geben scheint. Das private Flick-Museum in Zürich und die Diskussion um ein missglücktes «Reinwaschen» eines belasteten Namens durch die öffentliche Inszenierung privat akkumulierter Kunst, die Absage einer Willi-Sitte-Ausstellung in Deutschland, die massiven Zensur-Ausfälle der rechtspopulistischen Regierung in Österreich – vielleicht sind das ja alles nur Symptome ein und derselben Krankheit. Sie mag beschrieben werden als Umschreiben der Kunstgeschichte von rechts und als Funktionswandel der ästhetischen Produktion unter den Bedingungen des verschärften Neoliberalismus.

Es ist möglich, dass «die Kultur» einen tief greifenden gesellschaftlichen Wandel nicht nur verschlafen hat, sondern aus dem einfachen Grund nicht gern zur Kenntnis nimmt, weil dabei auch die eigene ökonomische Existenz auf der Agenda steht. Dieser soziale Wandel besteht zum einen in der Transformation der parlamentarischen Demokratie in eine populistische Mediokratie, der Verwandlung von diskursiver in eine virtuelle Öffentlichkeit. Das bedeutendste Symptom dieser Transformation des bürgerlichen Staates in

Das «Privatmuseum» im urbanen Zentrum ist die schlüssigste Metapher der politischen Ökonomie der Kunst im Neoliberalismus.

den postdemokratischen Marktwächter ist die «Privatisierung» aller Lebensbereiche, die öffentliche Ausgaben verursachen. Der postdemokratische Medienstaat verabschiedet sich weitgehend von seinen Aufgaben von Fürsorge, Wohlfahrt und Versorgung (keineswegs aber von seinen Aufgaben von Regulation und Oppression) und mit der grössten Geschwindigkeit von seiner Funktion der kulturellen Versorgung. Man kann diesen Prozess der Verwandlung der bürgerlichen Gesellschaften als Apokalypse oder als Chance sehen (gegen die Verschlafenheit und die mafiose Deckelung des

Betriebs). Leugnen werden ihn nicht einmal Nutzniesser dieses Zerfalls.

Dass die Kultur, vor allem die Kunst, dabei eine Schlüsselrolle spielt, ist den Betroffenen erst spät, viel zu spät eingefallen. Denn der Privatisierungsdruck, die Verlagerung in der Horizontalen, nämlich von einer künstlerischen zu einer kommerziellen Förderung, und in der Vertikalen, nämlich der Ersatz der gesellschaftlichen durch die private Sponsoring-Förderung, hat längst zu Überlebensstrategien einzelner Institutionen wie Museen

und Theater geführt, die diesen Prozess durch ihren ökonomischen Gehorsam bestätigen. Genutzt hat dieser voraussetzende Gehorsam allerdings nicht viel. Denn mittlerweile ist die Privatisierung der Kultur längst in ihr nächstes Stadium eingetreten: Das private Geld und der private Kunstbesitz unterstützen nicht mehr die alten Institutionen, sie schaffen sich vielmehr ihre eigene Kultur. Die «groszügige Schenkung», die wir aus den besseren Tagen der bürgerlichen Gesellschaft kennen, ist ersetzt worden durch die triumphalistische Ausstellung des privaten Besitzes. Das «Privatmuseum» an urbaner Schlüsselposition ist gleichzeitig die schlüssigste Metapher der politischen Ökonomie der Kunst im Neoliberalismus. Es setzt zugleich auch die verbliebene Konkurrenz der gesellschaftlichen Kultur unter Druck, denen als Ausweg nur eine dreifache Strategie bleibt: die Suche nach Sponsoren aus der Wirtschaft, die Führung nach ökonomischen Prinzipien (also, sagen wir es ehrlich: Streichungen, Entlassungen, Verzicht auf Risiken) und schliesslich die populistische Ausrichtung der Kultur, das erfolgreiche Event mit Besucherrekorden, die Ästhetik und Ökonomie des «Blockbusters» in der Kunst. Diese Parallelaktion, das Privatmuseum und das populistische Kulturevent, ist die getreuliche Abbildung der Entwicklung gesellschaftlicher Verständigung. Kunst und Kultur können auf diese Weise zwar überleben (der eine oder die andere kann dabei sogar auf scheinbar unschuldige Weise reich werden), sie wandeln dabei allerdings definitiv ihre Funktion.

PRIVATISIERTES VERSTÄNDIGUNGSSYSTEM

Ein Symptom, wenn auch ein besonders hässliches, dieser Verwandlung besteht darin, dass vermögende Einzelne in der Lage sind, nicht nur einen erklecklichen Teil der Kunstproduktion an sich zu ziehen, sondern neben dem einzelnen Kunstwerk gleich die Kunst als gesellschaftlich-ästhetisches Verständigungssystem zu privatisieren. Hässlich ist dieses Symptom auch insofern, als sozusagen die Allgemeinheit für die Lagerung der privaten Kunstschatze mit herangezogen wird, ohne dass es in irgendeiner Weise eine Form der demokratischen Mitbestimmung geben könnte. Der private Kunstbesitz öffnet und schliesst sich der allgemeinen Öffentlichkeit nach Gutdünken, und wenn es ihm ökonomisch beliebt, so wird er die öffentlich gelagerten Kunstwerke möglichst gewinnbringend wieder in andere private Zusammenhänge überführen. Die Besitzer solcher Kunstwerke haben sich unterdessen noch als Förderer der Kultur und gar «Mäzene» feiern lassen. Solche Modelle machen länger Schule, und sollte sich ein kommunaler Politiker oder eine kommunale Politikerin einmal nicht darauf einlassen, so muss er oder sie sich als «privat» beschimpfen lassen.

Die Politik der «Mäzene», nicht etwa die bestehenden, gesellschaftlichen Institutionen zu beliehen oder gar zu beschenken, sondern immer wieder, wie Flick, einen eigenen Re-

präsentationsbau dafür zu verlangen, ist eine bewusst antidemokratische Geste, mit der Kunstpolitik neu definiert wird. Man errichtet sich damit ja nicht nur ein eigenes Denkmal (na schön, wenns ihnen dann besser geht), sondern etabliert beständig «private Konkurrenzen» zu den öffentlich-rechtlichen Institutionen, und mittlerweile leisten sich die «privaten Sammlungen» ja bereits ihre eigene «Kunstwissenschaft». Das dystopische Ende dieser Entwicklung ist die Renaissance einer vollständigen Herrschaftskunst, die sich ausserhalb des sozialen Diskurses definiert.

Daher darf man durchaus sensibel reagieren, wenn in Dr. Friedrich-Christian Flicks «Mediengespräch» gleich am Anfang so betont darauf hingewiesen wird, dass es sich um «meine private Kunstsammlung» handelt – damit wir uns nur ja nicht einbilden, die nach eigenem Gutdünken zu beschiessende Öffnung habe irgendeinen verpflichtenden Charakter. Seine Erklärung (unabhängig von den, sagen wir, «Unschärfen» in der Erinnerung an die familiäre und historische Entstehung eines Vermögens) ist auf so groteske Art mit besitzanzeigenden Fürwörterchen gespickt, dass man hinter den oberflächlichen Beteuerungen der «Unschuld» «meiner Sammlung» einen ganz anderen Subtext herauszulesen instande ist: Das gehört mir, damit mache ich, was ich will! Unnützlich zu sagen, dass das erste Wort seines bizarren Besinnungsaufsatzes «Über meine Sammlung» mit dem Wort «ich» anfängt.

Vielleicht ist dieser «Fall» der privaten Kunstsammlung von Dr. Friedrich-Christian Flick einer jener Konfliktpunkte, an denen wir noch einmal die Chancen des «Aufwachens» bekommen. Denn vollkommen unabhängig davon, wie man die persönliche Haltung und Handlung von Herrn Flick und die historische Belastung seiner Sammlung einschätzt, ist erschreckend schon das Ausmass der Macht über ästhetische Produktion und Kunstgeschichte, die Einzelne sich in den letzten Jahrzehnten erworben haben. Wenn Herr Flick seine Sammlung nun nicht im «Haus der Kunst» in München ausstellen lassen will, dann können wir darin ebenso einen Akt spät erwachter politischer Sensibilität wie die Reaktion eines gekränkten Narziss sehen. (Ganz nebenbei hat Christoph Vitali vielleicht auch nur allzu plump die Wahrheit vom «Reinwaschen» eines Namens durch die Kunst bestätigt.) Mehr noch als die moralischen Probleme und die schlichten Dummheiten dieser Prozesse muss uns vor der Macht grausen, mit der da, offensichtlich mit bewusstem Inszenierungsgehalt, immer wieder in den Fluss der Bilder und die öffentliche Reflexion eingegriffen wird. Wenn die Kunst eine «Metapher der Freiheit» in der bürgerlichen Gesellschaft ist, so ist die Macht der privaten Kunstsammler bereits eine Metapher auf ihr Ende. Die «Privatisierung» von Kunst und Kultur entlastet den mythischen Steuerzahler ja bei weitem nicht so, wie man uns weismachen möchte; das Geld nimmt nur andere Wege, und sein Fluss wird zur nächsten Umverteilungsmetapher.

KUNSTGESCHICHTE RÜCKWÄRTS GESCHRIEBEN

Es sind Einzelne, die darüber entscheiden, was wir sehen und was wir nicht sehen; nicht nur die Kunst, die Kunstgeschichte wird Privatbesitz, und wenn Herr Flick in seinen Auslassungen «Über meine Sammlung» die Künstler beschreibt, die «etwas Göttliches haben», dem «Schöpfungsprozess am nächsten» seien, mag er vermeintlich einigen von uns schmeicheln, in Wahrheit geht es auch hier darum, die Kunstgeschichte rückwärts zu schreiben. Der göttliche Künstler ist der Gesellschaft entzückt, und wir sind ungefähr wieder da angelangt, wo sich die Maler und die Malerinnen des 17. Jahrhunderts schon gegen ihre bürgerlichen Auftraggeber zur Wehr setzen mussten. Damals, ich gebe zu, begann ein System der Leidensgeschichten: Das «ver-

kannte Genie» ist nichts anderes als der Trick, wie man Kunst auf die gemeinste Art zu Entzückung und Profitmaximierung bringen kann.

Die Frage «Wem gehört die Kunst?», sie hat eine lange Geschichte, stellt sich in der Zeit des verschärften und mittlerweile offensichtlich Staatsdoktrin gewordenen Neoliberalismus aufs Neue und mit höchster Dringlichkeit. Was also ist zu tun, wenn es um mehr geht als um die Fähigkeit des einzelnen Subjekts oder der einzelnen Institution zu «überleben»?

Mäzenaten hat die Kunst auch in einer der besseren Zeiten der gesellschaftlichen Akzeptanz immer gebraucht, und diese Verknüpfung von Kunst und Wirtschaft war in der Regel so etwas wie eine symbolische Versöhnung höchst widersprüchlicher Impulse in der Gesellschaft. Sicher haben wir uns da ein wenig Illusionen gemacht, als wir, wenn nicht im Einzelfall, so doch in der generellen Linie die moderne Kunst einem Projekt der Zivilisierung, Demokratisierung, Humanisierung zugeordnet haben. In der Kunst war und sollte aufgehoben sein, was jenseits der ökonomischen Gier, der Ausbeutung, der Ungleichheit kommen sollte. Die Illusion, die in unseren kunstgeschichtlichen Mythen spukt, besteht darin, dass die Kunst zwar immer «käuflich» war, manchmal auf ziemlich unschöne Weise, dass sich die Käufer damit aber immer ein Stück Wahrheit eingekauft haben, das auf Dauer auch sie selbst verändern würde. Eine Mythe, wie gesagt. Ihre Untauglichkeit indes wird nun recht offenbar, da es eine Kunstpolitik von rechts gibt, eine neue Unverfrorenheit, ästhetische Produktion als Waffe in einem Kulturkampf einzusetzen, in dem der Ökonomie gleichsam uneingeschränktes gesellschaftliches Herrschaftsrecht eingeräumt ist.

NEUE WEGE IN DIE GESELLSCHAFT

Sehen wir also die «Privatisierung» der Kunst nicht als die ökonomische Notwendigkeit, als die sie uns verkauft wird, sondern als politischen Prozess, an dessen Ende eine neue Definition der sozialen Funktion von Kunst und Kultur stehen muss. Dann kann es nur einen politischen Widerstand gegen das geben, was am Ende nur eine besondere Form der Abschaffung der Kunst als gesellschaftliches Eigentum sein kann.

Gewiss gibt es solche fundamentalen Krisen zwischen Gesellschaft und Kunst immer wieder – schliesslich helfen beide einander immer wieder auch zur jeweiligen Neuerfindung. Das Problem in der augenblicklichen Situation indes scheint zu sein, dass die unübersehbaren Symptome dieser Krise wenig zur Dynamisierung und viel zu einer wenn auch marktschreierisch überhöhten Lähmung beitragen.

Man muss die Kunst neu erfinden, vor allem ihre Wege in die Gesellschaft, sonst kann man sie aufgeben oder ihr dabei zusehen, wie sie selber nichts anderes mehr träumen kann als Geld. Und man komme mir nun nicht mehr mit «Subversion» in einer Zeit, da dort der Kunstsammler Buchheim seine eigenen Nazi-Bilder mit jenem Stolz ausstellt, der offensichtlich das Gebot der Stunde ist, und hier eine Kunstsammlung dazu dienen soll, einen reichlich belasteten Namen «auf eine neue und dauerhaft positive Ebene» zu heben, wie Flick seinem Onkel schrieb. Es mag also, so will es scheinen, nicht nur den Versuch geben, die Kunstgeschichte(n) neu zu schreiben, sondern umgekehrt mit Kunst auch die Geschichte umzuschreiben. Familiengeschichten und Biografien sowieso. Nicht mehr das einzelne Kunstwerk, sondern die Kunst als Ganzes soll zum Schmeichelpotential der Herrschaft werden.

So richtig und notwendig es ist, im Einzelfall dieser neuen Form der Kunstskandale den krüchsen Diskurs und die Widerstandslinie zu formen, so notwendig scheint mir, sie in einem solchen grösseren Zusammenhang zu sehen. Also: Wenn wir nicht nur von Geld träumen wollen, ist es an der hohen Zeit, etwas zu tun.

Es könnte beginnen mit so etwas wie der Einberufung von «Generalständen» der Kunst. Künstlerinnen und Künstler, Galeristinnen und Galeristen, Museumsleute, Kritikerinnen und Wissenschaftler, Kunstsammler und -sammlerinnen, Architekten und Urbanistinnen, Politikerinnen und Politiker und nicht zuletzt Menschen, die sich einfach «nur» für Kunst interessieren, sollten zusammenkommen, um die Situation der neoliberalistischen

Kunstpoltik ... Fortsetzung von Seite 17

Privatisierung der Kunst zu analysieren und Strategien des Widerstands dagegen zu finden. Hier muss der Prozess der Enteignung durch Privatisierung, des Funktionswandels von Kunst «im öffentlichen Raum» reflektiert werden. Künstlerinnen und Künstler müssen ein stärkeres Mitspracherecht bei dem haben, was aus ihrer Arbeit wird, und es kann Vertretungen geben, die für die sprechen, die es selber nicht mehr können. Umgekehrt ist energisch der Aussage Roman Signers zu widersprechen: «Man ist als Künstler doch nicht verantwortlich für jene, die einem Kunstwerke abkaufen.» Das ist ein Al-Capone- und Waffenhändler-Satz: Genau um diese Mitverantwortung für das, was aus Kunst in der Öffentlichkeit wird, muss es einer neuen Charta der Kunst gehen. Ist es zu viel verlangt von einer Künstlerin oder einem Künstler, sich solcher Verantwortung zu stellen? Es sollte ein Vertrag entwickelt werden zwischen den Partnern auf dem «Kunstmarkt»,

der den «Besitz» des Kunstwerkes an Rechte, Pflichten und Grenzen bildet – nennen wir es eine gegenseitige Verpflichtung zur Political Correctness auf dem Kunstmarkt.

Der nächste Schritt wäre die Erarbeitung einer Charta für den Besitz von Kunst, eine Bestimmung der Bedingungen, unter denen überhaupt Kunst als Privatbesitz gehortet werden kann. Sicher ist es schwierig, dabei in die Vergangenheit zu reichen (unmöglich ist es nicht!), im Augenblick aber ginge es vor allem um ein Projekt des Selbstbewusstseins der Künstlerinnen und Künstler, die verhindern, dass ihre Werke magische Objekte im Umwandlungsprozess der Gesellschaft im virtualisierten Kapitalismus der Jahrhundertwende werden.

Von der Privatisierung der Kunst darf verlangt werden, dass ihre Profite wenigstens zu einem Teil demokratisch verteilt werden. Im Klartext: Es muss Abgaben der privaten Sammlungen an selbst verwaltete Institutio-

nen der Künstler geben, die dem monopolisierten Bild der Kunst durch die Sammler ein anderes Bild der Kunst gegenüberstellen können. Der private Erwerb von Kunstwerken soll ab einem gewissen Volumen mit einer gleichzeitigen sozialen Verpflichtung verbunden werden. Die Einrichtung eines «privaten Museums» darf nur nach einer Befragung der Öffentlichkeit genehmigt werden: das private Museum ist verpflichtet, Räume und Organisation für die öffentliche Diskussion zur Verfügung zu stellen. Das dort vorhandene Kunstwerk muss für Abbildung und Ausleihe zur Verfügung stehen. Monopolisierungen im Kunsthandel müssen begrenzt werden; vielleicht wäre die Einrichtung einer Ombudsstelle sinnvoll, dem Kunstmarkt etwas Transparenz und Entfaltung abzuverlangen, und einiges mehr.

Das sind nur ein paar Beispiele für die Aushandlung einer Charta für den «Besitz» als Medium zwischen Kunst und Gesellschaft, die allen Beteiligten einiges, niemandem aber zu viel abverlangen würde. Wohl gemerkt: Eine solche Magna Charta für die neue sozia-

le Bestimmung der Kunst in privater Hand verlangt nicht nach staatlichen Gesetzen, sie sollte niemanden daran hindern, in der gewohnten Weise weiterzumachen. Aber sie sollte einen Raum öffnen für die Entwicklung einer Alternative. Sie könnte stattdessen eine Metapher der Demokratisierung, der Beginn einer Neubestimmung des Dialogs zwischen Kunst und Gesellschaft sein. Wenn wir sie nicht vornehmen können oder wollen, werden wir auch hier die Zweidrittelgesellschaft haben. Der Musikantenstadel (das Volkstümliche, das sich nebst «Nationalstolz» ins Völkische wendet) für die Verlierer, die Privatsammlungen für die Gewinner des Neoliberalismus. Und dazwischen eine museale Eventkultur, die ihren Erfolg nur noch in Besucherzahlen misst. Der Kunst selber, solange sie sich nicht mit ihrem Eigen-Sinn begnügen will, bliebe dann nichts, als ihre «subversiven» Hoffnungen in puren Zynismus zu verwandeln. Diese Kunst aber, die könnten wir getrost den privaten Sammlern überlassen.

Laudatio

für die **Serie zum geplanten Flick-Museum**
von **Patrik Landolt, Stephan Ramming,**
Anna Schindler und Georg Seesslen
erschienen in Die WochenZeitung vom 8. März bis 5. April 2001

«Die WochenZeitung» bezeichnet sich als unabhängiges Linksblatt. Um den Preis der Selbstausbeutung? Constantin Seibt dreht's ins Positive: Da wirke eben eine Redaktion, die sich die Freiheit erkaufe. Verlag und Redaktion besetzen 38 Vollstellen; der Einheitslohn beträgt 4000 Franken.

Soviel muss man wissen, um die Leistung des WoZ-Kulturteams unter Stabführung von Patrik Landolt einzuschätzen, das sich einen der Hauptpreise 2001 verdient hat.

«Flicks Erbe in Zürich» – mit einem ersten grossen Artikel von Patrik Landolt und Anna Schindler, assistiert von Stephan Ramming, hat die WoZ während eines Monats die Themenführerschaft rund um dieses höchst umstrittene Privatmuseumsprojekt an sich gerissen.

- Erste Meldungen im Januar 2001 waren unbeachtet geblieben. Aber die «WoZ» erspähte in der «Süddeutschen Zeitung» einen Rechercheartikel, wonach die Enkel des Ruhrkönigs und Rüstungslieferanten Friedrich Flick alle Appelle abwiesen, an Zwangsarbeiterentschädigungen mitzuzahlen.

- Am 8. März 2001 ein Paukenschlag - der erste WoZ-Artikel erscheint, gespickt mit Originalzitaten zürcherischer Persönlichkeiten von Estermann über Marthaler bis Ringier. Auf der nächsten Seite dann die Originalrecherche aus der «Süddeutschen».

- In den nächsten Tagen ziehen der «Tages-Anzeiger» und – sehr sarkastisch – die NZZ nach: Beide wohl oder übel mit Quellenangabe WoZ.

- Das WoZ-Team bleibt dran, Woche für Woche. Präzise Analysen des Flick'schen Einflusses auf die Zürcher Kunsthandelsszene, ausführliche, informierte Interviews mit drei Schweizer Kuratoren. Und zuletzt eine radikalutopische Schlussbetrachtung des Gastautors Georg Seesslen, der nichts weniger als die ganze «neoliberalistische Privatisierung der Kunst» aushebeln will. 1968 pur.

Was uns beeindruckt: Die kämpferische, aber auch höchst informative und rundum faire Darstellung eines Kulturkonflikts; der lange Atem einer kleinen Redaktion.

Peter Studer

Der Zürcher Journalistenpreis 2002

wird

Frau Ursula von Arx

für ihren Artikel

Das zweite Leben

erschienen im NZZ Folio Dezember 2001

verliehen.

Zürich, 13. Juni 2002

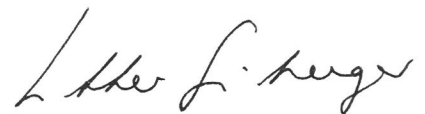
Die Jury:



Andreas Isenschmid



Barbara Burer



Esther Girsberger



Felix E. Müller



Peter Studer

DAS ZWEITE LEBEN

Elva Gerber hatte einen schweren Unfall. Danach waren ihre Bewegungen, ihre Sprache, ihr Leben verstreut, zerbrochen, ergaben kein Ganzes mehr. Sie hatte ihr Gedächtnis verloren.

Von Ursula von Arx

Seit dem 24. April 1997 ist Elva Gerber nicht mehr die vollendete Regisseurin ihres Lebens, seit diesem Tag kämpft sie mit aller Kraft und Wut dagegen, ein hilfloses Opfer zu sein.

Sie war mit dem Auto auf dem Weg zur Arbeit. Es war frühmorgens um halb sieben, als sie die Kurve zwischen Münchringen und Jegenstorf nahm, sie sah das andere Auto mit hoher Geschwindigkeit auf sich zukommen, rief noch: Gott hilf! Als sie neun Stunden später in der Intensivstation des Kantonsspitals Bern aus dem Koma erwachte, war sie eine andere.

Dem Mann, der ihr Leben veränderte, wird sie bald vor Gericht begegnen, es wird um die Höhe der Entschädigung gehen, die ihr zusteht. Sie möchte sich dann wie eine Dame benehmen, das hat sie sich fest vorgenommen. Eine starke Hand, die sie zurückhält, wird trotzdem nötig sein. Sonst, sagt sie, könne sie für nichts garantieren.

Was um sie herum geredet wurde, verstand sie nur lückenhaft. Einzig die spanischsprechende Pflegerin öffnete ihr ein Nadelöhr zur Welt, Elva Gerber hatte bis zu ihrem zehnten Lebensjahr in Peru gelebt. Ab und zu brachte sie einen Satz hervor, aber das schweizerdeutsche «sch», das es im Spanischen nicht gibt, kam ihr nicht mehr über die Lippen. Obwohl sie selber in einem Spital als Krankenschwester gearbeitet hatte, konnte sie sich auf nichts, was hier geschah, einen Reim machen. Manchmal stellte sie siebenmal dieselbe Frage. Worauf dem Arzt der Geduldfaden riss: Aber Frau Gerber, das sollten Sie doch jetzt wissen. Irgendwann bringe ich dich um, dachte sie dann.

Das Gesicht, das sie im Spiegel sah, erkannte sie nicht. Es kümmerte sie deshalb auch nicht weiter, dass seine rechte Hälfte zerschmettert war. Man sagte ihr, sie dürfe sich nicht auf diese Seite legen. Sie begriff nicht, warum. Sie erhielt Besuch und Blumen von lauter Fremden. Ihre Augen waren manchmal feucht, ihre Stimmen gedämpft bis leise. Tschau Elva, sagten sie, wie geht es? Oder: Mami, was hast du nur gemacht? Elva Gerber begegnete all dem mit grosser Verständnislosigkeit. Für das, was ihr Leben ausmachte, hatte sie keinen Durchblick mehr. Sie sah sich, die Füsse auf gleicher Höhe wie der Kopf, und fühlte sich wie im Grab. Nur die unerträglichen Schmerzen passten nicht dazu. Sie waren ihr Lebenszeichen.

Als es ihr besser ging und sie sich erheben konnte, führte man sie jeweils – ihr rechtes Bein war im Gips –

an ein weisses Becken. Was man mit dem Tuch aus Frottée macht, das da hing, was mit dem Stengelchen mit der Bürste vorne, das schaute sie ihrer Bettnachbarrin ab. Wenn jemand Tschau zu ihr sagte, sagte sie auch Tschau. Wenn jemand lächelte, lächelte sie zurück. Die Schmerzen nahmen ab. Nach rund vier Wochen konnte sie nach Hause.

In ihrer Wohnung in Burgdorf, wo sie seit drei Jahren lebte, kam sie aus dem Staunen nicht heraus. Türen! Immer wieder schlug sie sie zu, hingerissen vom Knall, den das hervorrief. Oder dieses Loch, in dem es kühl war und hell wurde, wenn sie es aufmachte. Stundenlang spielte sie das Auf-und-zu-Spiel. Im Loch hatte es viele Dinge. Butter zum Beispiel. Sie biss hinein wie in ein Sandwich und verschlang den 200-Gramm-Block in drei Minuten. Das Nächste, was sich in ihrem Mund fand, war sauer, dann wurde es süss, dann scharf, ein paarmal musste sie etwas auch wieder herausspucken. Im Badekästchen hatte es so viele Töpfchen und Tuben. An ihre Zähne kamen Jana-Tagescreme und Vaseline, bis sie auf der Zunge den Geschmack wiederfand, den sie vom Spital her kannte.

Den Staubsauger erkannte sie nicht wieder. Auch nicht den Fernseher. Sie drückte an dem Ding herum. Plötzlich stand ein Mann im Zimmer. Er war merkwürdig klein und redete viel und zu schnell für sie. Sie verstand nur, dass morgen die Sonne scheinen werde. Wie willst du das wissen, fragte sie. Aber der Mann ging nicht darauf ein. Sie fragte noch einmal und noch einmal, am Schluss schrie sie ihn an: Gopfridschutz, jetzt gib Antwort! Nichts. Sie ging zurück zum Loch und spielte das Auf-und-zu-Spiel.

Dann beschäftigte sie sich mit dem Ding, das ein schrilles Geräusch machte. «Hallo, Elva, hier ist deine Mutter. Warum nimmst du nie ab? Wie geht es dir?» Warum fragst du, wie es mir geht? fragte sich Elva und antwortete: «Ja.» Mehr wusste sie nicht zu sagen.

Kurze Zeit später stand die Mutter vor der Tür. Die Wohnung war in einem desolaten Zustand. Und Elva war böse gestürzt. Die Hausärztin untersuchte sie und war entsetzt. Sie rief im Spital an und stauchte die Verantwortlichen zusammen. Denen hast du es aber gegeben, dachte Elva.

Elva Gerber hatte nicht einfach nur ein Bein gebrochen und eine zerquetschte, wieder verheilende rechte Gesichtshälfte. Sie hatte ein Schädel-Hirn-Trauma, das stellte sich jetzt heraus. Die linke Gehirnhälfte war ver-



Ihre Vergangenheit musste sie sich erzählen lassen.

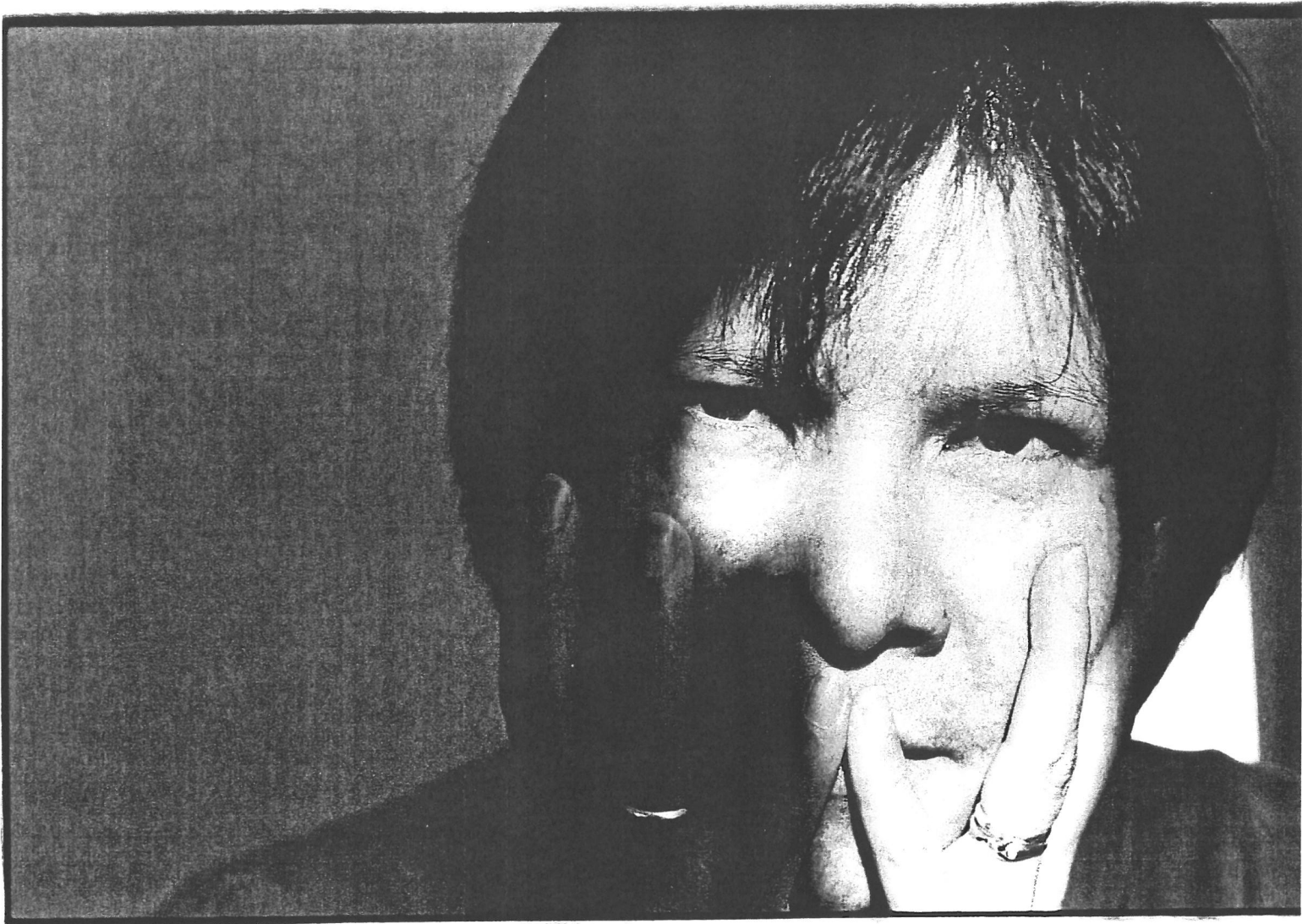
letzt worden sowie der Vorderlappen. Sie hatte das Gedächtnis verloren.

Elva Gerber kam in die Rehabilitationsklinik Bethesda in Tschugg. Langsam realisierte sie, was alles weg war. Ihre Bewegungen, ihre Sprache, ihr Leben, alles war verstreut, zerbrochen, ungekittet und ergab kein Ganzes mehr. Sie musste sich wie neu zusammensetzen. Sie klammerte sich an jede Erinnerung, die wiederkehrte, an jeden Gegenstand, den sie zu erkennen glaubte, an jedes Wort, das sie verstand. Vieles verlor sich wieder. Sie konnte nicht bestimmen, was im Kopf blieb. Sie war ungeduldig. Man ermahnte sie: Frau Gerber, Sie haben Zeit. Sie sagte: Nein, habe ich nicht. Sie wollte losrennen wie ein Fohlen und war doch nur ein dummer alter Esel, beladen mit Lasten, die über seine Kräfte gehen. So fühlte sie sich.

Für den rechten Körperteil ist die – bei Elva Gerber verletzte – linke Gehirnhälfte verantwortlich. Der rechte Körperteil war ihr fremd. Sie hatte keine Kontrolle über ihn und kein Gefühl. Das Ziel: Sie musste ihr Gehirn umpolen, so dass die rechte, unverletzte Seite

auch die Aufgaben der linken übernehmen konnte. Am Anfang musste sie mit der linken Hand die rechte führen, wenn es darum ging, aus Klötzchen einen Turm zu bauen. Oder den Bleistift zu bewegen. Mit der Zeit war der fremde Körperteil etwas weniger fremd. Zu gehen kostete sie hohe Konzentration. Ein Schritt nach dem anderen. Schön langsam. Rechter Fuss, linker Fuss. Beim rechten Bein half sie mit der linken Hand nach. Wenn sie sich schlafen legte, schob sie das linke Bein unter das rechte und transportierte es so auf Betthöhe. Als man ihr zum Essen Hemiplegi-Geschirr gab, Geschirr für halbseitig Gelähmte, rührte sie es nicht an. Nie und nimmer! Nicht für mich! Sie schaffte es, ohne auszukommen.

Lesen, schreiben, sprechen, sie musste alles wieder lernen. Sch-prechen. Das Sch war immer noch ein Problem. Oft wollte sie etwas sagen, hatte aber die Worte nicht zur Verfügung. Oder sie sagte zwei Worte, hatte aber das Gefühl, einen ganzen Satz gesagt zu haben. Oder sie wollte zum Beispiel, dass die Vorhänge zugezogen werden. Sie sagte: Es muss dunkel werden. Wie bitte? Sie wiederholte: Es muss dunkel werden. Sie



Manchmal erscheint es ihr als Unglück, dass man ihr nichts ansieht.

wurde nicht verstanden. Was sie rasend machte. Oder sie wollte ein Haus zeichnen. In ihrem Kopf sah sie das Haus genau vor sich, aber die Umsetzung gelang nicht. Am Ende hatte sie etwas wie eine Blume auf dem Papier. Eine Zahl wie 230 konnte sie sich nicht vorstellen, das war für sie eine Zahlenreihe, also $2+3+0$.

Es gab eine Probewohnung, da ging es darum, zu lernen, wie man den Haushalt macht. Manchmal landete die Milch im Kehrichtsack, die Unterwäsche im Putzkasten, die Schuhbürste im Kühlschrank, die Kleider auf einem Haufen, Türe zu und fertig. So, jetzt ist doch schön aufgeräumt. Staubsaugen hat Elva auch gelernt in Tschugg.

Seit fast drei Jahren ist Elva Gerber wieder zu Hause. Sie hat die Wohnung gewechselt, wohnt jetzt an einer kurzen, stillen Strasse. Denn ihre Lärmempfindlichkeit ist hoch. Auch ihre Ablenkbarkeit. Ein Telefon, das läutet, kann sie aus dem Konzept bringen. Lange kann sie sich nicht konzentrieren. Nach zwei Stunden werden ihre Bewegungen langsam und langsamer, sie kann Neues nicht mehr verarbeiten, sie macht Fehler.

Sie braucht viel Schlaf. Manchmal verschläft sie Tage. Wenn sie aufgeregt ist, kann sie nicht sprechen, aus ihr kommt dann nur Stottern. Es kommt vor, dass jemand sie begrüsst, mit dem sie jahrelang zusammengearbeitet hat, und sie blickt in ein für sie leeres Gesicht.

In Burgdorf findet sie sich zurecht. Ausserhalb ist sie schnell verloren. In einem Bahnhof wie dem von Bern ist sie auf die Bahnhofhilfe angewiesen. Auf dem Nachhauseweg ist sie auch schon in Luzern gelandet oder in Chur statt in Burgdorf. Immer wieder kam es vor, dass sie vergass, ein Billett zu lösen. Sie Schmarotzerin, bekam sie dann zu hören. Weil die Bussen sie ein Vermögen gekostet haben, hat sie heute ein GA. Manchmal erscheint es ihr als Unglück, dass man ihr die Behinderung nicht ansieht. Auch im Haus, wo sie wohnt: Guten Tag Frau Gerber, wo arbeiten Sie eigentlich? Sie möchte dann im Erdboden versinken. Sie kann heute zwar allein leben, aber nicht für sich allein sorgen. Sie bezieht IV. Und das ist für sie die grösste Arbeit: damit fertig zu werden, dass sie angewiesen ist auf andere.

Ihr Freundeskreis ist klein. Menschen strengen sie an. Manchmal weint sie, aber ohne Traurigkeit. Ihre

Gefühle sind schmal geworden. Auch Sexualität ist kein Thema mehr. Manchmal flimmert über RTL oder Pro 7 ein Softporno, aber was sie dort zu sehen bekommt, beeindruckt sie nicht. Sehnsüchte kann es nicht wecken. Wenn jemand die Arme über ihre Schultern legt, findet sie das angenehm, aber mehr wäre ihr zu viel.

Einen Teil ihrer Vergangenheit hat sie wieder. Ihre Kindheit in Peru ist ihr – soweit das einem Erwachsenen überhaupt möglich ist – noch präsent. Was später kam, musste sie sich erzählen lassen. Zu dem, was sie erzählt bekam, konnte sie manchmal selber etwas hinzufügen. Manchmal brauchte sie eine Stunde, manchmal eine Woche, bis sich das Zugehörige fand. Es arbeitete permanent in ihr. Aber was immer sie zusammentrug, es war eine fremde Geschichte, die sie kennenlernte und zur eigenen machte.

Sie erfuhr, dass sie zwei Söhne hat, Tobias, 23, und Florian, 21, und dass sie geschieden ist. Ihr kam wieder in den Sinn, dass sie manchmal, wenn sie die Alimente und alles andere bezahlt hatte, noch fünfzig Franken für sich hatte und sich von Halbpriis-Joghurts ernährte. Ihre Söhne sieht sie ab und zu, ihr Ex-Mann kümmert sich um sie. Man erzählte ihr, dass sie in der Schweiz bei Pflegeeltern aufgewachsen sei. Man erzählte ihr, dass sie mit ihrem Mann eine Reise nach Peru gemacht habe. Da erinnerte sie sich, wie unglücklich sie da gewesen war, weil sie merken musste, dass sie auch in Peru eine Fremde war. Man erzählte ihr, wie sie als Krankenschwester war: stark, fordernd, zielsicher, lustig. Von dieser Elva ist nur der Humor übriggeblieben, sagt Elva.

Ihr genaues Geburtsdatum kennt sie nicht. Aber das kennt niemand, denn ihre Dokumente gingen in Peru verloren. So feiert sie ihren Geburtstag am sommerlichen 20. August. Wenn man sie nach ihrem Alter fragt, sagt sie, sie sei 45, manchmal sagt sie 44 oder auch 43, je nachdem, wie sie sich fühlt.

Aber oft fühlt sie sich viel, viel jünger. Wie ein kleines Mädchen. Seit ihrem Unfall freut sie sich, wenn es regnet, weil sie dann in Pfützen springen kann und es schön spritzt. Wenn sie spazieren geht, nimmt sie alles mit nach Hause: Kastanien, Blätter, Steine. Eine Schnecke hat sie noch nie in ihrer Tasche gefunden, aber passieren könnte ihr das schon, denn sie findet Schnecken hübsche Tiere. Sie sammelt alles. Sie zwängelt und stampft mit den Beinen, wenn ihr etwas nicht passt.

Manchmal nachts, wenn sie nicht schlafen kann, geht sie ans Fenster und schaut zum Himmel. Sie fragt sich dann, warum sie den Unfall überlebt hat und Prinzessin Diana nicht, die doch so viel Grösseres geleistet hat als sie. Niemand kann wissen, was das Leben will, sagt sie. Man legt sich die Dinge zurecht, aber die Zurechtlegungen halten meist nicht einmal bis zum nächsten Schritt. Was bleibt, ist Hoffnung. Elva Gerber hofft, dass sie irgendwann wieder arbeiten und auf eigenen Füüssen stehen kann.

Fotos: Suzanne Schwiertz, Hamburg/Zürich.

Laudatio

für die Arbeit
von
erschienen

Das zweite Leben
Ursula von Arx
im NZZ Folio, Dezember 2001

Meine Laudatio besteht vor allem aus zwei Vorbemerkungen: Ich mag eigentlich literarisierten Journalismus nicht. Es mag ja die deformation professionelle eines Literaturkritikers sein, aber wenn Journalisten von den harten journalistischen Formen und Gepflogenheiten in die weicheren und freiheitsreicheren literarischen Formen wechseln, habe ich oft den Eindruck von Flucht, Flucht aus der Genauigkeit der Faktendarstellung und Flucht aus der ethischen Zurechenbarkeit von Standpunkt und Urteil. Erschwerend kommt hinzu, dass nicht alle Journalisten wirklich gute Schriftsteller sind.

Meine zweite Vorbemerkung betrifft journalistische Berichte über Kranke. Man kriegt hier einfach zu leicht Lob und Betroffenheit. Ich weiss aus meiner Zeit am Radio, dass noch der missratenste Bericht, sagen wir, über Autismus, umgehend zehn Hörerbriefe kriegt.

Dies vorausgeschickt, kann ich nun sagen, dass ich Ursula von Arx' Stück „Das zweite Leben“ aus dem NZZ Folio so sehr mag, weil es die Ausnahme von der Regel ist. Ich habe die ganze Zeit, als ich dieses Stück las, gedacht: Aber das ist ja wie eine Story von Irene Dische, in der die Wirklichkeit immer aussieht wie ein verbeultes Auto. Die Sätze kamen rasch, hart und genau geflogen wie Pingpongbälle. Jeder Satz enthielt eine akurate Beobachtung. Ungefähr jeder achte Satz kam ein bisschen schräg, wie ein geschnittener Ball, und das geschnittene dabei war eine ganz trockene Art von Humor – im Bericht über eine Frau, die an einem Schädel-Hirn-Trauma leidet doch eine Seltsamkeit, aber eine die ganz und gar angemessen ist, weil sie sich dem schrägen Humor der Elva Gerber, der Heldin der Geschichte, anschmiegt.

Ursula von Arx erzählt in der dritten Person. Aber sie kommt mit ihren wunderbar rhythmischen Präzisionssätzen intimer in die Weltsicht von Elva Gerber hinein, als wenn sie deren Aussagen, wie journalistisch üblich, als Zitate in der ersten Person wiedergegeben hätte. Bei ihr wird das Literarische nicht zur Flucht ins Vag-Imaginäre oder in die Pose, sondern zur Konzentration, zur Destillation von Fakten und Gefühlen. Kurz, sie wird zur Schriftstellerin und bleibt zugleich eine sehr gute Journalistin.

Andreas Isenschmid

Der Zürcher Journalistenpreis 2002

wird

Herrn Peter Ackermann

für seinen Artikel

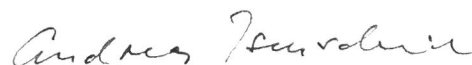
Spurlos verschwunden

erschienen in der annabelle Nr. 20 vom 15. Oktober 2001

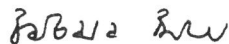
verliehen.

Zürich, 13. Juni 2002

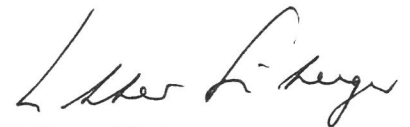
Die Jury:



Andreas Isenschmid



Barbara Burer



Esther Girsberger



Felix E. Müller



Peter Studer



**Er wolle nur kurz am Flughafen Kloten einen
Geschäftspartner treffen, sagt er zu seiner Frau.
Danach ist er wie vom Erdboden verschluckt.**

Text: Peter Ackermann Fotos: Julia Knop



Spurlos verschwunden

Er müsse zum Terminal B des Flughafens Kloten. Ob sie ihn zum Bahnhof fahren könne, fragt er nach dem Frühstück. Er werde Loban treffen, den Geschäftsmann aus Kroatien. Wie die vergangenen Dienstage zuvor. Doch heute, am 11. Januar 1995, sagt der 59-Jährige, sei ein entscheidender Tag. Heute werde der Vertrag mit der Firma Rade Končar abgeschlossen, der ihm den Export von Elektrozählern nach Zagreb ermögliche. Damit würde die finanzielle Durststrecke nach drei Jahren beruflicher Selbstständigkeit ein Ende haben. Zum Abendessen um 18 Uhr sei er zurück. Spätestens. Verspricht er. Streicht seinem fünfjährigen Sohn Florian übers Haar und steigt in den weissen Toyota Corolla.

Es ist kurz vor neun Uhr. Vor dem Kindergarten im luzernischen Meierskappel verabschiedet er sich vom Beifahrersitz aus

von Lilian, seiner siebenjährigen Tochter. Seine Frau fährt ihn die 3.6 Kilometer nach Rotkreuz, Kanton Zug. Ein letzter Kuss. Danach verschwindet er in der Unterführung. Er: Helmut Wilhelm Fritze, geboren am 10. Juni 1936 in Hamburg; 186 Zentimeter gross; Brillenträger; hellbeiger Regenmantel, schwarze Golfschuhe, rote Seidenkrawatte mit weissen Schneemännern drauf. Später wird sich niemand erinnern können, an jenem Dienstag, 11. Januar 1995, im Zug Abfahrt 10.00 Uhr, Gleis 3 Richtung Zürich, einen Mann gesehen zu haben, auf den diese Beschreibung passt.

Unruhig wird Helmut's 16 Jahre jüngere Ehefrau erst am späteren Nachmittag. Lilly Fritze verbringt den Nachmittag damit, Geflügelbrüstchen zu kaufen, mit Florian Fangen zu spielen und Helmut's Hemden zu bügeln. Nach 18 Uhr

Luzerner Geschäftsmann seit zwei Wochen vermisst

Nach geplante[m] Treffen mit osteuropäischem Firmenvertreter

Ein Geschäftsmann aus Meierskappel LU, der sich am 11. Januar auf dem Flughafen Zürich-Kloten mit einem Vertreter einer osteuropäischen Firma treffen wollte, wird seither vermisst. Wie die Kantonspolizei Luzern am Mittwoch mitteilte, kann ein Verbrechen nicht ausgeschlossen werden.

Luzern/Zürich. - Der 58-jährige Produktmanager Helmut Fritze liess sich nach den bisherigen Ermittlungen am Tag seines Verschwindens zunächst von seiner Frau zum Bahnhof Rotkreuz ZG fahren. Von hier aus wollte er mit dem Zug zum vereinbarten Treffen auf dem Flughafen Zürich-Kloten weiterfahren. Ob er sich dann tatsächlich mit dem Firmenvertreter aus dem nicht näher bezeichneten osteuropäischen Land traf, stand zunächst nicht fest.

Nach den Worten von Rolf Koch, Informationschef bei der Luzerner Kantonspolizei, wird ein



Der vermisste Helmut Fritze.

Verbrechen aufgrund der bisherigen Ermittlungen nicht ausgeschlossen. Die Angelegenheit sei allerdings «diffus», so dass zunächst keine weiteren Angaben gemacht würden. Auch zur Geschäftstätigkeit des selbständigen Kaufmanns sowie zu einem möglichen Tatmotiv wollte der Polizeisprecher nichts sagen. Man müsse allerdings davon ausgehen, dass der Mann «nicht einfach so» seine Familie verlassen habe.

Inzwischen wurde eine internationale Suche nach Helmut Fritze eingeleitet. Der 58-jährige ist 1,88 m gross, von schlanker Statur, hat grau melierte Haare, blaue Augen und spricht Hochdeutsch und Englisch. Hinweise über den Verbleib des Vermissten nehmen die Kantonspolizei Luzern, Tel. (041) 24 71 17, oder andere Polizeistellen entgegen. (AP/TA)

Der Sa-
im Fa-
am M-
sehen
zebn
haben
ziehba

■ VON

«Chunn
zu mir
usere
lösen.
vom
men
schw
stine
soll
R. a
(TA
O
auch
gung
der
der
che
volb
an e

KURZ NOTIERT

Lebenspartnerin

fragt sie sich, wo ihr Mann bleibt. Und warum er sie nicht wenigstens anruft. Helmut hat sie immer kontaktiert, wenn etwas Unvorhergesehenes passierte. Selbst bei fünf Minuten Flugverspätung, als er noch Produktmanager war und für seinen damaligen Arbeitgeber unter anderem in die Balkanländer flog. Sie kocht für die Kinder und sich selbst. Noch immer keine Nachricht. Sie essen allein. Papa kommt später. Sagt sie. Was, wenn Helmut einen Unfall hatte? Lilly sucht Ablenkung. Draussen fällt Schnee. Sie schaut fern. Sie sieht einen Dokumentarfilm: Der Mord an der Pfadfinderführerin Pasquale Brumann am Zollikerberg bei Zürich. Lilly weint. Ohne zu wissen, ob wegen des Films oder wegen Helmut, der sich noch immer nicht gemeldet hat.

Nach 23 Uhr ruft Lilly die Polizei an. Die Auskunft beunruhigt sie stärker als ihre bisherige Befürchtung: Keine Unfälle.

Draussen fällt Schnee. Lilly fühlt sich leer. Ihr Hals ist wie zugeschnürt.

Nach Mitternacht steigt sie in ihre Moonboots, fährt an den Bahnhof von Rotkreuz und wartet die letzten beiden Züge ab. Kein Helmut. In Meierskappel wartet sie auf den letzten Bus. Verspätet trifft er ein. Ohne Helmut.

Inzwischen ist es 3 Uhr. Er wird einen über den Durst getrunken haben und ins Hotel gegangen sein, sagt ein Kantonspolizist am Telefon. Lilly glaubt nicht daran. Helmut war noch nie betrunken. Ihr Mann ist viel zu kontrolliert, als dass er sich einfach gehen lassen könnte. Vom Schlafzimmerfenster aus starrt Lilly auf die Zufahrt zu ihrem Einfamilienhaus. Ausser

den schwarzen Spuren des Wagens ist alles zugedeckt, weiss.

Die restliche Nacht auf den Mittwoch verbringt Lilly schlaflos. Um 6 Uhr telefoniert sie mit ihren Eltern. Die Mutter kommt nach Meierskappel und versucht sie zu trösten. Um 15 Uhr nimmt ein Polizeibeamter in Rotkreuz die Vermisstmeldung auf: Helmut Fritze, schmales Gesicht, schlanke Statur; spricht Hochdeutsch; hat einen bordeauxroten Aktenkoffer bei sich, hat den Hausschlüssel nicht mitgenommen; gemäss Auskunft der Ehefrau bestehen keine finanziellen Schwierigkeiten, kein Suizidverdacht.

Lilly vermutet eine Entführung. Durch Loban, den kroatischen Geschäftsmann, der Helmut seit Monaten faxt und den Helmut jeweils dienstags trifft. Für Lilly ist es absolut unvorstellbar, dass ihr Mann aus freien Stücken nicht nach Hause kommt. Zumal sie am kommenden Dienstag gemeinsam ihre Hamburger Ferienwohnung am Novalisweg 6 auflösen wollen. Vor drei Monaten haben sie diese gekündigt, um die Ferien nicht ausschliesslich in der Hansestadt zu verbringen. Die Fahrkarten liegen bereits neben der Checkliste in Helmut's Pultschublade. Die Wohnung muss geräumt, der Umzug organisiert werden. Lilly ist überzeugt: Helmut würde sie dabei bestimmt unterstützen.

Die Behörden setzen schliesslich die Suchmaschinerie in Gang. Kantonale Vermisstenausschreibung in Zug, Luzern und Zürich. Interkantonale Vermisstenausschreibung für die gesamte Schweiz. Vermisstmeldungen an die Nachrichten-

«Verbrechen nicht ausgeschlossen»: «Tages-Anzeiger» vom 23.1.1995

agenturen. Später dann auch: Spezialbericht in «10 vor 10». Ausserdem: Personenfahndung durch Interpol.

Zwei Tage nach Helmut's Verschwinden zieht Lilly's Mutter bei ihrer Tochter ein. Sie nimmt sich der Enkelkinder an, besorgt den Haushalt, geht einkaufen und nimmt jeden Anruf entgegen. Lilly ist wie gelähmt. In den folgenden Monaten zuckt sie jedes Mal zusammen, wenn das Telefon klingelt. Immer könnte es die Nachricht von Helmut's Tod sein.

Gegenüber Lilian und Florian erklärt Lilly: Ich weiss nicht, wo Papa ist. Aber ich bin sicher, dass wir ihn finden. Lilly's Vater sagt: Lilly, lass es mich wissen, wenn ich dich unterstützen kann.

Drei Wochen nach Helmut's Verschwinden geht sie zum Arzt. Er hilft ihr, indem er mit ihr spricht. Für eine kurze Zeit verschreibt er ihr Antidepressiva. Langsam kommt sie wieder zu Kräften. Vier Monate nach Helmut's Verschwinden fühlt sie sich stark genug, arbeiten zu gehen. Die ehemalige Direktionssekretärin nimmt eine Vierzig-Prozent-Stelle als Sachbearbeiterin an. Trotzdem vergeht kein Tag, keine Stunde, keine Minute, ohne dass sie sich fragt, was mit ihrem Mann passiert ist. 17 Jahre lang sind Lilly und Helmut zusammen gewesen, zehn davon verheiratet. Eine gute Ehe haben sie geführt. Glückliche. Harmonische. Laute Auseinandersetzungen gab es nie. Nun fragt sie sich, ob sie Witwe ist.

Als sich schliesslich ein ehemaliger Geschäftskollege Helmut's in Zagreb bei der Firma Rade Končar auf die Suche nach Loban macht, wagt sie erstmals zu hoffen. Vergebens. Loban existiert nicht. Lilly's bisher wohl geordnete Welt droht endgültig zusammenzubrechen.

Täglich erkundigt sie sich beim Kriminalbeamten O. in Luzern, der für den unter Ripol 375148 registrierten Vermisstenfall zuständig ist, nach Neuigkeiten. Nichts.

Den Kindern gegenüber gibt sie sich tapfer. Doch sie leidet. Unter nächtelangem

Schlafmangel, unter tagelanger Appetitlosigkeit, unter der fortwährenden Ungewissheit, was ihrem Mann zugestossen sein könnte. Ob er noch lebt?

Helmut lebt. In Hamburg. Unauffällig. Zurückgezogen. Sparsam. Hebt er Geld ab, verwendet er die Karte eines Girokontos, das er auf den Namen der vorgezeigten Visitenkarte hat ausstellen lassen. Statt Helmut W. Fritze ist der Name H. Wilfred Erttel aufgedruckt. Die Planung seines neuen Lebens hat er

schon viel früher begonnen. In einem Winter, der Jahre zurückliegt, weckt ein Inserat im Hamburger Abendblatt sein Interesse. Dreizimmerwohnung, Altbau, dritter Stock, 81 Quadratmeter. Nach der Besichtigung an der Hudtwalckerstrasse 37 sagt Helmut zum Vermieter: Ich nehme sie. Als Bevollmächtigter im Auftrag von H. Wilfred Erttel, geboren am 28. Juni 1935 in 1030 Wien, viel reisender Direktor der Erttel AG, Handels-Agentur für elektrische Artikel, Hauptsitz in Wien, Niederlassungen im tschechischen Brünn und neu in Hamburg.

Warum er die Wohnung wollte, hätte er nicht sagen können. Ihm war, als setze sich durch diesen Schritt etwas in ihm in Bewegung. Als handle er freiwillig, nicht aber aus freiem Willen.

Der Briefverkehr zwischen Helmut und der Immobilienfirma läuft über seinen Arbeitsplatz. Die Mietzahlungen tritt er an, lange bevor er seine Familie verlässt. Monatlicher Mietzins: 1449.20 Mark. Finanziert aus Rücklagen. Wenn die Familie in den Ferien nach Hamburg fuhr, renovierte er unbemerkt die Wohnung in der Hudtwalckerstrasse 37. Und während Frau und Kinder in der Ferienwohnung am Hamburger Novalisweg 6 ihn auf einem seiner ausgedehnten Spaziergänge glaubten, richtete er sie ein.

Bei all dem liess er grösste Vorsicht walten. Bis zum Abtauchen in sein neues Leben achtete er akribisch darauf, durch keinen Satz, durch keine aussergewöhnliche Gefühlsregung, durch nichts seinen Plan zu gefährden.

Als Helmut am 24. Dezember 1994 mit der Familie in Meierskappel Weihnachtslieder sang, wartete 930 Kilometer weiter nördlich die vorgeheizte Wohnung auf ihn.

Dann, am 11. Januar 1995 um 11.45 Uhr, ist es so weit. Abfahrt ICE 70 Helvetia von Zürich Hauptbahnhof. Ankunft 19.29 Uhr im Hauptbahnhof Hamburg. Kein Blick zurück. Alles ist im Voraus

Sie überprüft die von Helmut vor seinem Verschwinden gewählten Telefonnummern und macht eine schreckliche Entdeckung

organisiert. Sogar die Bettdecke an der Hudtwalckerstrasse 37 ist bei seiner Ankunft zurückgeschlagen.

Anfang Juni 1995 schreibt Fritze als Erttel seiner Frau einen Brief. Ein Fehler.

Der in Wien abgestempelte Brief gibt Lilly erstmals Hoffnung, dass Helmut noch lebt. Ein gewisser Direktor Erttel bezichtigt Helmut der Nichterfüllung geschäftlicher Verpflichtungen. Einen Augenblick lang glaubt Lilly, ihren Helmut im Schreibstil des H. Wilfred Erttel zu erkennen. Beschämt lässt sie den Verdacht wieder fallen. Immerhin aber findet sie ihre Vermutung bestätigt. Helmut befindet sich im Osten Europas. Per Fax bittet sie Erttel um telefonische Kontaktaufnahme, um etwas über den Verbleib ihres Mannes zu erfahren. Erttel faxt aus Brünn zurück: Er wolle endlich eine Antwort von Helmut! Sie ruft Erttels Niederlassung in Hamburg an. Niemand geht ans Telefon.

Lilly gibt nicht auf. Jetzt, wo sie annehmen kann, dass ihr Mann noch lebt, lässt sie nicht locker. Sie fordert von der damaligen Telecom PTT einen Nummernauszug an, kontrolliert die von Helmut vor seinem Verschwinden gewählten Telefonnummern und macht eine schreckliche Entdeckung: Der geschäftliche Handel mit Zagreb war fingiert. Helmut hatte das Telefon- und Faxgerät so programmiert, dass es um eine bestimmte Zeit klingelte oder einen Geschäftsbrief zeitverzögert an sich selbst übermittelte.

Einmal meldet sich unter Direktor Erttels Nummer eine Männerstimme. Der

Anrufbeantworter klingt wie Helmut – und doch völlig fremd.

Kurz darauf kommt ihr wieder der 8. Dezember 1988 in den Sinn. Damals hatte Helmut gesagt: Lass uns einen Freund von mir in Hamburg besuchen. Und dann überraschte er sie am Novalisweg 6 mit einer Ferienwohnung, ausgestattet mit einer Wienergarderobe vor rosa Wänden, mit Babycreme für die damals halbjährige Lilian in der Wickelkommode und mit Geschirr nach Lillys Geschmack. Alles fixfertig renoviert. Bereit zum Wohn-

nen. Von den Vorbereitungen hatte Lilly nichts gemerkt. Jetzt beschleicht sie ein schlimmer Verdacht: Hatte Helmut nochmals hinter ihrem Rücken eine

Wohnung eingerichtet? War der Novalisweg Helmut's Generalprobe gewesen?

Der Kriminalbeamte O. schaltet zum zweiten Mal Interpol ein. Die Fahndung konzentriert sich jetzt auf Wien und Hamburg. Lilly sitzt derweil in ihrem Haus in Meierskappel und fragt sich: Warum? Warum sollte Helmut mir so etwas antun?

Zur gleichen Zeit in Hamburg: Dicke, bodenlange Vorhänge verhindern den Einblick in Helmut's Wohnung an der Hudtwalckerstrasse 37. Helmut, der in den Kriegsjahren aufgewachsen ist, weiss um die Notwendigkeit der Verdunkelung, damit kein Licht nach aussen dringt. Die Korrespondenz zwischen Erttel und Lilly führt Helmut über einen österreichischen Bürogemeinschaftsdienst.

In seiner Isolation beginnt Helmut seine Lebensgeschichte niederzuschreiben. Er erinnert sich der britischen Fliegerangriffe vom 27. Juli 1943 auf Hamburg, welche die elterliche Dreizimmerwohnung im vierten Stock eines Klinkerbacksteinhauses zerstörten, seine Geburtsstadt zerbombten und seiner Kindheit ein jähes Ende bereiteten. Damals war Helmut siebenjährig.

Spätsommer 1995 in Hamburg. Ein Polizist von Interpol spürt Helmut in der Wohnung auf. Androhung einer Ordnungsstrafe. Wegen unterlassener Anmeldung. Dass er nicht zu seiner Familie zurück wolle, sagt der Mann von Interpol,

sei seine Sache: Ich melde Sie als gefunden, mitnehmen kann ich Sie nicht.

Helmut ahnt, dass seine Hamburger Tage gezählt sind. Er intensiviert das Schreiben. Nur die Nacht unterbricht ihn. Er lebt von Tee, Kaffee und Quick-Lunch. Seine Wohnung verlässt er nur selten. Und wenn, dann für ausgedehnte Spaziergänge. Er durchwandert Hamburg. Die U-Bahn meidet er. Am wohlsten ist ihm auf dem Areal des Ohlsdorfer Friedhofs, dem grössten Parkfriedhof Europas.

Oktober, 1995. Lilly kehrt mit ihren Kindern aus Spanienferien heim. Erholt. Eine erste Atempause im Ausnahmezustand. Sie hat wieder Boden unter den Füßen, glaubt sie. Bis ihr der Kriminalbeamte O. mitteilt: Interpol hat Helmut gefunden, es geht ihm gut, er will Sie aber nicht sehen, dieses Recht hat er. Der Kriminalbeamte darf den Aufenthaltsort ihres Mannes nicht nennen. Datenschutz.

Wenn Helmut tatsächlich freiwillig gegangen ist, denkt Lilly, muss mit ihm irgendetwas nicht gestimmt haben. Deshalb empfindet sie auch keine Wut, nur Niedergeschlagenheit und Schmerz. Weiter reichende Erklärungsversuche vermeidet sie. Sie sagt sich: Man muss aufhören mit Denken, wenn es einen bis in die Haarspitzen schmerzt.

Lillys Bruder, geschäftlich in Hamburg, observiert zwei Abende lang die Wohnung im dritten Stock an der Hudtwalckerstrasse 37. Sein Eindruck: Nur Dunkelheit in den Fenstern; unbewohnt.

Weihnachten 1995 in Meierskappel. Helmut ist fast ein Jahr weg. Lilly hat ihre wiedererlangte Selbstständigkeit schätzen gelernt. Helmut's Abwesenheit ist erträglich geworden. Sie weiss nicht, ob sie ihn wieder haben will. Für die Kinder, ja, doch wie soll es mit ihnen beiden weitergehen?

Mittwoch, 18. März 1996, 10.20 Uhr: Aus Wien trifft in Meierskappel ein Fax von Helmut ein. Er bittet, sein Sparkassenbuch an die Hudtwalckerstrasse 37 zu schicken, so dass er es am darauf folgenden Freitag aus dem Briefkasten heraus holen könne, wenn er kurz geschäftlich in

Hamburg weile. Er müsse, schreibt er, noch etwas erledigen, bevor er zurückkomme. Gruss an die Kleinen.

Mit ihrer Schwägerin reist Lilly nach Hamburg – in der Ungewissheit, ob es sich beim Fax um eine raffinierte Erpressung

Abgemagert, bleich und langhaarig steht er vor ihr. Innerlich ist sie zu Eis erstarrt. Sie weiss nicht, was sie denken, was sie fühlen soll

Erttels handelt oder ob Helmut vielleicht dort leben könnte. Die beiden postieren sich im Treppenhaus der Hudtwalckerstrasse 37 und warten. Es ist eiskalt. Stunden verstreichen. Ohne dass jemand erscheint. Eine Putzfrau fegt das Treppenhaus. Dann hören sie Schritte aus einem oberen Stockwerk. Lillys Nerven sind zum Zerreißen gespannt, sie ist wie gelähmt. Und so ist es ihre Schwägerin, die aus einer Treppennische hervortritt und sagt: Hallo Helmut.

Was macht ihr hier?, fragt er Lilly, die nun ebenfalls aus ihrem Versteck tritt.

Sie antwortet: Diese Frage müsste eigentlich ich dir stellen.

Es ist 10.17 Uhr, und Lilly weiss, dieses «Hallo Helmut» wird sie ein Leben lang nicht vergessen. Ebenso sein Aussehen. Abgemagert, bleich und langhaarig steht er vor ihr. Innerlich ist sie zu Eis erstarrt. Sie weiss nicht, was sie denken, was sie fühlen soll. Was sie tun soll, weiss sie: Helmut zum Friseur bringen. So kann er nicht herumlaufen, schliesslich ist er ihr Mann.

Im Verlauf der folgenden Tage taut Lilly während der Gespräche mit Helmut nur langsam auf. Gespräche, in denen sie das Vertrauen zu Helmut wieder findet: Auch wenn er alles selbst geplant habe, so sei er doch nur Betrachter einer Inszenierung gewesen, deren Ausgang er mit distanzierendem Interesse entgegengesehen habe. In seinem Leben sei einfach zu viel mit ihm geschehen, er habe wohl einmal selber etwas geschehen machen wollen, sich selber etwas zufügen. In seine eigene Sackgasse reisen.

Vielleicht, sagt Helmut Fritze heute, war ich untergetaucht, um endlich vorhanden zu sein. Oder um das im Bombenhagel abgerissene Leben fortzuführen.

Obwohl sie nachvollziehen kann, was ihr Mann sagt, versteht sie ihn nicht gänzlich. Sie ist froh, dass er keine Bank ausgeraubt hat, nicht mit einer andern Frau durchgebrannt ist, noch lebt. Auch wenn er ihr die vergangenen 15 Monate nicht erklären kann, glaubt sie ihm. Gerade weil er es nicht erklären kann. Er muss neben seinen Schuhen gestanden haben, sagt sie sich. Er muss. Ganz sicher ist sie sich indes-

sen nicht. Was weiss man schon vom anderen? Die Kinder nehmen ihren Vater freudig wieder auf. Die meisten Freunde auch.

Trotzdem: Als weit problematischer als Helmut's Verschwinden erweist sich sein Wiederauftauchen. Ein Teil seines Umfelds hätte lieber einen ehrenhaften toten Reisenden als einen ehrlosen lebenden Ausreisser gesehen.

Herbst 2001: Seit seiner Rückkehr leben Lilly und Helmut Fritze wieder zusammen mit ihren Kindern im gemeinsamen Einfamilienhaus in Meierskappel. Lilly arbeitet halbtags als Buchhalterin in einer international tätigen Firma. Ein Psychiater hat bei Helmut eine so genannte temporäre dissoziative Störung diagnostiziert. Eine Behandlung hielt er nicht für erforderlich.

3000 jährlich wie vom Erdboden verschluckt

Jährlich verschwinden in der Schweiz ungefähr 3000 Personen. Rund 90 Prozent von ihnen kehren nach wenigen Tagen in ihr Umfeld zurück. Zumeist handelt es sich um jugendliche Ausreisserinnen und Ausreisser, die nach Streitigkeiten für einige Nächte bei Kollegen untertauchen. Volljährige Personen haben das Recht, ihren Wohnsitz vor Angehörigen zu verschweigen, wovon insbesondere Männer Gebrauch machen.

Der Suchdienst des Bundesamtes für Polizeiwesen behandelt jährlich zwischen 200 und 300 Fälle von Personen, die im Ausland vermutet werden. Die Erfolgsquote bei internationalen Suchaktionen liegt bei 50 Prozent.

Nur bei einem sehr kleinen Teil der Verschwundenen muss von einem Gewaltverbrechen ausgegangen werden.

Laudatio

für die Arbeit
von
erschienen

Spurlos verschwunden
Peter Ackermann
in der annabelle vom 15. Oktober 2001

Im journalistischen Normalfall ahnt man, was von einem Artikel mit dem Titel «Spurlos verschwunden» zu erwarten ist: ein Kind kommt von der Schule oder vom Einkaufen nicht mehr nach Hause, bleibt verschwunden trotz hektischer und zunehmend hoffnungsloser Suche; wir nehmen Anteil an der Ratlosigkeit der Polizei, den Ängsten der Geschwister, der Verzweiflung der Eltern; wir erhalten Einblick in ein Leben, das nie mehr so ist, wie es einmal war. Peter Ackermanns Text nimmt jedoch eine ganz andere Wendung: Aus dem vermeintlichen Kriminalfall wird die Schilderung eines sorgfältig vorbereiteten, schliesslich nur vorübergehenden Verschwindens: die Einrichtung der neuen Wohnung in Hamburg, Deckadresse und Alibi – all das wurde von der Hauptfigur während längerer Zeit geplant und in die Realität umgesetzt. Dieses wahrhaft merkwürdige Verhalten verlangt ultimativ nach einer Erklärung. Doch alle möglichen Ansätze – geschäftliche Probleme, Beziehungsschwierigkeiten, Straffälligkeit – erweisen sich als Sackgassen. Es bleibt, als einzige vage Spur, die Erinnerung der Hauptfigur an eine schreckliche Bombennacht während des Zweiten Weltkrieges in Hamburg, welche den siebenjährigen Buben obdachlos machte.

Peter Ackermann will in seinem dramaturgisch geschickt aufgebauten und unpräzise geschrieben Artikel nie den Eindruck erwecken, er wüsste um die Gründe für dieses Verhalten. Er weicht der Gefahr aus, sich analytisch an dem Fall zu versuchen. Die Handlungsweise der Hauptfigur bleibt ihm so sehr ein Rätsel, wie sie auch der Familie, der Polizei, ja, vermutlich gar der Hauptfigur selbst unerklärlich ist. Wie dieses Unerklärliche in ein scheinbar normales Leben einbricht und es wieder verlässt, ohne dass sich dafür eine Erklärung finden liesse, davon berichtet Peter Ackermann in einem Text, der vordergründig ein Happy End hat, aber deswegen den Leser umso stärker irritiert.

Felix E. Müller

Spenderliste

Tamedia AG, Zürich
Orange Communications SA, Lausanne
UBS AG, Basel
Johann Jacob Rieter-Stiftung, Winterthur
Credit Suisse Group, Zürich
Chokoladefabriken Lindt & Sprüngli AG, Kilchberg
Novartis International AG, Basel
Ringier AG, Zürich
Swiss International Air Lines, Basel
Zürich Versicherungsgesellschaft, Zürich
ABB Schweiz, Baden
FIFA, Zürich
IBM Schweiz, Zürich
maxon motor ag, Sachseln
Publicitas S.A., Lausanne
Schindler Management AG, Ebikon
Zürcher Kantonalbank, Zürich
Akeret AG, Dielsdorf
Dr. Björn Johansson Associates AG, Zürich
Denner AG, Zürich
Elektrizitätswerke des Kanton Zürich, Zürich
Karl Steiner AG, Zürich
Migros-Genossenschafts-Bund, Zürich
PricewaterhouseCoopers, Zürich
Schweizer Verband der Raiffeisenbanken, St. Gallen
Schweiz. Lebensversicherungs- und Rentenanstalt, Zürich
Blumen-Krämer AG, Zürich
Publimedia AG, Zürich
Spross, Zürich
Victorinox AG, Ibach
Swissmill Zürich Rivaz, Zürich

Administrative Angaben

Jury Andreas Isenschmid (Präsident)
Barbara Bürer
Dr. Esther Girsberger
Dr. Felix E. Müller
Dr. Peter Studer

Stiftungsrat Dr. Hansjörg Utz (Präsident)
Dr. Yvonne-Denise Köchli
Manuela Nyffenegger

Geschäftsstelle Stiftung Zürcher Journalistenpreis
Monika Menne
Kirchweg 61
8102 Oberengstringen

Tel. 01 / 750 29 68
Fax 01 / 750 29 43
E-Mail: zjp@dplanet.ch

Bankkonto UBS AG
Postfach
8098 Zürich

Konto 230-208.241.40J
Stiftung Zürcher Journalistenpreis